



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Joachim Wilde
Editorial

Joachim Wilde, Gabriele Hardt
Aktuelle Trends:
Hartz IV: Abbau von Fehlanreizen bei unter
25jährigen zeigt Wirkung

Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland
Ostdeutsche Wirtschaft: Nachfrageschub
überwiegt strukturelle Schwächen

Hubert Gabrisch
Institutionelle Defizite
und wachsende Spannungen in der Euro-Zone

Martina Kämpfe
Rußland: Bedeutung des Energiesektors
für die Wirtschaftslage bleibt hoch

Tobias Knedlik, Johannes Ströbel
Führt neues IWF-Instrument zur Prävention
von Währungskrisen?

Cornelia Lang
IWH-Industrienumfrage im Mai 2007

Brigitte Loose
IWH-Baumfrage im Juni 2007

Wirtschaft im Wandel

7/2007

18.07.2007, 13. Jahrgang



Editorial

Mit dem soeben verabschiedeten zweiten Mittelstandsentlastungsgesetz wird der Bürokratieabbau in Deutschland weiter vorangetrieben. Das dabei verfolgte Anliegen, Unternehmen von überflüssigem Ballast zu befreien, ist sehr zu begrüßen. Problematisch wird es jedoch, wenn die Reduktion zu einem Wert an sich wird, ohne daß die dadurch entstehenden Verluste gegengerechnet werden.

Denn auch die Statistik, genauer: die Berichtspflichten der Unternehmen an die amtliche Statistik, sind im Rahmen der ersten beiden Mittelstandsentlastungsgesetze ins Visier der Entlastungsfahnder geraten. Und das, obwohl die Daten der amtlichen Statistik für Politik *und* Unternehmen eine wichtige Planungsgrundlage darstellen. Außerdem ist der Aufwand vergleichsweise gering: Gemäß einer Belastungsstudie des DIW aus dem vergangenen Jahr wendeten die befragten Unternehmen im Schnitt nur 12,7 Stunden pro Jahr auf, um ihren Berichtspflichten an die amtliche Statistik nachzukommen.

Zweifelsohne muß das Erhebungsprogramm der amtlichen Statistik immer wieder kritisch durchforstet werden. Bei den beschlossenen Gesetzen ging es jedoch auch an die Substanz: So wurde z. B. im ersten Mittelstandsentlastungsgesetz die Mitarbeitergrenze, ab der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes nicht mehr monatlich, sondern nur noch einmal jährlich für die amtliche Statistik berichten müssen, von 20 auf 50 Mitarbeiter angehoben. Für Ostdeutschland mit seiner kleinteiligeren Unternehmensstruktur werden damit insgesamt 57% der Unternehmen mit 19% der Beschäftigten in den monatlichen Statistiken nicht mehr abgebildet (in Westdeutschland sind es 49% der Unternehmen mit 12% der Beschäftigten, Stand 2005). Dies schränkt die Möglichkeiten der empirischen Wirtschaftsforschung spürbar ein.

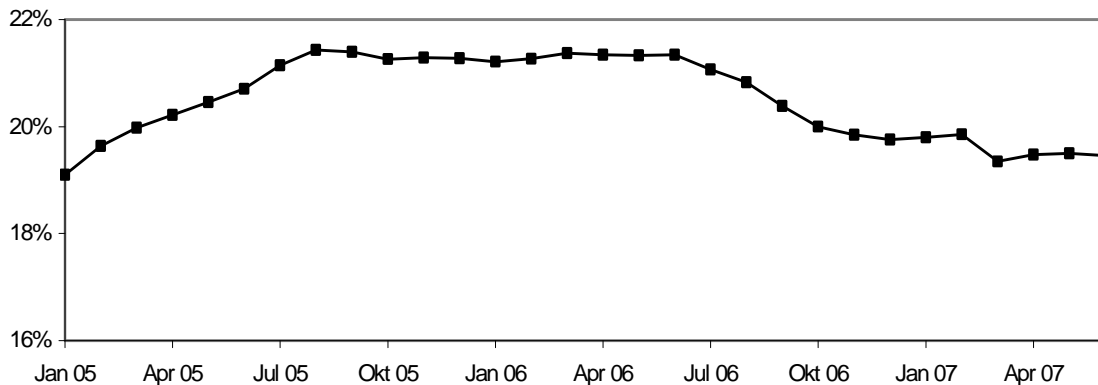
Die neue „Zauberformel“ lautet nun, weitere Primärerhebungen abzuschaffen oder abzuspecken und stattdessen aus anderen Kontexten vorhandene Verwaltungsdaten zu nutzen. Dies ist unter Effizienzgesichtspunkten zu begrüßen. Um weiteren Substanzverlust zu vermeiden, ist es jedoch zwingend erforderlich, daß die entsprechenden Verwaltungsdaten so strukturiert sind, daß sie sich auch für die amtliche Statistik eignen. Es ist deshalb dringend geboten, daß die anstehenden Abstimmungsprozesse zwischen den verschiedenen föderalen Ebenen konstruktiv gestaltet werden. Andernfalls würde ein weiteres Stück des Informationsastes abgesägt, auf dem gute Politik(beratung) sitzt.

*Joachim Wilde
Chefökonometriker und -statistiker des IWH*

Aktuelle Trends

Hartz IV: Abbau von Fehlanreizen bei unter 25jährigen zeigt Wirkung

Anteil der Arbeitslosengeld II-Empfänger zwischen 15 und 25 Jahren
an allen Arbeitslosengeld II-Empfängern in %



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IWH.

Nach der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zum neuen Arbeitslosengeld II (ALG II) stiegen die Empfängerzahlen stärker als erwartet an. Gab es zum Zeitpunkt der Einführung im Januar 2005 noch 4,5 Millionen Leistungsbezieher, waren es im Januar 2006 5,3 Millionen und zum bisherigen Höhepunkt im April 2006 5,5 Millionen. Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig. So ist beispielsweise ein deutlicher Rückgang des Anteils derjenigen zu vermuten, die einen vorhandenen Leistungsanspruch nicht geltend gemacht haben (bei der Sozialhilfe schätzungsweise rund 45% der Haushalte).

Als weitere Ursache wurde die Abschaffung des gegenseitigen Unterhaltsrückgriffs zwischen Eltern und erwachsenen Kindern angenommen. Dadurch erhielten erwachsene Kinder ohne eigenes oder zu geringes Einkommen auch dann ALG II, wenn das Einkommen der Eltern für die Sicherung ihres Lebensunterhalts ausreichend gewesen wäre. Dies galt insbesondere auch dann, wenn die Kinder einen eigenen Hausstand gründeten. Eine verstärkte Gründung eigener Hausstände war jedoch vom Gesetzgeber nicht intendiert, so daß in diesem Sinne Fehlanreize gesetzt wurden. Tatsächlich ist zu beobachten, daß die Empfängerzahlen bei den unter 25jährigen deutlich stärker anstiegen als bei über den 25jährigen. Dadurch wuchs ihr Anteil an allen ALG II-Beziehern von 19,1% im Januar 2005 auf 21,4% im August 2005.

Der Gesetzgeber reagierte und führte zwei Änderungen für unter 25jährige ein. Seit dem 01.04.2006 wird ein eigener Hausstand nur noch bei Vorliegen eines schwerwiegenden sozialen Grunds durch die Übernahme der Miete unterstützt. Seit dem 01.07.2006 zählen unter 25jährige zur Bedarfsgemeinschaft ihrer Eltern. Sie erhalten Leistungen nur noch, wenn Einkommen und Vermögen der Eltern zur Sicherung des Lebensunterhalts nicht ausreichend sind.

Seit dieser Änderung sank der Anteil der unter 25jährigen bis zum Februar 2007 auf 19,3%, d. h., es wurde in etwa wieder der Wert bei Einführung des ALG II erreicht. Auch wenn es für diesen Rückgang weitere Ursachen geben kann, dürften die beschriebenen Politikmaßnahmen wesentlich dazu beigetragen und Fehlanreize beseitigt haben.

*Joachim Wilde (Joachim.Wilde@iwh-halle.de)
Gabriele Hardt (Gabriele.Hardt@iwh-halle.de)*

Ostdeutsche Wirtschaft: Nachfrageschub überwiegt strukturelle Schwächen

– Kurzfassung –

Das kräftige Wachstum der Produktion in Ostdeutschland im vergangenen Jahr hat überrascht. Die strukturellen Schwächen hatten für eine geringe Produktionszunahme gesprochen. Unterschätzt wurde der Einfluß des nationalen und internationalen Konjunkturverbunds der ostdeutschen Unternehmen. Ein Großteil der Anregungen für den Produktionsanstieg von 3% kam nicht aus Ostdeutschland selbst, sondern aus den Alten Bundesländern und aus dem Ausland. In Ostdeutschland stimulierte 2006 vor allem das Einschwenken der Investitionsaktivitäten in ein kräftiges Plus. Dagegen blieb die Kaufkraft der privaten Haushalte infolge des geringen Anstiegs der Masseneinkommen zurück.

Ausschlaggebend für die regionale Mitnahme der Produktionsimpulse aus dem Export und den Investitionsaktivitäten der deutschen Wirtschaft war die gewachsene Absorptionsfähigkeit konjunktureller Impulse durch die ostdeutschen Unternehmen. Hier schlugen vor allem die Ausstattung der Arbeitsplätze mit modernen Produktionsanlagen und der fortgesetzte Abbau der Nachteile im Kostenwettbewerb im Bereich der Herstellung handelbarer Güter positiv zu Buche. Der Vorteil bei den Arbeitskosten gegenüber westdeutschen Anbietern ist weiter gestiegen, und der Nachteil gegenüber industriellen Anbietern aus dem mittelosteuropäischen Raum hat sich verringert.

Mit diesen Vorzügen ausgestattet, wächst die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland, solange der Aufschwung in Deutschland und im Ausland kräftig ist. Treibende Kräfte bleiben in diesem und im kommenden Jahr die Investitionsaktivitäten – und hier die Anschaffung von Ausrüstungsgütern – sowie die Ausfuhren sowohl in das Ausland als auch in die Alten Bundesländer. Weiter an Bedeutung für den Export gewinnen die kräftig expandierenden Märkte in Mitteleuropa und Rußland. Der private Konsum wird die Expansion der Produktion mit der Verbesserung der Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven stützen. Die registrierte Arbeitslosigkeit dürfte im kommenden Jahr unter die 1-Million-Marke sinken.

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Ostdeutschland (ohne Berlin)

	2006	2007	2008
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Inländische Verwendungskomponenten, real			
Privater Konsum	0,5	0,4	1,6
Anlageinvestitionen	6,4	2,8	1,0
darunter:			
Neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	10,0	5,0	3,0
Neue Bauten	3,6	1,0	-0,7
Bruttoinlandsprodukt, real	3,0	3,3	2,7
darunter Wertschöpfung:			
Verarbeitendes Gewerbe	11,6	10,0	7,1
Baugewerbe	4,4	2,4	-0,5
Dienstleistungen ohne Staat ^a	1,9	3,0	2,9
in 1 000 Personen			
Erwerbstätige (Inland) ^b	5 629	5 680	5 706
Unterbeschäftigte ^c	1 467	1 311	1 199
darunter:			
Arbeitslose, registrierte	1 187	1 060	970
Arbeitslosenquote ^d	17,4	15,7	14,5
Produktivität			
BIP (real) je Erwerbstätigen, Zuwachs in %	2,5	2,4	2,2
BIP (nominal) je Erwerbstätigen, ABL=100	77,7	78,6	78,9

^a Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^d Registrierte Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: April 2007); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Tragende Kraft des Aufschwungs bleibt die Industrie. Ihre Vorteile im Kostenwettbewerb laufen so lange nicht Gefahr zu verschwinden, wie die Löhne und Gehälter auch unter dem Druck der Verknappung des Angebots an Fachkräften nicht stärker steigen als in den Alten Bundesländern. Im

Gefolge des kräftigen Wachstums der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in Ostdeutschland wird sich der Rückstand gegenüber Westdeutschland bei Produktion und Einkommen je Einwohner weiter verringern. Das Defizit in der regionalen Leistungsbilanz schmilzt.

Die Unternehmen können sich bei ihren Geschäftsaktivitäten wieder auf die private Kreditwirtschaft stützen, auch wenn ein nicht geringer Anteil beispielsweise der Investitionsfinanzierung nach wie vor aus Fördermitteln stammt. Mittelfri-

stig dürfte sich ihr Zugang zur Kreditfinanzierung durch die Verbesserung der Eigenkapitalbasis noch optimieren. Allerdings bleibt die Abhängigkeit von der Innenfinanzierung hoch und birgt zyklische Gefahren. Im konjunkturellen Abschwung dürften dann die strukturellen Schwächen der ostdeutschen Wirtschaft die Entwicklung beeinträchtigen.

Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland
(Seite 227)

Institutionelle Defizite und wachsende Spannungen in der Euro-Zone

– Kurzfassung –

Hinter dem Erfolg der Einführung des Euro verbergen sich erste Zeichen für zunehmende Asymmetrien und Ungleichgewichte in der Euro-Zone, die langfristig die Stabilität der gemeinsamen Währung unterminieren können. Spannungen zeichnen sich angesichts der Lähmung der Fiskalpolitik, der Divergenz der Pro-Kopf-Einkommen, extremer Schwankungen der Immobilienpreise und divergierender Lohnstückkostenentwicklungen ab. Die bestehenden Formen der makroökonomischen Koordination sind offensichtlich nicht ausreichend, diese zu verhindern. Offenbar können Länder nach dem Wegfall der Wechselkurse und der Einschränkung der fiskalpolitischen Instrumente nur noch über die Lohnpolitik in Wettbewerb miteinander treten. Insbesondere Deutschland und Österreich waren hier erfolgreich, im Gegensatz zu Ländern wie Spanien, Griechenland, Portugal, Italien und mittlerweile auch Frankreich. Für Deutschland kann auch konstatiert werden, daß die Wirtschafts-

politik erfolgreich war, durch Arbeitsmarktreformen und durch indirekte Steuern die Arbeitskosten stärker als andere Länder zu senken. Der erworbene Vorteil ist jedoch trügerisch, denn Länder mit hohen Lohnstückkosten und steigenden Handelsdefiziten sind früher oder später gezwungen, im Lohnwettbewerb nachzuziehen. Bei einer Euro-Inflationsrate von ca. 2% kann Lohnkostenwettbewerb Deflation und Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Soll die Stabilität des Euro nicht auf längere Frist gefährdet werden, ist auch über neue und effektivere Formen der Koordination nachzudenken. Zu diesen gehören nicht nur die Einführung eines anti-zyklisch wirkenden, zentralen EU-Haushalts, sondern auch Formen der direkten und indirekten Koordination der Lohnpolitik. Wie die Fiskalpolitik sollte die nationale Lohnpolitik an das gemeinschaftliche Interesse gebunden werden.

Hubert Gabrisch (Seite 257)

Rußland: Bedeutung des Energiesektors für die Wirtschaftslage bleibt hoch

– Kurzfassung –

Die russische Wirtschaft wuchs im vergangenen Jahr erneut dynamisch. Dafür ausschlaggebend waren vor allem die günstigen außenwirtschaft-

lichen Rahmenbedingungen, wie die Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohöl, die über die hohen Exporterlöse auch auf die Binnenwirtschaft Ein-

fluß hatten. Dank der guten Ertragslage der Energieexportunternehmen, aber auch durch die Umverteilung der staatlichen Erlöse aus dem Öl- und Gasgeschäft wurden umfangreiche Investitionen in der Wirtschaft finanziert. Die Expansion der Inlandsnachfrage regte die inländische Produktion an. Der Energiesektor besitzt damit nach wie vor eine herausragende Rolle für die Gesamtwirtschaft. Dies birgt allerdings auch Risiken für eine stabile Wirtschaftsentwicklung. Zwar können Schwankungen auf den Weltmärkten in ihren Auswirkungen auf die Wirtschaft über den Stabilisierungsfonds kurzfristig abgefedert werden, längerfristig bleibt die Entwicklung allerdings ungewiß, denn die russische Politik hat nur begrenzten Einfluß auf die Weltmarktpreise für

Energieträger. Um die Rohstoffabhängigkeit der Wirtschaft zu verringern, müßten die Investitionen stärker wachsen und die Umstrukturierung der Wirtschaft rascher vorangebracht werden. Dies ist von der russischen Regierung erkannt worden. In einem mittelfristigen Entwicklungsprogramm von Wirtschaftsminister Gref sollen durch Maßnahmen zur Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit gefördert und gezielt neue Wachstumschancen jenseits der bisherigen Wege erschlossen werden. Dies wird sich aber nur schrittweise realisieren lassen.

Martina Kämpfe (Seite 264)

Führt neues IWF-Instrument zur Prävention von Währungskrisen?

– Kurzfassung –

Die Erfahrungen mit Währungskrisen in Schwellenländern zeigen, daß deren Auswirkungen nicht nur Länder mit fundamentalen Fehlentwicklungen betreffen. Krisen werden über Ansteckenseffekte in andere Schwellenländer übertragen und haben Auswirkungen auf die durch Handels- und Investitionsbeziehungen verflochtenen Länder in Europa.

Nach den seit vielen Jahren anhaltenden Diskussionen über geeignete wirtschaftspolitische Instrumente zur Eindämmung von Währungskrisen in Schwellenländern unterbreitete der Internationale Währungsfonds (IWF) einen Entwurf zu Einrichtung eines neuen Instruments. Der Vorschlag zur sogenannten Währungsreserven-Erweiterungslinie (Reserve Augmentation Line, RAL) greift auf die wissenschaftliche Debatte zur Rolle von Liquiditätsbereitstellenden Instrumenten bei der Währungskrisenprävention zurück. Der Vorstoß führt vor Augen, daß ein solches krisenpräventives Mittel im aktuellen Instrumentenkatalog des IWF noch nicht zur Verfügung steht. Die bisherigen Instrumente sind vor allem auf die Krisenreaktion ausgerichtet.

Die theoretische Diskussion zur Krisenprävention zeigt, daß präventive Instrumente unter anderem schnell und in ausreichendem Umfang zum Einsatz kommen müßten, um effektiv zu sein. Zudem müßten effektive Instrumente so ausgestaltet sein, daß deren Beantragung von den Marktakteuren nicht als Signal für potentielle Krisengefahren verstanden wird.

Die Gegenüberstellung des RAL-Vorschlags des IWF und der Anforderungen an krisenpräventive Liquiditätsinstrumente zeigt, daß von der RAL nur begrenzt präventive Effekte zu erwarten sind. Besonders kritisch zu bewerten ist die Begrenzung des Instruments auf 300 Prozent der Quote (der Einlage, die Länder beim IWF halten) sowie das nicht gelöste Problem der negativen Signale bei der Beantragung. Andererseits würde mit den RAL erstmals ein Instrument zur Verfügung stehen, das aufgrund eines vorgelagerten Qualifikationsmechanismus im Falle einer sich anbahnenden Krise sofort Liquidität bereitstellt. Damit wird eine wesentliche Forderung aus der wissenschaftlichen Diskussion berücksichtigt.

Tobias Knedlik, Johannes Ströbel (Seite 269)

Ostdeutsche Wirtschaft: Nachfrageschub überwiegt strukturelle Schwächen

Im vergangenen Jahr hat die wirtschaftliche Aktivität in Ostdeutschland überdurchschnittlich zugenommen. Die mitteldeutschen Länder stiegen sogar in die Gruppe der Spitzenreiter auf. Dies überraschte zunächst, blieben doch die fundamentalen Schwächen der ostdeutschen Wirtschaft wie die Kleinteiligkeit der Produktionsstätten, die fehlenden Konzernzentralen, die geringe Industriedichte, die Überkapazitäten in der Bauwirtschaft, die niedrige Forschungs- und Entwicklungsintensität, der Produktivitätsrückstand, die hohe Unterbeschäftigung erhalten.¹ Stellt man jedoch in Rechnung, daß im Zuge der marktwirtschaftlichen Transformation in den Neuen Bundesländern trotz der Schwächen ein leistungsfähiger Unternehmenssektor entstanden ist, relativiert sich das Überraschungsmoment. Der Produktionsapparat der Unternehmen und die Infrastruktur wurden modernisiert, und die anfangs gegebenen Nachteile im Kostenwettbewerb wurden weitgehend abgebaut. Die Hersteller handelbarer Güter, die dem Wettbewerb auf den nationalen und internationalen Märkten am direktesten ausgesetzt sind, haben gegenüber den Anbietern aus den Alten Bundesländern sogar einen Kostenvorteil erzielt. Gegenüber den mittel- und osteuropäischen Niedriglohnländern ist der Nachteil bei den Arbeitskosten geschrumpft.

Die über die Jahre kumulierten Verbesserungen auf der Angebotsseite generell sowie die Unterauslastung des Faktors Arbeit und der Produktionsanlagen haben die ostdeutsche Wirtschaft in die Lage versetzt, trotz struktureller Schwächen den konjunkturellen Aufschwung in Deutschland und auf seinen Außenmärkten im Jahr 2006 mitzunehmen. Dem kamen die treibenden Kräfte der Konjunktur, der Export in das Ausland und die Investitionsaktivitäten im Inland entgegen. Dieser Aufschwung hat einen starken Industriebezug. Hier vollzog sich die Transmission der Impulse auf das dem Ausmaß nach zwar kleine, aber wettbewerbsfähige ostdeutsche Potential. Die Industrieproduktion stieg um gut 6,5%, die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe um reichlich 11% und damit mehr als doppelt so stark wie in den Alten Bundesländern. Zusätzlich legte nach Jahren des kräftigen Rückgangs auch die Baupro-

duktion zu, so daß das hohe Wachstum der industriellen Wertschöpfung anders als in den Vorjahren voll auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität durchschlug. Industrie und Baugewerbe trugen zu rund vier Fünfteln zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 3% bei. Unter den Dienstleistern ragten die Beiträge des Verkehrs- und Nachrichtengewerbes sowie der unternehmensnahen Anbieter heraus.

Tabelle 1:
Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland (ohne Berlin) zur Wertschöpfung - in Prozentpunkten des Zuwachses der realen Größe -

	2004	2005	2006
Bruttowertschöpfung insgesamt ^a	2,1	0,0	3,0
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	1,3	1,0	2,1
Baugewerbe	-0,5	-0,6	0,3
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	0,7	0,3	0,4
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	0,2	0,2	0,4
Öffentliche und sonstige private Dienstleister	-0,1	-0,3	0,0
Bruttowertschöpfung der Unternehmen ^b	2,2	0,3	3,0
Unternehmen ^b ohne Baugewerbe	2,7	0,9	2,8
<i>Nachrichtlich:</i> Bruttoinlandsprodukt	1,7	-0,2	3,0

^a Die Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung und des Bruttoinlandsprodukts unterscheiden sich aufgrund der Zurechnung der zweigübergreifenden Komponenten des Bruttoinlandsprodukts, d. h. der Gütersteuern und der Gütersubventionen. – ^b Ohne sonstige private Dienstleister.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Berechnungen des IWH.

Das kräftige Produktionswachstum und die Vorteile bei den Arbeitskosten haben die Beschäftigungschancen für eine ganze Reihe von Erwerbslosen ansteigen lassen. Die produzierenden Unternehmen, vor allem aber die Dienstleister für Unternehmen haben per saldo mehr Personal eingestellt als Stellen abgebaut. Gegenüber dem Vorjahr fanden 16 700 Personen zusätzlich eine sozialversicherungspflichtige Anstellung im Unternehmenssektor. Dadurch konnte auch die hohe Arbeitslosigkeit leicht verringert werden. Allerdings wurden im Zuge der notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte im Staatssektor weitere Stellen abgebaut.

¹ Vgl. LUDWIG, U.: Mittel- und langfristige Wachstumsprojektionen für Ostdeutschland, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 6/2007, S. 210-218.

Die Aussichten für Produktion und Beschäftigung bleiben günstig, solange der Aufschwung in Deutschland anhält und die Vorteile im Kostenvettbewerb nicht aufgegeben werden. Anderenfalls gewinnen die strukturellen Schwächen wieder Oberhand und die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland würde gebremst. Zunächst dürften jedoch die Exporte und die Investitionsaktivitäten stimulieren und der private Konsum die Produktion stützen. Förderlich wären daher weiter günstige Finanzierungsbedingungen in Deutschland. Voraussetzung dafür ist aber, daß sich die Inflationsrisiken im gesamten Euroraum in naher Zukunft abschwächen, so daß die Europäische Zentralbank, wie derzeit erwartet, ihren geldpolitischen Kurs nicht weiter verschärfen muß.

Ausstattung mit Arbeit und Sachkapital

Auch im Jahr 2006 ist das Arbeitsangebot, gemessen an der Zahl der Erwerbsfähigen, in allen ostdeutschen Flächenländern gesunken. Ausschlaggebend waren der Eintritt geburtenschwacher Jahrgänge in das erwerbsfähige Alter und die hohe Abwanderung. Die geringe Geburtenhäufigkeit ist auch der Hauptgrund für die insgesamt rückläufige Einwohnerzahl. Demgegenüber sorgt die steigende Lebenserwartung für eine zunehmende Zahl an Personen im Rentenalter (Tabelle 2). Diese Tendenzen der Schrumpfung der Einwohnerzahl und ihrer Alterung halten auch in diesem und dem kommenden Jahr an.

Das Erwerbspersonenpotential wird jedoch nur zu 78% ausgelastet. Die Unterbeschäftigung erstreckt sich zum überwiegenden Teil auf Arbeitslose, die bei der Bundesagentur für Arbeit als solche registriert sind. Hinzu kommen die Teilnehmer an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen, an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, an Sonderprogrammen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und der Langzeitarbeitslosigkeit, Vorruheständler und die stille Reserve (Tabelle 3). Unter den Beschäftigten verdienen außerdem im Jahr 2006 knapp 386 000 Personen als Arbeitspendler (Saldo der Aus- und Einpendler) ihr Einkommen in den Alten Bundesländern oder im Ausland. Das Arbeitsangebot weist insgesamt auf ein Defizit an Arbeitsplätzen in Ostdeutschland von mindestens 1,7 Mio. hin.

Die große Zahl an Unterbeschäftigten bildet eine Reserve für Produktionssteigerungen. Dies dürfte auch angesichts der Tatsache gelten, daß eine schnelle Rückkehr der als arbeitslos registrierten Unterbeschäftigten in das Erwerbsleben häufig

auf Eingliederungsprobleme stößt. Diese Personen haben zwar überwiegend eine Berufsausbildung absolviert, ihre Fähigkeiten entwerten sich jedoch mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit.

Eine weitere Reserve bilden die mit den modernen Sachanlagen geschaffenen Produktionsmög-

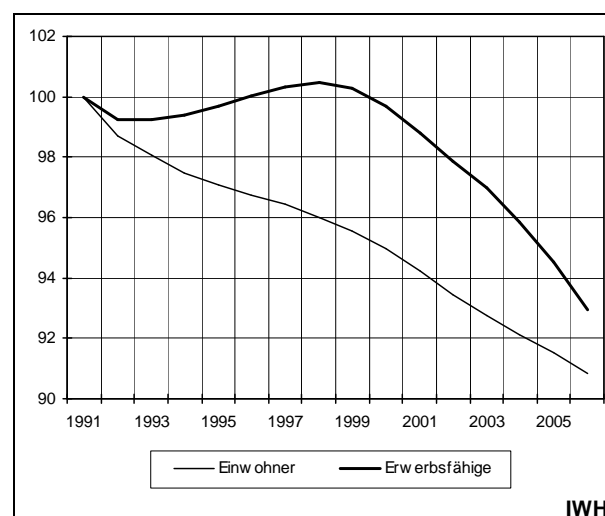
Tabelle 2:
Bevölkerungsprojektion für die Neuen Bundesländer (ohne Berlin)

	2006	2007	2008
	1 000 Personen		
Einwohnerzahl	13 294	13 195	13 098
darunter:			
Erwerbsfähige ^a	9 067	8 900	8 744
Personen im Rentenalter ^b	2 859	2 927	2 975
<i>Nachrichtlich:</i>			
Einwohnerzahl ABL	69 074	69 054	69 054
	Veränderung gegenüber Vorjahr		
Einwohnerzahl	-95	-99	-97
darunter:			
Erwerbsfähige ^a	-157	-167	-156
Personen im Rentenalter ^b	97	68	48
<i>Nachrichtlich:</i>			
Einwohnerzahl ABL	510	-20	0

^a Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. – ^b Personen im Alter von 65 Jahren und mehr.

Quellen: Statistisches Bundesamt: 11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung.

Abbildung 1:
Anzahl der Einwohner und der Erwerbsfähigen^a in Ostdeutschland^b seit 1991
- 1991 = 100 -



^a Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. – ^b Ostdeutschland (ohne Berlin).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2007); Berechnungen des IWH.

Tabelle 3:
Auslastung des Erwerbspersonenpotentials in Ostdeutschland^a

		2003	2004	2005	2006	Nachrichtlich: ABL 2006
		in 1 000 Personen				
1	Erwerbsfähige ^b	9 460	9 352	9 223	9 067	45 687
2	Erwerbstätige (Inland) ^c	5 653	5 663	5 598	5 629	33 461
3	Pendlersaldo	-403	-395	-388	-386	476
4	Erwerbstätige Inländer (Arbeitsplätze) ^c	6 056	6 058	5 986	6 015	32 985
5	Unterbeschäftigte (Arbeitsplatzlücke)	1 904	1 805	1 782	1 670	4 465
6	Registrierte Arbeitslose	1 317	1 300	1 295	1 187	3 300
7	Sonstige Unterbeschäftigte ^d	392	355	282	280	626
8	Stille Reserve ^e	195	150	205	203	539
9	Erwerbspersonenpotential (Arbeitskräftepotential) ^f	7 848	7 757	7 610	7 535	37 179
10	Erwerbstätigenquote [(4)/(1)*100]	64,0	64,8	64,9	66,3	72,2
11	Erwerbsbeteiligungsquote [(9)/(1)*100]	83,0	82,9	82,5	83,1	81,4
12	Auslastungsgrad [(4)/(9)*100]	77,2	78,1	78,7	79,8	88,7

^a Ostdeutschland (ohne Berlin). – ^b Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. – ^c Einschließlich Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt; Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und Strukturpassungsmaßnahmen sowie Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen; Kurzarbeiter, Personen in Altersteilzeit; Ein-Euro-Jobs. – ^d Arbeitslose nach §125, 126 SGB III; Ausfall durch Kurzarbeit (in Vollzeitäquivalenten); Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (in Vollzeitäquivalenten); Ein-Euro-Jobs; Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; Teilnehmer an Deutschlehrgängen; Vorruhehändler; Ausfall durch Altersteilzeit (in Vollzeitäquivalenten); Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, am Programm JUMP+, am Programm Arbeit für Langzeitarbeitslose sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^e Schätzungen auf der Grundlage von Angaben des IAB zur Stillen Reserve i. e. S. – ^f Summe aus Erwerbstätigen und Unterbeschäftigten. Zur Vermeidung von Doppelzählungen werden die Personengruppen, die in beiden Positionen enthalten sind, herausgerechnet. Dazu zählen: Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und Strukturpassungsmaßnahmen sowie Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen; Kurzarbeiter (in Vollzeitäquivalenten), Personen in Altersteilzeit (in Vollzeitäquivalenten) sowie Ein-Euro-Jobs.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2007); Bundesagentur für Arbeit; BACH, H.-U.; KLINGER, S.; ROTHE, E.; SPITZNAGEL, E.: Arbeitslosigkeit sinkt unter vier Millionen, in: IAB-Kurzbericht, 5/2007, S. 7; Berechnungen des IWH.

lichkeiten. Trotz insgesamt schwacher Investitionsaktivitäten in den Jahren nach 2000 ist der Produktionsapparat in den Neuen Bundesländern Jahr für Jahr erweitert worden. Gemäß dem jüngsten von der amtlichen Statistik ausgewiesenen Wert hatte sich das Bruttoanlagevermögen Anfang 2005 um 2,4% gegenüber dem Vorjahr erhöht. Insbesondere sorgte die verstärkte Anschaffung neuer Ausrüstungen und sonstiger Anlagen im Verlauf des Jahres 2004 für die Ausdehnung der Produktionskapazitäten. Auch wenn die Investitionsaktivitäten im Verlauf 2005 schwächelten, der Investitionsschub bei Ausrüstungen und Wirtschaftsbauten dürfte 2006 erneut zu einer kräftigen Ausweitung des Produktionspotentials geführt haben.

Mit der Vergrößerung des Produktionsapparats hat sich die Ausstattung der Arbeitsplätze mit Maschinen und Geräten erhöht, eine wesentliche Voraussetzung für die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Maßgeblich dafür war vor allem eine beschleunigte Zunahme der Anlagenintensität im Produzie-

renden Gewerbe. Auf das Bruttoanlagevermögen insgesamt bezogen, wird hier der Stand der Alten Länder schon deutlich überschritten, bei Ausrüstungen und sonstigen Anlagen erstmalig erreicht. Im Dienstleistungssektor einschließlich Staat besteht mit einer um etwa ein Viertel geringeren Kapitalausstattung pro Arbeitsplatz aber noch ein erheblicher Rückstand.

Die Erhöhung der Kapitalintensität der Arbeitsplätze bezog sich im Jahr 2005 allerdings auf eine verringerte Zahl an Beschäftigten. Bei nahezu stagnierender gesamtwirtschaftlicher Produktion stieg damit rein rechnerisch die Produktivität der Arbeit, während der Kapitaleinsatz insgesamt weniger produktiv verlief. Auch bezogen auf die eingesetzten Maschinen und Ausrüstungen war die Kapitalproduktivität nach einer Steigerung im Jahr 2004 rückläufig. Dies hat sich im Jahr 2006 grundlegend geändert. Die Wertschöpfung stieg gesamtwirtschaftlich um 3% und im Produzierenden Gewerbe sogar um reichlich 8%. Das sind starke Indizien

Tabelle 4:
Anlagevermögen in Ostdeutschland^a

	2003	2004	2005	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % ^b			Stand ^c ABL = 100
Insgesamt				
Bruttoanlagevermögen	1,8	2,6	2,4	13,7
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,4	1,1	1,3	15,1
Kapitalproduktivität ^d	-0,9	-0,9	-2,5	94,7
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,6	0,6	-1,4	86,3
Arbeitsproduktivität ^e	2,2	1,9	1,2	77,1
Kapitalintensität ^f	2,9	2,4	3,5	81,4
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	2,6	0,9	2,5	89,3
Darunter:				
Produzierendes Gewerbe				
Bruttoanlagevermögen	-0,1	1,0	1,7	17,5
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,2	1,1	1,8	16,1
Kapitalproduktivität ^d	2,5	2,2	-0,8	67,2
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,2	2,1	-0,9	73,0
Arbeitsproduktivität ^e	5,9	5,1	3,9	73,2
Kapitalintensität ^e	3,3	2,9	4,7	109,1
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	4,6	3,0	4,9	100,4
Dienstleistungsbereiche einschließlich Staat				
Bruttoanlagevermögen	2,2	3,0	2,6	13,0
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,4	0,9	0,7	13,9
Kapitalproduktivität ^d	-1,4	-2,0	-2,4	102,9
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,6	0,1	-0,5	96,4
Arbeitsproduktivität ^e	1,0	0,0	0,4	79,0
Kapitalintensität ^e	2,5	2,0	2,8	76,7
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,6	0,1	0,9	81,9

^a Neue Länder (ohne Berlin), Alte Länder (einschließlich Berlin). – ^b Zu Preisen von 2000. – ^c Zu Wiederbeschaffungspreisen. – ^d Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung der Bereiche bezogen auf den Jahresanfangsbestand des Bruttoanlagevermögens. – ^e Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (Inland). – ^f Jahresanfangsbestand des Bruttoanlagevermögens je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2007); Berechnungen des IWH.

dafür, daß sowohl Arbeit als auch Kapital produktiver eingesetzt worden sind.

Im Produzierenden Gewerbe dürfte die Kapitalproduktivität 2006 gestiegen und in der Gesamt-

wirtschaft ihr Rückgang zumindest gestoppt worden sein. Im Rückblick stellt sich damit die Erweiterung des Produktionsapparats in den Jahren 2004 und 2005 ohne hinreichende unmittelbare Produktivitätseffekte auf den ersten Blick nicht als Fehlallokation, sondern als Vorlauf für dessen Absorptionsfähigkeit eines Nachfrageschubs durch den Produktionsapparat dar. Allerdings erreichte im Jahr 2005 die Kapitalproduktivität im Produzierenden Gewerbe erst zwei Drittel des Stands in den Alten Bundesländern, bei Ausrüstungen und sonstigen Anlagen 73%, und das, obwohl in diesem Wirtschaftsbereich Westdeutschlands hinsichtlich der Ausstattung der Arbeitsplätze mit Maschinen und Anlagen überholt worden ist. Hier hält scheinbar ein Mißverhältnis an, das zu einem gewissen Teil objektive Gründe in der kapitalintensiveren Branchenstruktur in Ostdeutschland hat.² Auch lag die Arbeitsproduktivität erst bei knapp drei Vierteln des Niveaus in den Alten Bundesländern.

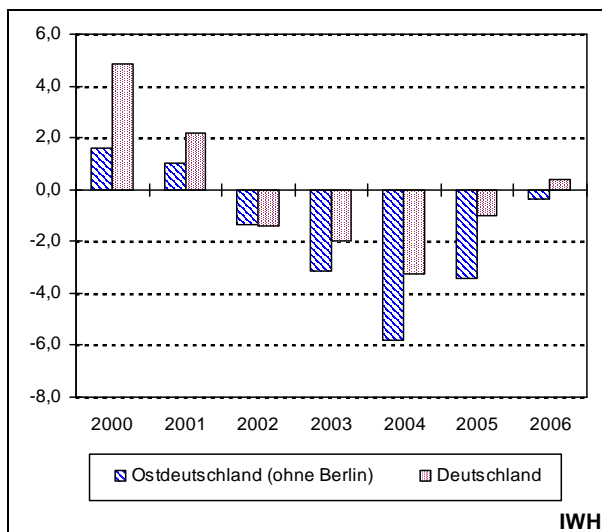
Im Dienstleistungssektor, zu dem hier der Staat mitgezählt wird, ist die Kapitalproduktivität kontinuierlich gesunken. Sie liegt trotz der anhaltend hohen Leerstände im Immobilienbereich aber immer noch über dem Stand in den Alten Bundesländern. Die deutlich geringere Ausstattung der Arbeitsplätze mit Ausrüstungen und baulichen Anlagen hat der Steigerung der Produktivität der Arbeit in den arbeitsintensiven Dienstleistungsprozessen keinen Abbruch getan, so daß auch der Kapitaleinsatz, verglichen mit westdeutschen Verhältnissen, effizient erfolgte. Die Arbeitsproduktivität bleibt allerdings gegenüber den Alten Bundesländern um rund 20% zurück.

Finanzierungsaspekte

Die Kreditwirtschaft stützt den konjunkturellen Aufschwung in Deutschland. Im vergangenen Jahr haben sich erstmals seit 2001 die Kreditforderungen deutscher Banken insgesamt an Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen nicht weiter verringert. In den Neuen Bundesländern waren die Kreditbestände, in deren Entwicklungsnachweis nicht nur Neugeschäft und Tilgungen, sondern auch Kreditausfälle eingehen, allerdings immer noch rückläufig, wenn auch nur geringfügig (Abbildung 2).

² Vgl. DIW Berlin; IAB; IFW; IWH; ZEW: Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. IWH-Sonderheft 7/2003.

Abbildung 2:
Kredite an Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IWH.

Die Finanzierung über Bankkredite ist in Ostdeutschland tendenziell schwächer ausgeprägt. Dies beruht vor allem auf strukturellen Unterschieden gegenüber Westdeutschland.³ So sind die Unternehmen im Osten Deutschlands im Durchschnitt kleiner, jünger und eigenkapitalschwächer als ihre Pendanten im Westen des Landes.

Vor diesem Hintergrund sind zwei eng miteinander verbundene Faktoren von besonderer Bedeutung. Zum einen ist die Innenfinanzierungsquote ostdeutscher Unternehmen und Betriebe überdurchschnittlich hoch.⁴ Zum anderen verändert die Einführung von Risikobewertungs- und -steuersystemen im Gefolge von Basel II das Bankkreditgeschäft als solches.

Vielfach wird die hohe Innenfinanzierungsquote ostdeutscher Unternehmen als Zeichen dafür interpretiert, daß externe Finanzierungsmittel, einschließlich Bankkredite, wenn überhaupt, dann nur schwer zugänglich sind. Insofern gilt ein hoher Innenfinanzierungsanteil als Makel. Jedoch kann er auch Ausdruck des Bestrebens der Unternehmen nach einer weiteren Bilanzkonsolidierung sein. Mit dem Ziel, mittelfristig die Bankfinanzierung zu erleichtern, stellen sich die Unternehmen auf diese

Weise den durch Basel II veränderten Anforderungen des Kreditgewerbes. Denn die Notwendigkeit zur Einführung von Risikobewertungs- und -steuersystemen entsprechend den Vorgaben von Basel II hat die Privatbanken ihrerseits dazu veranlaßt, bei den Kreditentscheidungen vermehrt auf eine Dokumentation und Offenlegung von Bilanz- und Geschäftskennziffern und Unternehmensstrategien zu achten. Dies hat offenbar den Informationsfluß zwischen Unternehmen und den privaten Banken verbessert, denn die privaten Kreditinstitute haben den Mittelstand neu entdeckt und versorgen diesen wieder in zunehmendem Maße, nunmehr allerdings mit standardisierten Kreditprodukten auf der Grundlage harter Bonitäts- und Erfolgskennziffern.

In Ostdeutschland hat dies dazu geführt, daß die private Kreditwirtschaft erhebliche Marktanteilsgewinne beim Geschäft mit Unternehmenskrediten meldet. Die privaten Kreditinstitute befriedigen knapp die Hälfte der gesamten Kreditnachfrage von Unternehmen in Ostdeutschland.⁵ Bei Sparkassen und Volksbanken hingegen scheinen die Anforderungen von Basel II eine grundsätzliche Abkehr vom traditionellen Hausbankensystem zu bewirken. Die Hausbankbeziehung, bei der das persönliche Verhältnis zwischen Kreditkundenbetreuer und Unternehmen entscheidend ist, hat für ostdeutsche Unternehmen jedoch von jeher nur untergeordnete Bedeutung. Demzufolge sind von dem daraus resultierenden Rückgang der Ausleihungen bei Sparkassen und Genossenschaftsbanken in Ostdeutschland vor allem Selbständige wie Handwerker, Händler und Freiberufler betroffen.

Alles in allem dürfte der Wandel im Finanzsektor für die Unternehmen in Ostdeutschland bedeuten, daß sich für einige von ihnen der Zugang zur Kreditfinanzierung auch mittelfristig verbessern wird. Aber selbst, wenn die Stärkung der Eigenkapitalbasis und die Anpassungen bei der Risikosteuerung von Banken eine weitgehende Lockerung der finanziellen Beschränkungen für die Unternehmen ermöglichen kann, wirkt die implizite Abhängigkeit von internen Finanzierungsmitteln, insbesondere von laufenden Einnahmen, bei den finanziell noch eher schwach ausgestatteten ostdeutschen Unternehmen tendenziell prozyklisch. Eine hiermit verbundene Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Volatilität wirkt sich mittelfristig jedoch umso weniger wachstumshemmend aus, je

³ Vgl. KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU: Unternehmensbefragung 2006. Frankfurt/M., S. 13.

⁴ Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR OSTDEUTSCHLAND: Ostdeutsche Wirtschaft: Wachstum der Produktion bleibt erneut im Ost-West-Vergleich zurück, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 7/2006, S. 189-212.

⁵ Berechnungen des IWH auf der Grundlage von Angaben der Deutschen Bundesbank.

stärker die Banken nicht nur vergangenheitsorientierte Kennziffern, sondern vor allem Einschätzungen über die Geschäftsaussichten ihrer Kreditkunden bei der Risikosteuerung berücksichtigen.

Entwicklung der Nachfrage

Export – Motor der konjunkturellen Entwicklung

Auch im vergangenen Jahr konnten die ostdeutschen Exporteure ihre Warenverkäufe an das Ausland deutlich steigern. So wurde der mit knapp 15% schon als außerordentlich hoch anzusehende Exportzuwachs Westdeutschlands von den Neuen Bundesländern noch deutlich übertroffen, und die Warenumsätze legten hier 2006 um mehr als ein Fünftel zu. Auch in realer Rechnung waren die Steigerungen mit rund 16% noch erheblich.

Maßgeblich für diese Entwicklung war zum einen die robuste Weltkonjunktur, insbesondere in Mittel- und Osteuropa sowie in Asien. Zum anderen dürften die Auswirkungen der Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Jahr 2005 die Exporte beflügelt haben. Ostdeutschland besitzt im Bereich der handelbaren Güter inzwischen deutliche Vorteile gegenüber den Alten Bundesländern hinsichtlich der Lohnstückkosten, die in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken sind. Dies hat seine Wettbewerbsposition gegenüber Anbietern in Westeuropa, dem Hauptabsatzgebiet der ostdeutschen Unternehmen im Ausland, gestärkt.

In die mittel- und osteuropäischen Länder sowie nach Asien legten die Ausfuhren um über 30%, nach Rußland sogar um mehr als 40% zu (vgl. Anhang Tabelle A4). Dabei kam den Exporteuren auch die Verringerung des Nachteils bei den Arbeitskosten zugute. Doch auch in die alten EU-Mitgliedstaaten konnten die Exporte erheblich gesteigert werden. Lediglich die Lieferungen auf den amerikanischen Kontinent waren leicht rückläufig. Ausschlaggebend dafür war der Rückgang des Exports in die USA infolge der dort verhaltenen konjunkturellen Entwicklung. Damit hat sich die regionale Ausrichtung der ostdeutschen Exporte im vergangenen Jahr weiter von derjenigen Westdeutschlands entfernt: Während die mittel- und osteuropäischen Länder einschließlich Rußlands deutlich an Bedeutung gewonnen haben, hat sich der Exportanteil nach Amerika und Westeuropa wesentlich stärker zurückgebildet, als dies bei Westdeutschland der Fall war.

Die wichtigsten Exportgüter der Neuen Bundesländer waren 2006 erneut Kraftwagen und Kraftwagenteile, wenngleich deren Anteil am Gesamtexport weiterhin abnahm. An Bedeutung gewonnen haben dagegen chemische Erzeugnisse und Maschinen, deren Ausfuhr um rund ein Viertel zunahm. Durch die überdurchschnittlichen Zuwächse bei den letztgenannten Gütergruppen haben sich die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bei der Warenstruktur der Exporte, anders als bei der Regionalstruktur, weiter verringert. Eine Ausnahme bilden weiterhin die Metalle, bei denen der deutlich aufwärtsgerichtete Trend von Produktion und Beschäftigung in Ostdeutschland auch im Exportgeschehen aufscheint.

Tabelle 5:

Export der Neuen Bundesländer in das Ausland nach Warengruppen im Jahr 2006
- in jeweiligen Preisen -

	Mio. Euro	Anteil in %	Zuwachs gegenüber Vorjahr in %
Ausfuhr insgesamt	51 269	100,0	21,4
darunter:			
Kraftwagen und Teile	8 997	17,5	7,6
Chemische Erzeugnisse	6 728	13,1	27,9
Maschinen	5 225	10,2	23,5
Rundfunk- und Nachrichtentechnik	3 231	6,3	12,2
Metalle	4 264	8,3	50,5
Nahrungsgüter	2 630	5,1	21,5

Quellen: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamts;
Berechnungen des IWH.

Zu Beginn dieses Jahres ist die außenwirtschaftliche Dynamik, gemessen an den Auslandsumsätzen der ostdeutschen Industrie, hoch geblieben. Im zweiten Quartal hat sie sich etwas abgeschwächt. Für den weiteren Jahresverlauf deuten die Frühindikatoren auf eine Festigung hin. Für Ostdeutschland lassen darauf nicht nur die konjunkturellen Perspektiven der wichtigsten ostdeutschen Handelspartner, sondern auch die Entwicklung der Auftragseingänge aus dem Ausland schließen (vgl. Anhang Übersicht 2). Der derzeit gegenüber wichtigen außereuropäischen Währungen starke Euro dürfte sich aufgrund der regionalen Ausrichtung der Auslandslieferungen in der Summe kaum negativ auf die ostdeutschen Exporte auswirken. Obgleich die Exportzuwächse 2007 deutlich hinter den hohen Werten aus dem Vorjahr zurückbleiben

werden, kann dennoch von einem robusten Anstieg ausgegangen werden, der auch im laufenden Jahr in Ostdeutschland höher ausfallen wird als in Westdeutschland. Ostdeutschland kommt dabei die stärkere Fokussierung der Ausfuhren auf die dynamisch wachsenden Volkswirtschaften in Mittel- und Osteuropa zugute, von denen weiterhin kräftige Impulse ausgehen werden. Doch auch die Exportnachfrage aus dem Euroraum wird aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung die ostdeutschen Exporte erneut stimulieren. Auch im Jahr 2008 werden angesichts der weiterhin günstigen konjunkturellen Aussichten für die ostdeutschen Handelspartner die Exporteure ihre Ausfuhren nahezu im selben Umfang wie 2007 ausweiten können.

Tabelle 6:
Regionale Entwicklung des Inlandsatzes der ostdeutschen Industrie^a

	2004	2005	2006
	<i>in Mio. Euro</i>		
ABL	57 339	62 124	68 848
NBL	51 452	52 482	54 765
Inland	108 791	114 606	123 613
	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>		
ABL	-	8,3	10,8
NBL	-	2,0	4,4
Inland	-	5,3	7,9

^a Neue Bundesländer (einschließlich Berlin); Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; IAB-Betriebspanel 2005 und 2006; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Die Ausfuhren aus einer Region beschränken sich nicht auf die Lieferungen in das Ausland, sondern schließen in Deutschland den Umsatz außerhalb der Region ein. So setzt die ostdeutsche Industrie seit Jahren mehr als die Hälfte ihrer für das Inland bestimmten Produktion in den Alten Bundesländern ab. Zusammengenommen mit dem Auslandsumsatz beläuft sich dieser überregionale Umsatz der ostdeutschen Industrie auf zwei Drittel der Gesamtproduktion.

Der konjunkturelle Aufschwung in den Alten Bundesländern hat direkt über die Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern auf die ostdeutsche Produktion ausgestrahlt, vor allem aber indirekt über die Vorleistungsverflechtung zwischen den beiden Gebietsteilen. Die Umsätze der ostdeutschen Industrie in den Alten Bundesländern sind im Jahr 2006 um fast 11% gestiegen. Haupt-

sächlich betraf dies den Verkauf von Vorleistungsgütern.

Investitionsaktivität steigt weiter, wenn auch mit abnehmender Dynamik

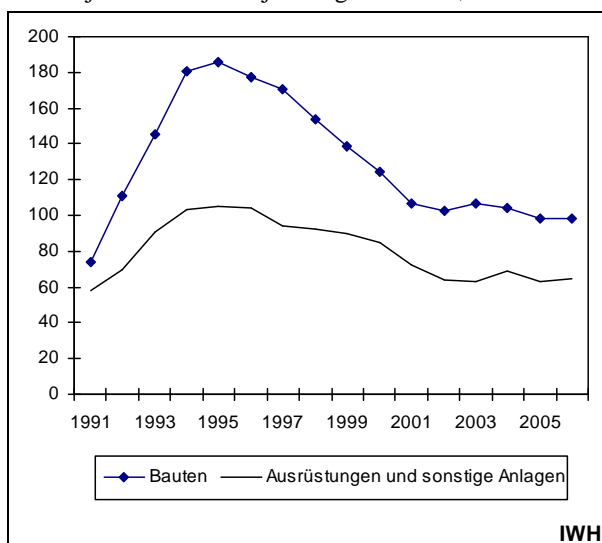
Der kräftige konjunkturelle Aufschwung in Deutschland hat auch die Unternehmen im östlichen Teil veranlaßt, ihre Produktionskapazitäten zu erweitern. Die Anlageinvestitionen sind nach zehn Jahren anhaltender Rückgänge im Jahr 2006 erstmalig wieder gestiegen. Zu nennenswerten Ausweitungen ist es insbesondere in der Industrie gekommen, und hier vor allem im Vorleistungsgüter- und Investitionsgütergewerbe.⁶ Nach Stagnation im Jahr 2005 expandierten vor allem die Ausrüstungsinvestitionen mit knapp 10% erheblich. Neben den konjunkturellen Beweggründen dürften dafür auch die im Jahr 2006 vorübergehend eingeführten degressiven Abschreibungsbedingungen für bewegliche Anlagegüter verantwortlich zeichnen. Um diese Abschreibungserleichterungen mitzunehmen, dürften zudem etliche für Ende 2005 vorgesehene Investitionen in das Jahr 2006 verschoben worden sein. Aber auch die Bauinvestitionen haben im Jahr 2006 Auftrieb erhalten und damit erstmals seit 1994 wieder zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts beigetragen. So hat der gewerbliche Bau von den Kapazitätserweiterungen in der privaten Wirtschaft profitiert. Die öffentlichen Bauinvestitionen nahmen angesichts der etwas günstigeren Haushaltssituation vieler Gemeinden zu. Die Investitionen im Wohnungsbau standen unter dem Einfluß von Sondereffekten. Zur Mitnahme der Eigenheimzulage und zur Umgehung der Mehrwertsteuererhöhung wurden sowohl von privaten Haushalten als auch von Wohnungsbaugesellschaften vermehrt Baumaßnahmen in das Jahr 2006 vorgezogen.

Ein Vergleich mit den Alten Bundesländern als Referenzraum zeigt, daß trotz kräftiger Expansion im Jahr 2006 insgesamt immer noch eine erhebliche Lücke bei den Ausrüstungsinvestitionen pro Kopf besteht. Hier wird das westdeutsche Niveau nach wie vor um 35% unterschritten. Die Pro-

⁶ Laut IWH-Umfrage vom März 2007 haben hier mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen ihre Investitionen gegenüber dem Vorjahr erhöht. Vgl. Auswertungsbericht zur IWH-Industrienumfrage vom März 2007. – Nach den Ergebnissen des ifo Investitionstests im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe ist es vor allem zu einer beträchtlichen Expansion in der Elektrotechnik und in der Chemischen Industrie gekommen. Vgl. Ergebnisse des ifo Investitionstests Verarbeitendes Gewerbe Neue Bundesländer vom Herbst 2006.

Abbildung 3:
Ausrüstungs- und Bauinvestitionen im Ost-West-
Vergleich^a

- Stand je Einwohner in jeweiligen Preisen, ABL = 100 -



^a Ostdeutschland (ohne Berlin), Westdeutschland (einschließlich Berlin).
Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2007);
Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle 7:
Anlageinvestitionen in Ostdeutschland^a

- Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Preise von 2000 -

	2004	2005	2006	2007	2008
Anlageinvestitionen	-0,2	-5,5	6,4	2,8	1,0
darunter:					
Neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	11,4	-0,6	10,0	5,0	3,0
Bauinvestitionen insgesamt	-6,0	-8,5	3,6	1,0	-0,7
davon:					
Wohnbauten	-6,5	-9,7	3,0	-0,6	-2,5
Nichtwohnbauten	-5,7	-7,6	3,7	2,0	0,6

^a Ohne Berlin.
Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2007);
Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Kopf-Investitionen bei Bauten liegen dagegen nahezu auf dem Stand in den Alten Ländern. Bei den Anlageinvestitionen insgesamt beträgt die Lücke etwa 13%.

Im laufenden und im kommenden Jahr steigen die Investitionsaktivitäten weiterhin, wenngleich nicht mehr ganz so kräftig wie im vorangegangenen Jahr. Das konjunkturelle Umfeld ist nach wie vor intakt und wird bei anhaltend günstigen Absatzprognosen und hoher Kapazitätsauslastung die Investitionen der gewerblichen Wirtschaft in

Ostdeutschland stimulieren. Anregungen gehen im laufenden Jahr noch von der Befristung der degressiven Abschreibungsbedingungen aus. Aus diesen Gründen dürften vor allem die Ausrüstungsinvestitionen nochmals kräftig expandieren, bei Kapazitätserweiterungen wird sich dies auch positiv im Wirtschaftsbau niederschlagen. Im öffentlichen Bereich ist angesichts der verbesserten Einnahmesituation von Bund, Ländern und Gemeinden eine verstärkte Auftragsvergabe zu erwarten.

Die Investitionen im Wohnungsbau kehren dagegen auf ihren Abwärtstrend zurück. Neben der Dämpfung durch die Mehrwertsteuererhöhung und die fehlenden Eigenheimprojekte gewinnen wieder Fundamentalfaktoren wie die sinkende Bevölkerung, hohe Leerstände, schwache Einkommenszuwächse und fehlende Vermögen die Oberhand.

Privater Konsum nur mit geringem Zuwachs

Trotz der erneut gesunkenen Konsumentenzahl infolge des Bevölkerungsrückgangs ist die Nachfrage der ostdeutschen privaten Haushalte im Jahr 2006 gestiegen. Die Einkommensverhältnisse verbesserten sich, da die Verdienste der Arbeitnehmer nicht mehr wie im Vorjahr zurückgingen, sondern zunahmen. Die Masseneinkommen (Löhne und Gehälter sowie monetäre Sozialleistungen) wuchsen allerdings nur geringfügig, während die Selbständigen- und Vermögenseinkommen kräftig zulegten. Nach Abzug aller Steuern und Abgaben verfügten die privaten Haushalte im vergangenen Jahr über 1,5% mehr Einkommen. Real bedeutete dies jedoch nur einen geringfügigen Zuwachs, da die Preise für den Konsum um 1,3% stiegen. Die Entwicklung der Kaufkraft blieb damit gegenüber den anderen Nachfragekomponenten deutlich zurück.

Der Hauptbestandteil der Einkommen der privaten Haushalte⁷, die Löhne und Gehälter, stieg vor allem wegen der zunehmenden Zahl der Beschäftigten, aber auch infolge der leichten Erhöhung der Effektivlöhne je Arbeitnehmer. Der merkliche Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter im Jahr 2006 läßt vermuten, daß die Nettolöhne und -gehälter ebenfalls wieder zulegten, wenn auch schwächer. Nach dem Auslaufen der letzten Stufe der Steuerreform 2000 wurden die Lohnsteuersätze nicht

⁷ Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden hier aus statistischen Gründen von den Bruttogrößen der Komponenten abgeleitet. Der Arbeitskreis „VGR der Länder“ veröffentlicht die Höhe der Einkommensteuern und Abgaben nur noch als Summe.

weiter abgesenkt, und die Steuerprogression wirkte wieder voll. Die Beitragssätze zu den Sozialversicherungen blieben konstant.

Ein nicht geringer Teil der Bruttolöhne und -gehälter der Inländer in Ostdeutschland entfiel auf die Pendler. In allen fünf Neuen Ländern ist der Anteil der Pendlereinkommen an den Bruttolöhnen und -gehältern (Inländer) von 1995 bis 2005 gestiegen, er hat sich sogar – außer in Thüringen – mehr als verdoppelt. Im Jahr 2006 dürfte der Anteil der Pendlereinkommen an der Bruttolohnsumme im Durchschnitt der Neuen Länder knapp 10% betragen haben, wobei das Land Brandenburg mit rund 20% den höchsten und Sachsen mit gut 3% den niedrigsten Anteil auswies.⁸

Tabelle 8:
Bruttoeinkommen der privaten Haushalte in Ostdeutschland^a

	2004	2005	2006
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	0,3	-1,6	1,3
Monetäre Sozialleistungen	-0,6	-2,4	-1,4
Selbständigen- und Vermögenseinkommen	4,6	3,0	4,3
Bruttoeinkommen insgesamt	0,7	-1,1	0,9
<i>Nachrichtlich:</i> Masseneinkommen ^b (brutto)	-0,1	-1,9	0,2

^a Ohne Berlin. – ^b Summe aus Bruttolöhnen und -gehältern und den monetären Sozialleistungen.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: Mai 2007); Angaben für 2006 vom IWH geschätzt; Berechnungen des IWH.

Die monetären Sozialleistungen, die zweitwichtigste Einkommensquelle der privaten Haushalte, nahmen 2006 das dritte Jahr in Folge ab. Auffallend ist ihr merklicher Rückgang im Jahr 2005, während sie in Westdeutschland zunahm. Neben der Nullrunde bei den Renten und der leichten Abnahme der Anzahl der Empfänger von Arbeitslosengeld I schlug hier wahrscheinlich der Übergang von der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II im Rahmen der Arbeitsmarktreform (Hartz IV) zu Buche. Die Tatsache, daß anteilmäßig mehr Arbeitslosenhilfeempfänger als Sozialhilfeempfänger in das neue Arbeitslo-

⁸ Die Pendlerströme schließen nicht nur die Ost-West-Pendler, sondern auch die Aus- und Einpendler zwischen den Neuen Ländern ein.

sengeld II übergeleitet wurden und es außerdem in den ostdeutschen Flächenländern kaum Sozialhilfeempfänger gab, die nicht arbeitslos gemeldet waren, dürfte den Gesamtzahlbetrag verringert haben. Im Jahr 2006 kam es beim Arbeitslosengeld I wegen des starken Rückgangs der Zahl der Anspruchsberechtigten zu einer Verringerung der Zahlungen. Erhöhend auf die Transferzahlungen wirkte die Anhebung des Regelsatzes des Arbeitslosengelds II auf Westniveau (von 331 Euro auf 345 Euro) zur Mitte des Jahres. Innerhalb der monetären Sozialleistungen nehmen die Rentenzahlungen mit knapp 60% den größten Anteil ein. Die Altersrenten wurden abermals nicht angehoben. Je Einwohner lag der Betrag der bezogenen Transfereinkommen in den Neuen Bundesländern um ca. 15% höher als in den Alten Bundesländern.

Tabelle 9:
Verfügbares Einkommen, Konsumausgaben und Ersparnis der privaten Haushalte in Ostdeutschland^a

	2004	2005	2006
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Verfügbares Einkommen, nominal	0,4	-0,7	1,5
Private Konsumausgaben, nominal	0,3	-0,6	1,7
real	-1,2	-2,1	0,5
Ersparnis	2,0	-2,6	-0,6
Sparquote ^b	9,4	9,3	9,1
Konsumdeflator	1,5	1,5	1,3
<i>Nachrichtlich:</i> Tariflöhne je Stunde	2,0	1,1	1,2
Effektivlöhne je Arbeitnehmer	0,9	0,2	0,8
Bruttolöhne und -gehälter (Inland)	0,5	-1,6	1,3
Reale private Konsumausgaben je Einwohner	-0,5	-1,4	1,2

^a Ohne Berlin. – ^b Ersparnis in % der verfügbaren Einkommen.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: Mai 2007); Angaben für 2006 vom IWH geschätzt; Berechnungen des IWH.

Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen – im Unterschied zu den Alten Bundesländern rangieren sie erst an dritter Stelle der Einkommensquellen der ostdeutschen Privathaushalte – expandierten infolge der wieder anziehenden Konjunktur kräftig und waren die dynamischste Komponente der verfügbaren Einkommen im Jahr 2006. Gemessen am westdeutschen Betrag der Selbständigen-

und Vermögenseinkommen je Einwohner erreichte der ostdeutsche Pro-Kopf-Wert jedoch erst 43%. Betrachtet man diese Einkommensposition noch detaillierter, so erreichte die Angleichung im Jahr 2005 folgenden Stand im Ost-West-Verhältnis: Selbständigeneinkommen je Selbständiger -71%, Vermögenseinkommen je Einwohner -33%.

Die ostdeutschen privaten Haushalte gaben nach einer vier Jahre andauernden Abnahme real mit 0,5% erstmals im Jahr 2006 wieder mehr für den privaten Konsum aus als im Vorjahr. Der private Konsum stieg im vergangenen Jahr insbesondere auch durch die in die zweite Jahreshälfte vorgezogenen Käufe von PKW und anderen langlebigen Konsumgütern in Verbindung mit der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007. Bei unveränderter Konsumneigung hätten die privaten Haushalte allerdings nur 0,2% der realen Einkommen mehr ausgegeben. Der andere Teil der zusätzlichen Käufe ging zu Lasten der Ersparnis. Etwa 91% ihrer verfügbaren Einkommen wendeten die ostdeutschen Haushalte 2006 für den Konsum auf. Damit lag ihre Konsumquote um gut 1,5 Prozentpunkte über der Konsumquote der westdeutschen Haushalte.

Die Sparneigung der privaten Haushalte, die seit dem Jahr 2000 bis 2004 kontinuierlich zugenommen hatte, ging im Jahr 2006 wiederum leicht zurück. Zwar gewann die private Altersvorsorge als Hauptsparmotiv weiter an Bedeutung, aber die infolge der Mehrwertsteueranhebung zum 1. Januar 2007 vorgezogenen Käufe der privaten Haushalte an langlebigen Konsumgütern veranlaßten die Haushalte, weniger von den verfügbaren Einkommen zurückzulegen. Der Sparbetrag eines Ostdeutschen hat sich gegenüber 1991 mehr als verdoppelt und entsprach 2006 mit rund 1 330 Euro knapp zwei Dritteln des jährlichen Sparbetrags eines Westdeutschen.

In den Jahren 2007 und 2008 wird die Fortsetzung des Aufschwungs in Deutschland auch in einer anziehenden Einkommens- und Konsumententwicklung im östlichen Gebietsteil ihren Niederschlag finden. Die verbesserten Beschäftigungsaussichten werden die Zahl der Arbeitnehmer steigen lassen, wenn auch nicht so schnell wie in Westdeutschland. Bei höheren tariflichen und effektiven Stundenverdiensten dürften die Bruttolöhne und -gehälter aller Beschäftigten im Prognosezeitraum erstmals wieder mit über 2% deutlich zunehmen. Die monetären Sozialleistungen werden in der Summe erneut sinken. Infolge der guten Konjunktur gehen insbesondere die Zahlungen von

Arbeitslosengeld I stark zurück. Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen bleiben die dynamischste Komponente. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in diesem Jahr um reichlich 2% und im nächsten Jahr um gut 3% zulegen. Die Sparquote steigt wieder leicht an, und die privaten Konsumausgaben nehmen etwas langsamer als die verfügbaren Einkommen zu. Die Verbraucherpreise steigen moderat mit weniger als 2%, der private Konsum erhöht sich im Jahr 2007 real um 0,4% und im Jahr 2008 um 1,6%.

Entwicklungen im Unternehmenssektor

Der ostdeutsche Unternehmenssektor hat im vergangenen Jahr einen Zuwachs an Wertschöpfung von rund 4% erzielt (Tabelle 10). Der entscheidende Beitrag kam wie in den Jahren zuvor aus Produktivitätssteigerungen. Allerdings erschöpfte sich diese Quelle für die Produktionszunahme, und die Unternehmen sahen sich veranlaßt, ihren Personalbestand aufzustocken. Dies war zwar nicht durchgängig der Fall. Der Beschäftigungszuwachs im Verarbeitenden Gewerbe und bei unternehmensnahen Dienstleistern überwog aber den Stellenabbau im Baugewerbe sowie im Bereich Handel und Verkehr. Hinter den Produktivitätssteigerungen blieb die Zunahme der Arbeitskosten deutlich zurück, so daß die Lohnstückkosten sanken. Eine Ausnahme bildete der Bereich Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister. Dort ging die Aufstockung des Personalbestands nicht mit entsprechenden Produktionssteigerungen einher, so daß die Produktivität deutlich sank. Obwohl die Arbeitskosten nur geringfügig stiegen, zogen die Lohnstückkosten kräftig an.

Die Fortschritte bei der Kostensenkung wurden im Jahr 2006 überwiegend durch Produktivitätssteigerungen und nicht, wie in vielen Jahren zuvor, durch Beschäftigungsabbau erzielt. Dies hat den Standort Ostdeutschland für Produktion und Beschäftigung gestärkt. Allerdings bleiben Löhne und Produktivität hinter westdeutschen Standards weiter deutlich zurück (Anhang Tabelle A7). Während das Arbeitnehmerentgelt bei 70% des westdeutschen Niveaus lag, erreichte die wertschöpfungsbezogene Produktivität der Arbeit 76%. Der durchschnittliche Bruttolohn je Arbeitnehmer in den ostdeutschen Ländern betrug im Jahr 2006 rund 1 780 Euro und erreichte damit 77,4% des westdeutschen Stands.

Tabelle 10:
Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten
in ausgewählten Wirtschaftsbereichen^a
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2003	2004	2005	2006
Verarbeitendes Gewerbe				
Bruttowertschöpfung ^b	5,2	8,0	5,8	11,6
Beschäftigung	-1,1	-0,3	-0,9	0,8
Produktivität ^c	6,3	8,3	6,7	10,7
Arbeitskosten ^d	1,4	2,3	1,2	1,4
Lohnstückkosten ^e	-4,6	-5,5	-5,2	-8,4
Baugewerbe				
Bruttowertschöpfung ^b	-4,6	-6,6	-9,0	4,4
Beschäftigung	-6,9	-4,2	-6,5	-1,8
Produktivität ^c	2,5	-2,4	-2,7	6,3
Arbeitskosten ^d	2,5	0,6	0,2	2,1
Lohnstückkosten ^e	-0,1	3,1	3,0	-3,9
Handel, Gastgewerbe und Verkehr				
Bruttowertschöpfung ^b	-0,5	3,6	1,4	2,3
Beschäftigung	-0,9	0,9	-1,8	-0,3
Produktivität ^c	0,4	2,7	3,2	2,5
Arbeitskosten ^d	1,2	-1,1	1,6	1,6
Lohnstückkosten ^e	0,8	-3,7	-1,6	-0,9
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister				
Bruttowertschöpfung ^b	2,7	0,8	0,7	1,6
Beschäftigung	2,0	3,4	0,4	4,1
Produktivität ^c	0,7	-2,5	0,3	-2,3
Arbeitskosten ^d	0,7	-0,8	2,7	0,4
Lohnstückkosten ^e	0	1,7	2,4	2,8
Unternehmen insgesamt^f				
Bruttowertschöpfung ^b	1,4	3,1	0,5	4,1
Beschäftigung	-1,3	0,2	-2,0	0,6
Produktivität ^c	2,8	2,9	2,5	3,5
Arbeitskosten ^d	1,5	0,2	1,7	1,4
Lohnstückkosten ^e	-1,3	-2,6	-0,8	-2,0

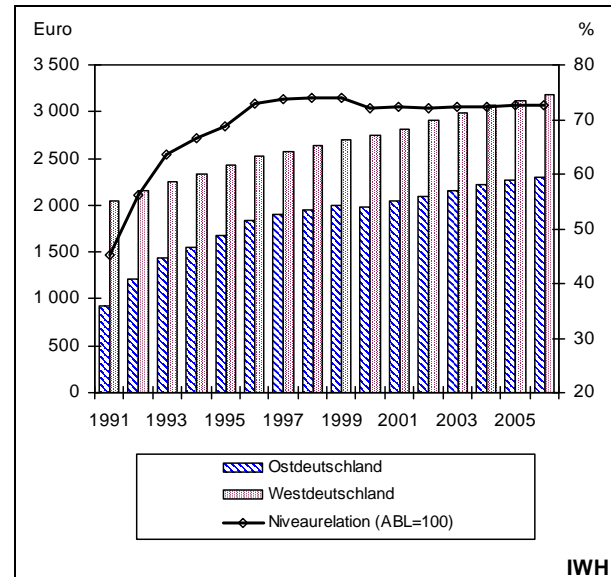
^a Neue Länder (ohne Berlin), Alte Länder (einschließlich Berlin). –
^b Bruttowertschöpfung in Preisen von 2000. – ^c Bruttowertschöpfung
je Erwerbstätigen in Preisen von 2000. – ^d Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – ^e Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland)
in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen. –
^f Ohne sonstige private Dienstleister.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2007);
Berechnungen des IWH.

Ein Vergleich des durchschnittlichen Brutto-
monatsverdiensts eines vollbeschäftigten Arbeit-
nehmers im Produzierenden Gewerbe und in Han-
dels-, Kredit- und Versicherungsunternehmen im
Jahr 2006 zwischen den Neuen und Alten Bun-

desländern zeigt, daß die Lohnangleichung in den
letzten Jahren nahezu stagniert und bei 72,6%
liegt.⁹

Abbildung 4:
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der voll-
beschäftigten Arbeitnehmer^a in Ost- und West-
deutschland^b



^a Produzierendes Gewerbe, Handels-, Kredit- und Versicherungsun-
ternehmen. – ^b Ostdeutschland (einschließlich Berlin-Ost) und West-
deutschland (einschließlich Berlin-West).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Lohnabstände zu Westdeutschland ergeben
sich nicht in erster Linie aus den Tarifabschlüssen
und den außertariflichen Zahlungen, sondern aus
der unterschiedlich starken Bindung an das Tarif-
vertragssystem in Ost- und in Westdeutschland.
Zwar ist im Osten laut IAB-Betriebspanel eine
weitere Lockerung im Jahr 2006 nur noch in weni-
gen Branchen zu beobachten, so in den Bereichen
Landwirtschaft, Herstellung von Verbrauchsgütern
sowie Erziehung/Unterricht. Trotz gewisser Stabi-
lisierungstendenzen in einigen Branchen bleibt
aber die Einbeziehung in den Branchentarifvertrag
mit 20% der Betriebe alles in allem äußerst schwach
(Westdeutschland 37%). Dabei heben sich beson-
ders deutlich die Landwirtschaft, das Produzie-
rende Gewerbe und die personennahen Dienstlei-
ster von Westdeutschland ab. Hier ist der Anteil
der tarifgebundenen Betriebe um etwa ein Viertel
geringer als in Westdeutschland. Dagegen unter-

⁹ Die höhere Anpassung laut den Daten aus den Volkswirt-
schaftlichen Gesamtrechnungen liegt hauptsächlich darin
begründet, daß in Ostdeutschland der Anteil der Teilzeitbe-
schäftigten geringer ist.

scheidet sich die Tarifbindung bei den unternehmensnahen Dienstleistern kaum noch zwischen Ost und West, allerdings gibt es hier in beiden Regionen nur für etwas mehr als ein Zehntel der Betriebe Tarifverträge.

Im Prognosezeitraum ist wegen der auftretenden Knappheiten am Arbeitsmarkt nicht mit einer Vergrößerung des Lohnabstands zu rechnen. Die Arbeitgeber in Ostdeutschland sollten im Kampf um die Fachkräfte einerseits mit Lohnanreizen nicht geizen. Anderenfalls werden die Fachkräfte abgeworben, wandern ab und schwächen das Produktionspotential. Andererseits wäre eine Einebnung des Lohngefälles gleichbedeutend mit dem Verlust an Vorteilen im Kostenwettbewerb, und auch dann würde der Zuwachs von Produktion und Beschäftigung gebremst.

Tabelle 11:
Tariforientierung in den Betrieben Ostdeutschlands^a
im Jahr 2006
- Anteil der Betriebe in % -

	Branchen- tarif- vertrag	Haus- tarif- vertrag	Vergleich- bare tarifl. Entlohnung	Ohne Ori- entierung
Landwirtschaft	7	0	32	61
Bergbau/Energie/ Wasser	37	11	29	23
Verarb. Gewerbe	17	5	38	40
Ernährungsgew.	32	3	42	23
Verbrauchsgüter	6	4	40	50
Vorleist.-güter	19	5	33	43
Inv.-/Gebr.-güter	13	6	38	43
Baugewerbe	40	3	36	21
Handel/Reparatur	17	5	28	50
Verkehr/Nachr.- übermittlung	15	5	26	54
Kredit-/Versiche- rungsgew.	28	3	11	58
Dienstl. überwie- gend für Untern.	12	3	27	58
Erziehung/ Unterricht	28	20	18	34
Gesundheits-/ Sozialwesen	18	5	45	33
Sonstige Dienstl.	12	3	26	59
NBL insgesamt	20	4	30	46
<i>Nachrichtlich Vorjahr:</i>				
2005	19	4	29	48
<i>Nachrichtlich Westdeutschland:</i>				
2005	38	2	22	38
2006	37	2	26	35

^a Ostdeutschland (hier mit Ostberlin), Westdeutschland (mit Westberlin).

Quellen: IAB-Betriebspanel 2006; Berechnungen des IWH.

Industrie weiter im kräftigen Aufschwung

Der hohe Industriebezug des derzeitigen konjunkturellen Aufschwungs zeigt sich deutlich im Wachstumsgefälle zwischen den Branchen. Während die Hersteller von Vorleistungsgütern und von Investitionsgütern im vergangenen Jahr überdurchschnittliche Produktionszuwächse erzielten, verlor die Konsumgüterproduktion an Dynamik, es sei denn, sie profitierte von Käufen vor der Anhebung der Mehrwertsteuer.

Tabelle 12:
Entwicklung der Produktion im ostdeutschen Pro-
duzierenden Gewerbe^a
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

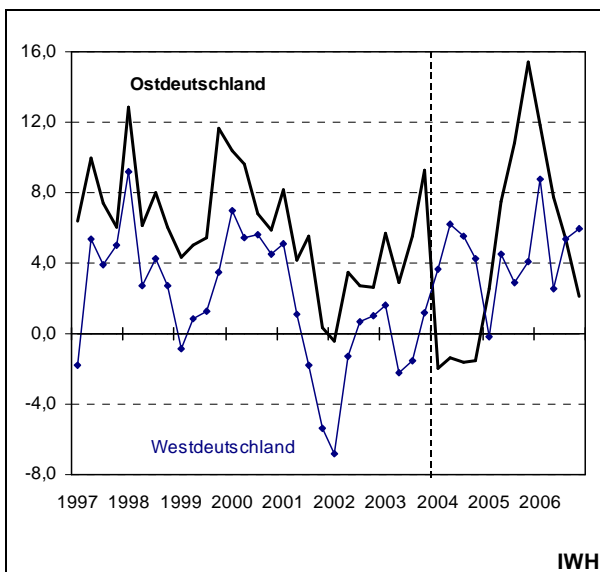
	2005	2006
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	8,2	5,8
Vorleistungsgüter	6,8	16,8
Investitionsgüter	4,4	9,3
Konsumgüter	17,6	-7,0
<i>Ausgewählte Branchen</i>		
DL Elektrotechnik	13,6	29,1
DK Maschinenbau	4,4	12,2
DN Möbelherstellung u. a.	4,3	11,4
DJ Metallindustrie	0,1	10,3
DH Gummi-, Kunststoffindustrie	3,5	9,5
DD Holzgewerbe	5,7	8,6
DM Fahrzeugbau	4,3	8,6
DI Verarbeitung Steine/Erden	-1,0	8,2
CB Gewinnung Steine/Erden	-0,5	7,6
DG Chemische Industrie	13,0	6,4
DA Ernährungsgewerbe, Tabak	26,5	-12,0

^a Ostdeutschland (einschließlich Berlin).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Mitgezogen vom Aufschwung wurden vor allem der Maschinen- und Fahrzeugbau, die Metall-erzeugung und Metallverarbeitung, die elektro-technische Industrie, die Chemische Industrie, die Gummi- und Kunststoffindustrie sowie die berg-
bauliche Förderung und die Verarbeitung von Stei-
nen und Erden. Vorzieheffekte bekamen vor allem
die Hersteller von PKW sowie von Möbeln, Schmuck
und Musikinstrumenten und deren Zulieferberei-
che wie beispielsweise die Metallindustrie und das
Holzgewerbe zu spüren. Der umsatzstärkste Indu-
striezweig in Ostdeutschland, das Ernährungsge-
werbe, mußte dagegen herbe Produktionsrückgänge
hinnehmen. Alles in allem ging die Konsumgüter-
produktion um 7% zurück.

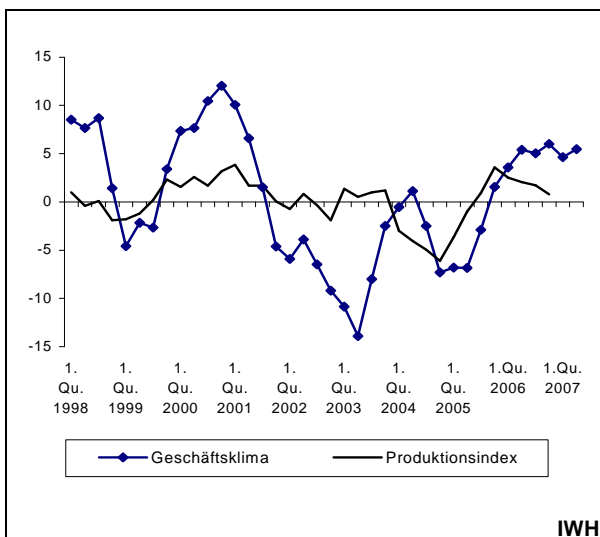
Abbildung 5:
Entwicklung der Produktion im Verarbeitenden
Gewerbe Ost- und Westdeutschlands^a
- Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in % -



^a Angaben für Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten für Ostdeutschland (bis 2003 einschließlich Berlin-Ost, ab 2004 mit Gesamtberlin) und Westdeutschland (bis 2003 einschließlich Berlin-West, ab 2004 ohne Berlin).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Abbildung 6:
Geschäftsklima und Produktionsindex^a im ostdeutschen
Verarbeitenden Gewerbe
- Abweichung vom Trend in % -



^a Das Geschäftsklima entspricht dem geometrischen Mittel aus den Meldungen der vom IWH befragten Unternehmen zu Geschäftslage und Geschäftsaussichten. Diese Komponenten werden als Saldo aus den Prozentanteilen der positiven und negativen Urteile der Unternehmen quantifiziert. Als Referenzgröße wird der Produktionsindex des Verarbeitenden Gewerbes verwendet, der vom Statistischen Bundesamt vierteljährlich veröffentlicht wird.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

Der Lieferumfang der ostdeutschen Industrie stieg im Gefolge der kräftigen Weltkonjunktur nicht nur in das Ausland, sondern im Zusammenhang mit den engen Vorleistungsverflechtungen auch nach Ost- und Westdeutschland. Der Umsatz im Inland erhöhte sich um rund 9 Mrd. Euro, im Ausland um 8 Milliarden.

Dem Zuwachs von Produktion und Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes kam auch die erneut verbesserte Position der Unternehmen im Kostenvettbewerb zugute. Bei steigender Beschäftigung erhöhten sich die Arbeitskosten je Arbeitnehmer mit 1,4% nur geringfügig, die Produktivität der Arbeit mit 10,7% dagegen kräftig. Die Lohnstückkosten sanken auf 86% des westdeutschen Niveaus (Anhang Tabelle A7). Vor diesem Hintergrund dürften die ostdeutschen Industrieunternehmen auch in diesem und dem kommenden Jahr am konjunkturellen Aufschwung in Deutschland überdurchschnittlich partizipieren. Für die ersten Monate dieses Jahres sprechen die Konjunkturindikatoren in der Tat für eine Fortsetzung des hohen Wachstumstempos der Industrieproduktion. Frühindikatoren signalisieren auch für das Sommerhalbjahr keine Schwächephase. Insbesondere zeigen das die Konjunkturumfragen des IWH unter den regelmäßig befragten Unternehmen aus seinem Industriepanel (Abbildung 6). Schließlich ist für den Prognosezeitraum bis 2008 kein Ende des derzeitigen Zyklus in Sicht.

Tabelle 13:
Auslands- und Inlandsumsatz der ostdeutschen
Industrie^a

	2002	2003	2004	2005	2006
	<i>in Mio. Euro</i>				
Ausland	32 369	33 787	38 609	43 069	51 329
Inland	99 452	104 160	108 791	114 606	123 613
Ins-gesamt	131 820	137 946	147 400	157 675	174 942
	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>				
Ausland	6,6	4,4	14,3	11,6	19,2
Inland	-0,2	4,7	4,4	5,3	7,9
Ins-gesamt	1,4	4,6	6,9	7,0	11,0

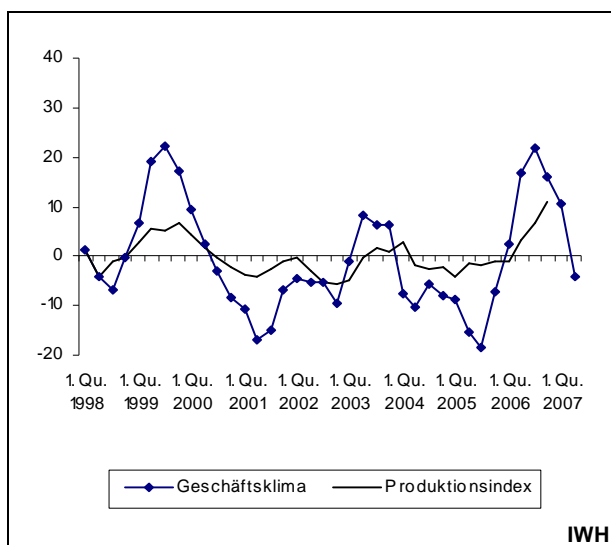
^a Neue Bundesländer (einschließlich Berlin); Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Bauproduktion: Ruhiger Verlauf nach vorübergehendem Hoch

Nach zehn Jahren zum Teil kräftiger Rückgänge stieg die Wertschöpfung im Baugewerbe im Jahr 2006 erstmalig wieder. Die Expansion war mit 4,4% sogar nahezu so stark wie in den Alten Bundesländern. Bei anhaltendem, wenn auch abgeschwächtem Beschäftigungsabbau erhöhte sich die Produktivität dabei deutlich. Die Arbeitskosten blieben hinter dieser Entwicklung zurück, so daß die Lohnstückkosten nachgaben. Allerdings konnten auch die Unternehmen in den Alten Bundesländern die Lohnstückkosten kräftig senken. Die nach den revidierten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wieder zu beobachtenden Nachteile im Kostenwettbewerb gegenüber den Bauunternehmen in Westdeutschland konnten somit nicht abgebaut werden (Tabelle A6 im Anhang).

Abbildung 7:
Geschäftsklima und Produktionsindex^a im ostdeutschen Baugewerbe
- Abweichung vom Trend in % -



^a Das Geschäftsklima entspricht dem geometrischen Mittel aus den Meldungen der vom IWH befragten Unternehmen zu Geschäftslage und Geschäftsaussichten. Diese Komponenten werden als Saldo aus den Prozentanteilen der positiven und negativen Urteile der Unternehmen quantifiziert. Als Referenzgröße wird der Produktionsindex verwendet, der vom Statistischen Bundesamt vierteljährlich für das Bauhauptgewerbe veröffentlicht wird.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

Verschiedene Indikatoren wie geleistete Arbeitsstunden, Auftragseingänge, Baugenehmigungen und das vom IWH erhobene Geschäftsklima bei ostdeutschen Bauunternehmen signalisieren zwar zu Jahresbeginn eine Fortsetzung der Erho-

lung im Baubereich. Aktuell deuten sie aber darauf hin, daß sich diese Entwicklung in den folgenden Monaten nicht in dem Maße und nicht in allen Sparten fortsetzen wird. Die Bauproduktion blieb im ersten Quartal 2007 weiter aufwärtsgerichtet. Maßgeblich dafür waren die noch abzuarbeitenden Baumaßnahmen im Auftrag der privaten Haushalte aus dem vergangenen Jahr zur Mitnahme der niedrigeren Mehrwertsteuersätze und die äußerst milde Witterung. Laut derzeit verfügbarer Frühindikatoren dürfte sich hier eine rückläufige Gangart anschließen. Nach der amtlichen Auftragseingangstatistik besteht nur im öffentliche Bau die Chance auf eine anhaltend kräftige Erholung. Der gewerbliche Bau bleibt aufwärtsgerichtet, verliert aber deutlich an Dynamik. Der Wohnungsbau wird wegen der negativen Wirkung der Fundamentalfaktoren wieder kräftig nachgeben. Die Auftragseingänge sind seit Anfang dieses Jahres deutlich abwärtsgerichtet. Auch die einen etwas längeren Zeitraum abgreifenden Baugenehmigungen verweisen auf Nachfragerückgänge im Wohnungsbau (Anhang Übersicht 4).

Die im kleinteiligen Modernisierungsbereich tätigen Unternehmen, insbesondere die des Ausbaugewerbes, werden von der robusten Baukonjunktur in den Alten Bundesländern profitieren. Der Anteil des außerhalb der Neuen Länder realisierten Bauvolumens hat sich hier auf etwa ein Viertel des Umsatzes eingeepegelt. Ihre starke überregionale Präsenz dürften die Unternehmen gerade bei wieder etwas schwächerer hiesiger Nachfrage verstärken.

Tabelle 14:
Überregionaler Umsatz des Baugewerbes der Neuen Bundesländer seit 2000
- Anteil der Regionen am Umsatz in % -

	Baugewerbe		darunter			
	Ausland	ABL	Hoch- u. Tiefbau		Ausbau	
			Ausland	ABL	Ausland	ABL
2000	0,9	12,7	1,1	12,0	0,6	13,6
2002	1,4	16,6	2,9	14,6	1,0	19,3
2003	2,2	16,4	2,2	14,5	0,3	19,4
2004	2,8	18,5	4,1	14,3	0,9	25,2
2005	2,4	18,3	3,0	14,1	1,6	24,1

Quellen: IAB-Betriebspanel 2001, 2003, 2004, 2005, 2006 (auf Grundgesamtheit hochgerechnet); Berechnungen des IWH.

Private Dienstleistungen im Spannungsfeld zwischen überregionalem Konjunkturverbund und regionaler Kaufkraftschwäche

Im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs expandierten auch die wirtschaftsnahen Dienstleister. Insbesondere legten im Verlauf des Jahres 2006 die Umsätze in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie bei der Erbringung wirtschaftlicher Dienstleistungen zu (Anhang Übersicht 3). Zu Beginn des Jahres hat sich das Expansionstempo bei den unternehmensnahen Dienstleistungen sogar noch beschleunigt. Dafür spricht auch der anhaltende Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.

Handel und Gastgewerbe haben im vergangenen Jahr von Sondereffekten profitiert. So hat die Fußballweltmeisterschaft in den Monaten Mai bis Juli an den Austragungsorten der Spiele zu erhöhten Umsätzen geführt. Zudem hat der Handel an den vorgezogenen Käufen der privaten Haushalte verdient. Ansonsten scheint der Aufschwung an den personennahen Dienstleistern vorbeigegangen zu sein. Die schwache Entwicklung der Kaufkraft hat die Nachfrage der privaten Haushalte vor allem auf den Erwerb von langlebigen Konsumgütern gerichtet. Dies dürfte sich mit der Verbesserung der Einkommenssituation im Prognosezeitraum ändern.

Arbeitsmarkt

Konjunktureller Aufschwung erreicht auch den ostdeutschen Arbeitsmarkt

Im Jahr 2006 hat sich infolge der kräftigen Ausdehnung der Produktionsaktivitäten die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt verbessert. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg um 0,5% (vgl. Tabelle 15). Das geleistete Arbeitsvolumen, das seit Mitte der 90er Jahre – mit Ausnahme des Jahres 2004 – zurückgegangen war, expandierte mit der gleichen Rate. Damit dürften in deutlich geringerem Maße als bisher Vollzeitarbeitsplätze durch „atypische“ Beschäftigungsverhältnisse wie beispielsweise Minijobs verdrängt worden sein. Der Beschäftigungsaufbau konzentrierte sich auf die unternehmensnahen Dienstleister. Aber auch im weniger arbeitsintensiven Verarbeitenden Gewerbe und bei den personennahen Dienstleistern wurde der Personalbestand aufgestockt. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die moderate Lohnentwicklung in den vergangenen Jahren.

Tabelle 15:
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Ostdeutschland^a 2005 und 2006

	2005	2006	Veränderung
	1 000 Personen		
Arbeitnehmer	4 984	5 010	26
SV-pflichtig Beschäftigte	3 961	3 972	11
geförderte ^b	85	80	-5
nicht geförderte	3 876	3 892	16
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	513	519	6
Ein-Euro-Job (Variante: Mehr-aufwandsentschädigung ^c)	88	98	10
Sonstige	422	421	-1
Selbständige einschl. mithelfende Familienangehörige	614	619	5
Geförderte Selbständigkeit	84	82	-2
Ich-AG	67	65	-2
Überbrückungsgeld	16	11	-5
Einstiegs geld (Variante: Selbständigkeit)	1	4	3
Gründungszuschuß		2	2
Nicht geförderte Selbständigkeit	530	537	7
Erwerbstätige (Inland)	5 598	5 629	31
darunter:			
geförderte Erwerbstätige	257	260	3
<i>Nachrichtlich:</i>	Mio. Stunden		
Arbeitsvolumen	8 446	8 484	38

^a Ostdeutschland (ohne Berlin). – ^b Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen; Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen; durch PSA betreute Personen; Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuß bei beruflicher Weiterbildung; Einstiegs geld für abhängig Beschäftigte; Ein-Euro-Job (Entgeltvariante). – ^c Einschließlich Arbeitsgelegenheiten nach der Initiative für Arbeitslosenhilfeempfänger (Restabwicklung).

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2007); Berechnungen des IWH.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, die in den vergangenen elf Jahren in Ostdeutschland stetig gesunken war, stieg – wie in Westdeutschland – ab dem zweiten Quartal 2006 wieder (Abbildung 8). Im Jahresdurchschnitt trugen sie zu einem Drittel zum Beschäftigungsaufbau bei. Auch die Zahl der Minijobs nahm leicht zu, nachdem sie im Vorjahr kräftig zurückgegangen war. Die Erhöhung der vom Arbeitgeber zu entrichtenden Pauschalbeiträge für Steuern und Sozialversicherung im Juli 2006 hatte

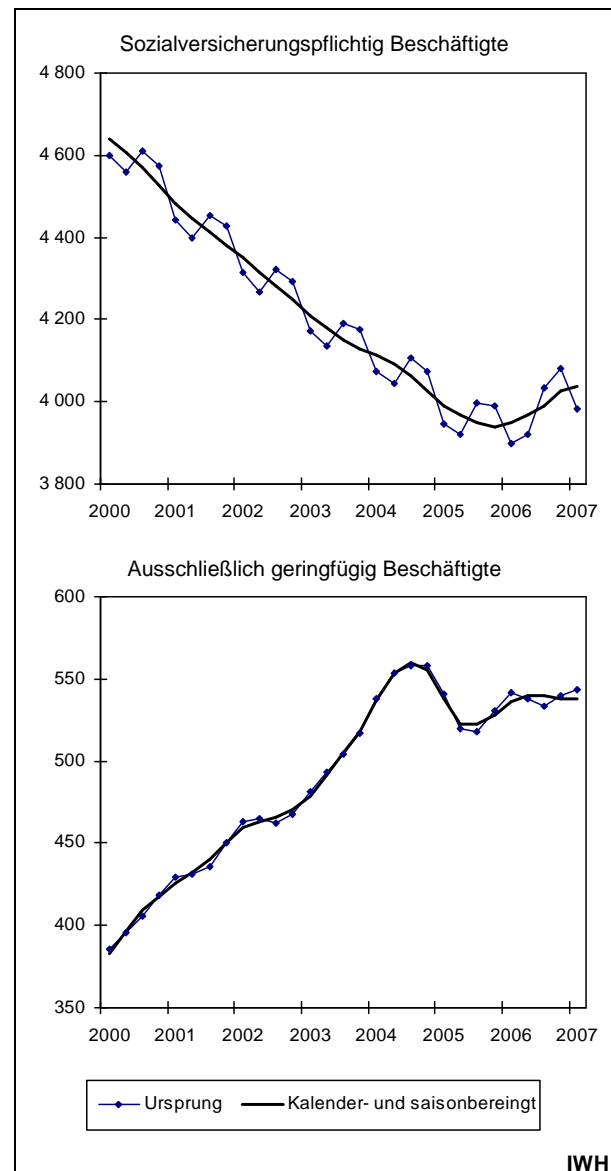
im Osten offensichtlich keinen negativen Einfluß auf das Angebot von Minijobs. Auch Zusatzjobs (Ein-Euro-Jobs) wurden im Jahr 2006 verstärkt bereitgestellt. Dem stand ein Rückgang bei den geförderten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen und der geförderten Selbständigkeit entgegen. Insgesamt beruhte der Beschäftigungsaufbau nur zu einem geringen Teil auf der Ausweitung staatlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse.

Daß die Unternehmen verstärkt Arbeitskräfte nachfragten, zeigt auch die Entwicklung der Zahl der offenen Stellen: Sie war im Jahr 2006 in Ostdeutschland mit 212 000 doppelt so hoch wie im Jahr zuvor.¹⁰ In Westdeutschland nahm sie „nur“ um 9% zu.¹¹ In Ostdeutschland suchten im Jahr 2006 16% der Betriebe (Westdeutschland: 20%) mit 42% (Westdeutschland: 57%) aller Beschäftigten nach Personal.¹² Im Vorjahr waren es lediglich 9% aller Betriebe mit 29% aller Beschäftigten.¹³ Die Zahl der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Stellen erreichte im Jahr 2006 das höchste Niveau seit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.¹⁴ Eine Ursache für das fehlende Angebot an Arbeitskräften besteht wohl darin, daß in den vergangenen Jahren infolge des Mangels an freien Jobs und des höheren Lohnniveaus für qualifiziertes Personal in den Alten Bundesländern viele Fachkräfte aus Ostdeutschland abgewandert sind. Nicht wenige von ihnen dürften auf Grund des Lohndifferentials nur schwer zur Rückkehr zu bewegen sein. Möglicherweise hat auch das gestiegene Stellenangebot für Fachkräfte im Westdeutschland die Abwanderung aus Ostdeutschland noch verstärkt.

Der Beschäftigungsaufbau wird sich im Gefolge des kräftigen Produktionswachstums in diesem und im nächsten Jahr fortsetzen. Im ersten Quartal 2007 lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um ca. 80 000 bzw. 2,1% über dem Stand vor Jahresfrist (Westdeutschland:

+1,6%).¹⁵ Dieser starke Anstieg ist teilweise auf die milde Witterung zurückzuführen. Früher als saisonüblich konnten dadurch Außenarbeiten durch-

Abbildung 8:
Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der ausschließlich geringfügig Beschäftigten in Ostdeutschland^a
- in 1 000 Personen -



^a Ostdeutschland (ohne Berlin).

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

¹⁰ Vgl. hierzu KETTNER, A.; SPITZNAGEL, E.: Kräftige Konjunktur stärkt die Arbeitsnachfrage, in: IAB-Kurzbericht Nr. 11/2007.

¹¹ Ohne geförderte offene Stellen, d. h. ohne offene Stellen an Ein-Euro-Jobs, in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen und Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen bzw. in Personalserviceagenturen.

¹² Vgl. KETTNER, A.; SPITZNAGEL, E., a. a. O., S. 2.

¹³ Vgl. ebenda.

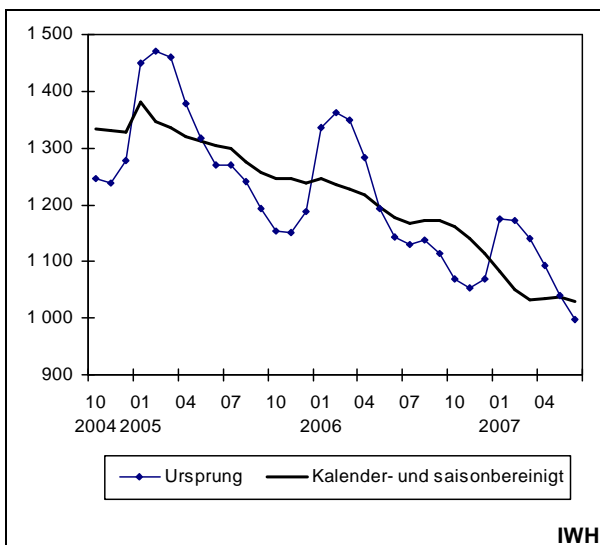
¹⁴ Vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Gemeldete Stellen nach Ländern, Mai 2007.

¹⁵ Die Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht zwei Monate nach dem Berichtsmonat erstmals Angaben zur Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Dabei werden für die letzten Monate hochgerechnete Zahlen verwendet, da noch nicht alle Meldungen eingegangen sind. Dies führt in den Folgemonaten zu Korrekturen, die die Einschätzung des Verlaufs beeinflussen können. Deshalb ist die oben beschriebene Entwicklung vorsichtig zu bewerten.

geführt werden, was zu einer jahreszeitlich untypisch hohen Arbeitsnachfrage insbesondere im Baugewerbe geführt hat. Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird sich infolge jener vorgezogenen Personaleinstellungen der Beschäftigungsaufbau abschwächen. Eine Ausdehnung von staatlich subventionierten Beschäftigungsverhältnissen ist in der kräftigen Aufschwungphase nicht zu erwarten. Vielmehr dürfte die Zahl der Ein-Euro-Jobs etwas zurückgehen. Alles in allem wird die Beschäftigung im Jahr 2007 bei 5,68 Millionen Personen liegen und den Vorjahresstand um 0,9% übertreffen. Im kommenden Jahr wird sie mit etwa 0,5% gegenüber dem Vorjahr zunehmen.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nahm im Jahr 2006 um 108 000 Personen ab. Dies ist zum einen auf die Besserung der Beschäftigungssituation zurückzuführen. Zum anderen führten wie in den Vorjahren Abwanderungen und der demographisch bedingte Rückgang des Arbeitsangebots zu dem – gemessen am Beschäftigungsaufbau – überproportionalen Abbau der Arbeitslosigkeit. So ging die Zahl der Erwerbsfähigen um 156 000 Personen gegenüber dem Vorjahr zurück. Diese Tendenz setzt sich fort. In diesem Jahr wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen ca. 1,06 Millionen betragen und im nächsten Jahr unter die 1-Million-Marke sinken. Die Arbeitslosenquote bleibt mit 15,7% bzw. 14,5% aber immer noch doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Abbildung 9:
Entwicklung der Zahl der registrierten Arbeitslosen 2006 und 2007 in Ostdeutschland^a
- in 1 000 Personen -



^a Ostdeutschland (ohne Berlin).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Fazit

Leistungsbilanzdefizit schmilzt

Die kräftig gestiegene Produktion hat im vergangenen Jahr erneut zum Abbau des Defizits in der ostdeutschen Leistungsbilanz beigetragen (Anhang Tabelle A2). Im Jahr 2004, auf das sich die jüngsten Angaben der amtlichen Statistik beziehen, wurden in den Neuen Bundesländern nur noch 16% mehr Güter und Dienstleistungen verbraucht und investiert als produziert worden sind. Im Jahr 2000 belief sich das Leistungsbilanzdefizit noch auf reichlich ein Drittel, zu Beginn der amtlichen Berechnungen 1991 auf fast drei Viertel. Beigetragen zur Verringerung des Überhangs der Absorption haben auch der Rückgang der Bauinvestitionen, seit dem Jahr 2000 die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und nach dem Jahr 2001 die rückläufigen realen Konsumausgaben. Die Fehlbeträge in der Leistungsbilanz werden finanziell durch West-Ost-Transfers (netto) gedeckt.

Abstand zu Westdeutschland verringert sich weiter

Der Produktionsanstieg ging in den vergangenen Jahren mit einer Steigerung der Pro-Kopf-Produktion und einer Verringerung des Produktivitätsrückstands gegenüber den Alten Bundesländern einher. Die Stundenproduktivität lag 2006 bei knapp drei Vierteln des Stands in den Alten Bundesländern. Aufgrund der längeren Arbeitszeiten in Ostdeutschland ist der Produktivitätsabstand je Erwerbstätigen geringer. Diesbezüglich betrug die Angleichung 78%. Der Abstand je Einwohner ist jedoch größer. Ausschlaggebend dafür ist der geringere Auslastungsgrad des Erwerbspersonenpotentials. In Ostdeutschland werden nur zwei Drittel der westdeutschen Pro-Kopf-Produktion erreicht. Der Abstand wird sich infolge des schnelleren Produktionswachstums in den Neuen Bundesländern weiter verringern.

Bezogen auf die verfügbaren Einkommen ist der Stand der Angleichung vor allem dank der Sozialtransfers größer als bei den erwirtschafteten Einkommen. Allerdings ist die stetige Verringerung des Rückstands bei den verfügbaren Einkommen seit dem Jahr 2004 unterbrochen. Im Jahr 2006 betrug die Anpassungsrelation zwischen Ost und West pro Kopf gut 78%, sie lag damit zwei Prozentpunkte unter dem Wert von 2003.

Pro Kopf geben die privaten Haushalte in Ostdeutschland nach wie vor auch deutlich weniger aus als in Westdeutschland. Hier hat sich genau

wie bei den verfügbaren Einkommen der Ost-West-Abstand nach 2003 wieder erhöht. Im Jahr 2005 beliefen sich die Konsumausgaben je Einwohner in Ostdeutschland auf 79% des Standes in Westdeutschland.

Tabelle 16:
Ausgewählte Indikatoren zum Aufholprozeß in Ostdeutschland^a
- in jeweiligen Preisen, Westdeutschland = 100 -

	1995	2006	2007	2008
Verfügbare Einkommen pro Einwohner	74,4	78,3	78,6	79,0
Privater Konsum pro Einwohner	74,1	78,9	79,0	79,1
Sparen pro Einwohner	70,4	65,1	66,3	68,6
BIP pro Einwohner	60,6	67,9	68,9	69,6
BIP pro Erwerbstätiger	66,4	77,7	78,6	78,9
BIP pro Arbeitsstunde der Erwerbstätigen	-	73,5	-	-

^a Ostdeutschland (ohne Berlin), Westdeutschland (einschließlich Berlin).
Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Berechnungen und Prognose des IWH.

Aufschwung hält an

Die ostdeutsche Wirtschaft wird auch im Prognosezeitraum am konjunkturellen Aufschwung in Deutschland überdurchschnittlich partizipieren. Zwar halten sich die Impulse aus der Region selbst in engen Grenzen: die Investitionsaktivitäten verlieren vor allem im Baubereich an Schwung, wohingegen die privaten Haushalte mit der Verbesserung ihrer Einkommenssituation ihre Konsumausgaben erhöhen werden. Die stärkste Anregung dürfte aber wieder aus dem Ausland und aus den Alten Bundesländern kommen. Das bedeutet erneut ein überragendes Wachstum der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe, das zunehmend auf den Dienstleistungssektor ausstrahlen wird. Bei nur geringer Bremswirkung vom Bau wird die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland expandieren.

Tabelle 17:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Ostdeutschland (ohne Berlin)

	2006	2007	2008
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Inländische Verwendungskomponenten, real			
Privater Konsum	0,5	0,4	1,6
Anlageinvestitionen	6,4	2,8	1,0
darunter:			
Neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	10,0	5,0	3,0
Neue Bauten	3,6	1,0	-0,7
Bruttoinlandsprodukt, real	3,0	3,3	2,7
darunter Wertschöpfung:			
Verarbeitendes Gewerbe	11,6	10,0	7,1
Baugewerbe	4,4	2,4	-0,5
Dienstleistungen ohne Staat ^a	1,9	3,0	2,9

^a Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2007); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland
Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwH-halle.de)
Hans-Ulrich Brautzsch, Diemo Dietrich,
Ruth Grunert, Brigitte Loose und Götz Zeddies

Tabelle A1:

Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland (ohne Berlin) nach Wirtschaftsbereichen von 2000 bis 2006

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Bruttowertschöpfung	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>						
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-7,9	7,4	-9,5	-8,8	28,6	-13,9	-4,5
Produzierendes Gewerbe	1,6	-2,5	0,1	2,5	3,2	0,9	8,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-27,3	-38,4	8,0	9,2	-13,5		
Verarbeitendes Gewerbe	12,8	4,0	2,5	5,2	8,0	5,8	11,6
Energie- und Wasserversorgung	4,3	3,4	0,8	4,2	2,5		
Baugewerbe	-12,4	-13,3	-5,2	-4,6	-6,6	-9,0	4,4
Dienstleistungsbereiche	2,4	2,4	2,3	0,8	1,0	0,1	1,2
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	2,4	2,6	2,4	-0,5	3,6	1,4	2,3
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	2,7	2,9	0,7	-0,4	1,4		
Gastgewerbe	4,8	2,7	-5,9	-1,2	0,9		
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1,3	2,2	7,3	-0,4	7,5		
Finanzierung, Vermietung u. Unternehmensdienstl.	4,2	6,3	4,5	2,7	0,8	0,7	1,6
Kredit- und Versicherungsgewerbe	-1,4	-4,9	3,2	-4,0	7,6		
Vermietung, Unternehmensdienstleister	5,1	7,8	4,7	3,6	-0,2		
Öffentliche und private Dienstleister	1,1	-0,6	0,5	-0,1	-0,5	-1,1	0,0
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	1,7	-0,6	0,9	-0,5	-3,6		
Erziehung und Unterricht	0,6	-0,4	-0,1	-2,8	0,2		
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2,4	0,6	4,4	3,0	2,1		
Sonstige öffentliche und private Dienstleister	-1,1	-2,6	-5,3	-0,1	0,1		
Häusliche Dienste	-6,1	6,6	2,2	5,5	5,9		
Bruttowertschöpfung insgesamt	1,9	1,2	1,4	1,0	2,1	0,0	3,0
Erwerbstätige	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>						
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-5,0	-5,0	-3,1	-2,3	-1,1	-7,0	-2,2
Produzierendes Gewerbe	-4,0	-5,6	-5,3	-3,3	-1,8	-2,9	-0,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-15,8	-2,1	-0,7	-1,2	0,2		
Verarbeitendes Gewerbe	1,4	0,8	-0,6	-1,1	-0,3	-0,9	0,8
Energie- und Wasserversorgung	-4,7	-4,1	-2,4	-1,2	-4,2		
Baugewerbe	-9,4	-13,3	-12,2	-6,9	-4,2	-6,5	-1,8
Dienstleistungsbereiche	0,7	0,2	-0,1	-0,3	1,0	-0,3	0,9
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1,1	-1,2	-1,5	-0,9	0,9	-1,8	-0,3
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	0,7	-2,2	-1,8	-1,1	0,3		
Gastgewerbe	1,9	1,1	0,8	0,2	3,1		
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1,7	-0,6	-2,6	-1,2	0,4		
Finanzierung, Vermietung u. Unternehmensdienstl.	3,4	2,6	1,4	2,0	3,4	0,4	4,1
Kredit- und Versicherungsgewerbe	0,6	-1,1	-0,9	-1,5	-1,0		
Vermietung, Unternehmensdienstleister	4,0	3,3	1,9	2,6	4,2		
Öffentliche und private Dienstleister	-0,5	0,3	0,4	-0,7	0,0	0,5	0,5
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	-0,5	-0,6	-0,4	-1,2	-3,1		
Erwerbstätige insgesamt	-0,9	-1,6	-1,6	-1,1	0,2	-1,1	0,5

Quellen: Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2007).

Tabelle A2:

Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands (ohne Berlin) und ausgewählte Nachfragekomponenten 1991 bis 2006

	1991	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	<i>in Millionen Euro (jeweilige Preise)</i>								
Bruttoinlandsprodukt	107 253	209 070	234 593	240 379	247 021	250 843	257 493	257 582	266 844
Privater Konsum	96 841	143 969	170 347	174 367	174 342	175 200	175 697	174 709	177 753
Staatskonsum	41 429	64 890	66 674	67 240	68 372	68 586	67 120	65 050	65 190
Anlageinvestitionen	46 214	99 337	78 584	65 035	56 629	55 850	56 012	52 529	56 449
Neue Ausrüstungen ^a	20 010	27 948	31 269	26 061	21 557	20 444	22 649	21 793	23 720
Neue Bauten	27 033	72 921	48 930	40 719	36 740	36 923	35 150	32 473	34 466
Inlandsverwendung ^b	184 484	308 196	315 606	306 643	299 344	299 636	298 829	292 288	299 392
Saldo ^c	-77 231	-99 126	-81 013	-66 263	-52 323	-48 793	-41 336	-34 706	-32 549
	<i>Anteile am BIP in %</i>								
Bruttoinlandsprodukt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Privater Konsum	90,3	68,9	72,6	72,5	70,6	69,8	68,2	67,8	66,6
Staatskonsum	38,6	31,0	28,4	28,0	27,7	27,3	26,1	25,3	24,4
Anlageinvestitionen	43,1	47,5	33,5	27,1	22,9	22,3	21,8	20,4	21,2
Neue Ausrüstungen ^a	18,7	13,4	13,3	10,8	8,7	8,2	8,8	8,5	8,9
Neue Bauten	25,2	34,9	20,9	16,9	14,9	14,7	13,7	12,6	12,9
Inlandsverwendung ^b	172,0	147,4	134,5	127,6	121,2	119,5	116,1	113,5	112,2
	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in % (preisbereinigt, verkettet, Basis 2000=100)</i>								
Bruttoinlandsprodukt		6,3	1,5	0,9	1,2	0,9	1,7	-0,2	3,0
Privater Konsum		5,3	2,1	0,6	-0,8	-0,9	-1,2	-2,1	0,5
Staatskonsum		1,7	-0,5	-1,3	-0,3	-0,9	-3,5	-3,8	0,1
Anlageinvestitionen		0,7	-5,8	-16,8	-12,2	-0,5	-0,2	-5,5	6,4
Neue Ausrüstungen ^a		3,1	3,4	-15,6	-16,1	-2,9	11,4	-0,6	10,0
Neue Bauten		-0,1	-11,0	-16,8	-9,5	0,5	-6,0	-8,5	3,6
Inlandsverwendung ^{b,d}		3,1	-0,5	-4,2	-3,2	-0,8	-1,5	-3,1	1,5

^a Einschließlich sonstiger Anlagen. – ^b Summe der ausgewiesenen Verwendungsaggregate: Privater Konsum, Staatskonsum und Anlageinvestitionen, d. h. Inlandsverwendung ohne Vorratsveränderungen. – ^c Saldo aus Inlandsverwendung (ohne Vorratsveränderungen) und Bruttoinlandsprodukt. – ^d Die durch Verkettung der Volumenswerte entstehenden Differenzen wurden nicht bereinigt.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: Mai 2007); Schätzung der Nachfrageaggregate für 2005 bzw. 2006 durch das IWH.

Tabelle A3:

Arbeitslose nach Strukturmerkmalen und Personengruppen in Ost- und in Westdeutschland^a

- in % -

Ostdeutschland

	ohne abgeschlossene Berufsausbildung		Ältere über 50 Jahre		mit gesundheitlichen Einschränkungen		Alle Arbeitslosen	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Berufsausbildung								
ohne			18,5	x	23,5		24,8	x
mit			81,5	x	76,5		75,2	x
Alter:								
15 bis unter 25 Jahre	20,6	x			6,4		12,6	11,8
25 bis unter 50 Jahre	60,1	x			55,8		61,4	61,3
50 bis unter 65 Jahre	19,3	x			37,7		25,9	26,9
Gesundheitliche Einschränkungen								
mit gesundheitlichen Einschränkungen	19,7	x	30,2	x	100	x	20,8	x
Schwerbehinderte	2,9	x	5,2	x	14,8	x	3,1	x
Langzeitarbeitslose	40,1	x	53,0	52,1	51,7	x	41,4	41,4

Westdeutschland

	ohne abgeschlossene Berufsausbildung		Ältere über 50 Jahre		mit gesundheitlichen Einschränkungen		Alle Arbeitslosen	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Berufsausbildung								
ohne			44,9		46,6	x	46,8	x
mit			55,1		53,4	x	53,2	x
Alter:								
15 bis unter 25 Jahre	14,0	x			4,6	x	12,4	11,2
25 bis unter 50 Jahre	62,8	x			54,6	x	63,4	63,6
50 bis unter 65 Jahre	23,3	x			40,9	x	24,2	25,1
Gesundheitliche Einschränkungen								
mit gesundheitlichen Einschränkungen	22,1	x	37,4	x			22,2	x
Schwerbehinderte	4,1	x	8,9	x	20,0	x	4,4	x
Langzeitarbeitslose	34,0	x	50,8	56,8	48,2	x	33,8	41,8

^a Stand: Ende September; Ostdeutschland (einschließlich Berlin), Westdeutschland (ohne Berlin).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt 2006. Nürnberg 2007.

Tabelle A4:
Warenexport der Neuen Bundesländer nach Regionen

	2006		2004	2005	2006
	Mio. Euro	Anteil in %	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Ausfuhr insgesamt	51 269	100,0	11,0	10,6	21,4
Europa	37 994	74,1	15,0	10,6	23,0
darunter: Europäische Union (EU-15)	24 335	47,5	16,0	8,4	18,0
darunter:					
Frankreich	3 402	6,6	12,8	8,5	12,9
Italien	3 287	6,4	23,6	0,2	7,9
Großbritannien	3 729	7,3	16,7	4,4	34,9
Niederlande	2 781	5,4	20,7	10,9	17,9
Österreich	2 430	4,7	26,1	14,6	19,0
darunter: Neue EU-Länder ^a	8 270	16,1	6,7	19,1	37,1
Estland	66	0,1	-18,3	22,0	27,8
Lettland	128	0,3	-6,3	-2,1	95,3
Litauen	119	0,2	-20,6	-8,6	25,9
Polen	3 797	7,4	14,4	35,0	44,0
Tschechische Republik	2 400	4,7	3,0	13,0	32,7
Slowakei	568	1,1	-0,5	-15,4	36,1
Ungarn	998	1,9	7,2	20,7	26,4
Slowenien	193	0,4	20,6	11,2	14,3
Rußland	1 402	2,7	22,0	8,7	42,9
Amerika	5 081	9,9	-12,1	13,8	-0,9
darunter: USA	3 843	7,5	-16,9	16,9	-5,4
Asien	6 786	13,2	23,2	5,9	33,2
darunter: Südostasien ^b	1 865	3,6	17,9	1,0	22,7
Japan	577	1,1	19,2	-7,1	17,4
China	1 448	2,8	19,7	7,3	46,0
Übrige Länder	1 409	2,7	-14,9	18,6	24,7

^a Ohne Malta und Zypern. – ^b Indonesien, Philippinen, Malaysia, Singapur, Thailand, Republik Korea.

Quellen: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamts; Berechnungen des IWH.

Tabelle A5:

Lohnstückkosten^a nach ausgewählten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2004: ausgewählte Länder im Vergleich mit den Alten und Neuen Bundesländern

	NBL	ABL	UK	BG	CZ	HU	PL	RO	SK	SL
Chemische Industrie ^b	52,3	64,6	52,5	45,2	37,9	39,5	34,6	52,4	56,7	47,4
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren ^b	63,3	72,0	66,1	48,7	51,7	59,1	44,1	40,9	54,0	52,6
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden ^{b,c}	62,5	75,0	54,2	34,9	47,4	50,8	40,7	39,4	49,1	59,0
Metallerzeugung und -bearbeitung ^b	59,2	67,9	68,1	41,5	43,9	48,5	30,6	35,3	31,9	58,7
Herstellung von Metallerzeugnissen ^b	76,5	73,7	66,9	59,1	68,2	64,6	52,8	65,6	62,3	67,1
Maschinenbau ^b	77,9	80,4	69,3	72,3	69,3	73,3	55,9	85,5	62,2	67,7
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen ^{b,d}	92,2	58,3	40,0	48,6	61,7	22,2	56,3	50,5	147,0	63,8
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilungen ^{b,c}	80,5	84,4	67,3	58,9	65,1	42,3	45,4	60,9	64,2	66,2
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik ^b	34,9	79,3	68,5	46,5	52,5	43,5	49,2	49,8	70,2	71,7
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik ^b	75,0	73,5	59,2	65,5	69,6	64,0	66,8	49,6	67,5	70,4
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen ^{b,c}	44,3	88,8	69,2	67,6	42,3	32,3	31,9	63,1	38,5	62,0
Sonstiger Fahrzeugbau ^b	81,6	93,5	64,6	67,6	71,1	73,1	71,7	74,4	92,2	85,8
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen ^b	72,5	79,4	61,8	-	67,3	82,3	57,1	58,0	60,6	74,8

^a Lohnstückkosten = (Personalaufwendungen/Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten)*(Zahl der Beschäftigten/Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger)*100. – ^b ABL und NBL für Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe mit mindestens 20 Beschäftigten laut Kostenstrukturerhebung. – ^c Slowenien 2003. – ^d Slowakei 2003. – ^e ABL und NBL für das Baugewerbe laut „Arbeitskreis der Länder“.

Quellen: Eurostat: Strukturelle Unternehmensstatistik; Statistisches Bundesamt: Kostenstrukturerhebung; Berechnungen des IWH.

Tabelle A6:

Arbeitskosten und Produktivität der Arbeit im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe im Jahr 2000 und 2004: ausgewählte Länder im Vergleich mit den Neuen und Alten Bundesländern

	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ^a		Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen ^a		Lohnstückkosten ^b	
	2000 ^c	2004	2000 ^c	2004	2000 ^c	2004
Verarbeitendes Gewerbe						
Neue Bundesländer	27 992	30 074	36 947	45 201	75,8	65,5
Bulgarien	2 006	2 265	2 974	4 240	67,4	53,4
Tschechische Republik	6 716	8 829	10 711	15 515	62,7	56,9
Ungarn	5 743	9 196	12 398	17 958	46,3	51,2
Polen	5 617	6 587	10 483	17 104	53,6	38,5
Rumänien	2 081	2 628	3 505	4 625	59,4	56,8
Slowakei	4 741	6 913	7 438	13 282	63,7	52,0
Slowenien	14 164	16 242	17 411	24 263	81,4	66,9
Baugewerbe						
Neue Bundesländer	22 541	23 870	26 177	29 162	86,1	81,9
Bulgarien	2 862	2 237	3 003	3 549	95,3	63,0
Tschechische Republik	6 036	8 919	6 158	10 333	98,0	86,3
Ungarn	4 320	6 031	7 926	8 222	54,5	73,3
Polen	5 813	5 814	7 395	9 301	78,6	62,5
Rumänien	2 094	2 416	3 161	3 291	66,2	73,4
Slowakei	4 515	6 326	4 686	9 456	96,3	66,9
Slowenien	12 494	13 917	12 984	16 853	96,2	82,6

^a Niveau in jeweiligen Preisen. – ^b Lohnstückkosten = (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer)/(Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen)*100.– ^c Tschechische Republik: Verarbeitendes Gewerbe 2001, Polen: 1998, Slowenien: 2002.

Quellen: Eurostat: Strukturelle Unternehmensstatistik; Statistisches Bundesamt: Kostenstrukturerhebung; Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: März 2007); Berechnungen des IWH.

Tabelle A7:

Arbeitskosten und Produktivität der Arbeit in ausgewählten Wirtschaftsbereichen Ostdeutschlands (ohne Berlin) 2004 bis 2006

	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ^a	Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen ^a	Lohnstückkosten ^b
	<i>in Euro</i>		
Verarbeitendes Gewerbe			
2004	30 074	45 201	65,5
2005	30 432	48 508	62,7
2006	30 867	52 937	58,3
Baugewerbe			
2004	23 870	29 162	81,9
2005	23 924	27 933	85,6
2006	24 429	29 704	82,2
Handel, Gastgewerbe, Verkehr			
2004	19 942	30 941	64,4
2005	20 255	32 146	63,0
2006	20 582	33 180	62,0
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister			
2004	24 571	72 281	34,0
2005	25 226	72 619	34,7
2006	25 330	71 335	35,5
Unternehmen insgesamt ^c			
2004	24 238	44 143	54,9
2005	24 655	45 261	54,5
2006	25 012	47 127	53,1
<i>Westdeutschland^d = 100</i>			
Verarbeitendes Gewerbe			
2004	67,1	74,5	90,0
2005	67,6	75,3	89,7
2006	66,9	78,2	85,6
Baugewerbe			
2004	77,5	75,1	103,3
2005	78,5	72,3	108,6
2006	79,9	73,4	108,8
Handel, Gastgewerbe, Verkehr			
2004	73,4	82,7	88,8
2005	74,3	84,0	88,5
2006	75,2	83,4	90,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister			
2004	70,2	75,8	92,6
2005	71,4	76,3	93,5
2006	71,3	76,0	93,8
Unternehmen insgesamt ^c			
2004	69,0	75,4	91,5
2005	69,9	75,4	92,8
2006	70,2	76,4	91,9

^a Niveau in jeweiligen Preisen. – ^b Lohnstückkosten = (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer)/(Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen)*100. –^c Ohne private Dienstleister. – ^d Westdeutschland (einschließlich Berlin).

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: März 2007); Berechnungen des IWH.

Tabelle A8:

Teilnehmer an Maßnahmen im ersten und zweiten Arbeitsmarkt Ostdeutschlands^a

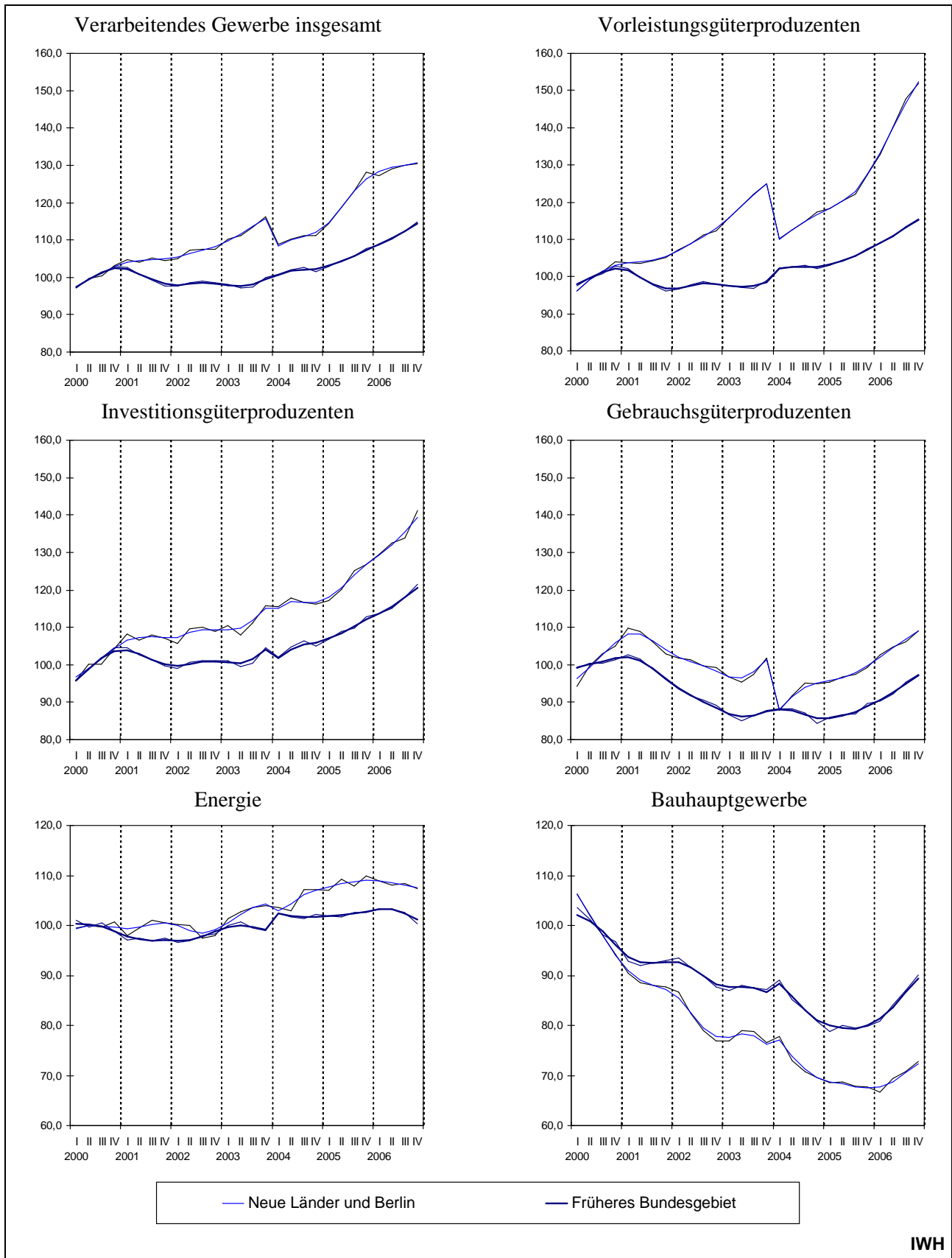
- in 1 000 Personen -

	NBL					ABL
	2002	2003	2004	2005	2006	2006
Erster Arbeitsmarkt	163	165	157	128	127	293
Empfänger direkter Eingliederungshilfen ^b	148	135	94	40	44	70
Teilnehmer in arbeitsmarktpolitischen Programmen	15	30	63	88	84	223
Personal-Service-Agenturen (PSA)		3	8	4	2	6
Förderung der Selbständigkeit ^c	15	27	55	84	82	217
Zweiter Arbeitsmarkt	121	91	99	139	137	206
Arbeitsbeschaffungs- und traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen	121	90	80	46	33	17
Programm „Arbeit für Langzeitarbeitslose“		1	14	1		
„Zusatzjobs“			5	92	104	189
Teilnehmer an Maßnahmen insgesamt	284	256	256	267	264	499
Anteil ^d in %	5,0	4,5	4,5	4,8	4,7	1,5
<i>Nachrichtlich:</i> Erwerbstätige (Inland)	5 718	5 653	5 663	5 598	5 629	33 477

^a Ostdeutschland (ohne Berlin). – ^b Teilnehmer an Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschüssen für Ungelernte und von Arbeitslosigkeit Bedrohte, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuß; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit bzw. JUMP+ sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt) – ^c Ich-AGs, Überbrückungsgeld, Einstiegsgeld (Variante: Selbständigkeit), Gründungszuschuß. – ^d Anteil der Teilnehmer an Maßnahmen im ersten und zweiten Arbeitsmarkt an den Erwerbstätigen (Inland).

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Übersicht 1: Produktionsindex im Produzierenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands^a
 - 2000 = 100; kalender- und saisonbereinigte Werte sowie Trend-Konjunktur-Komponente -

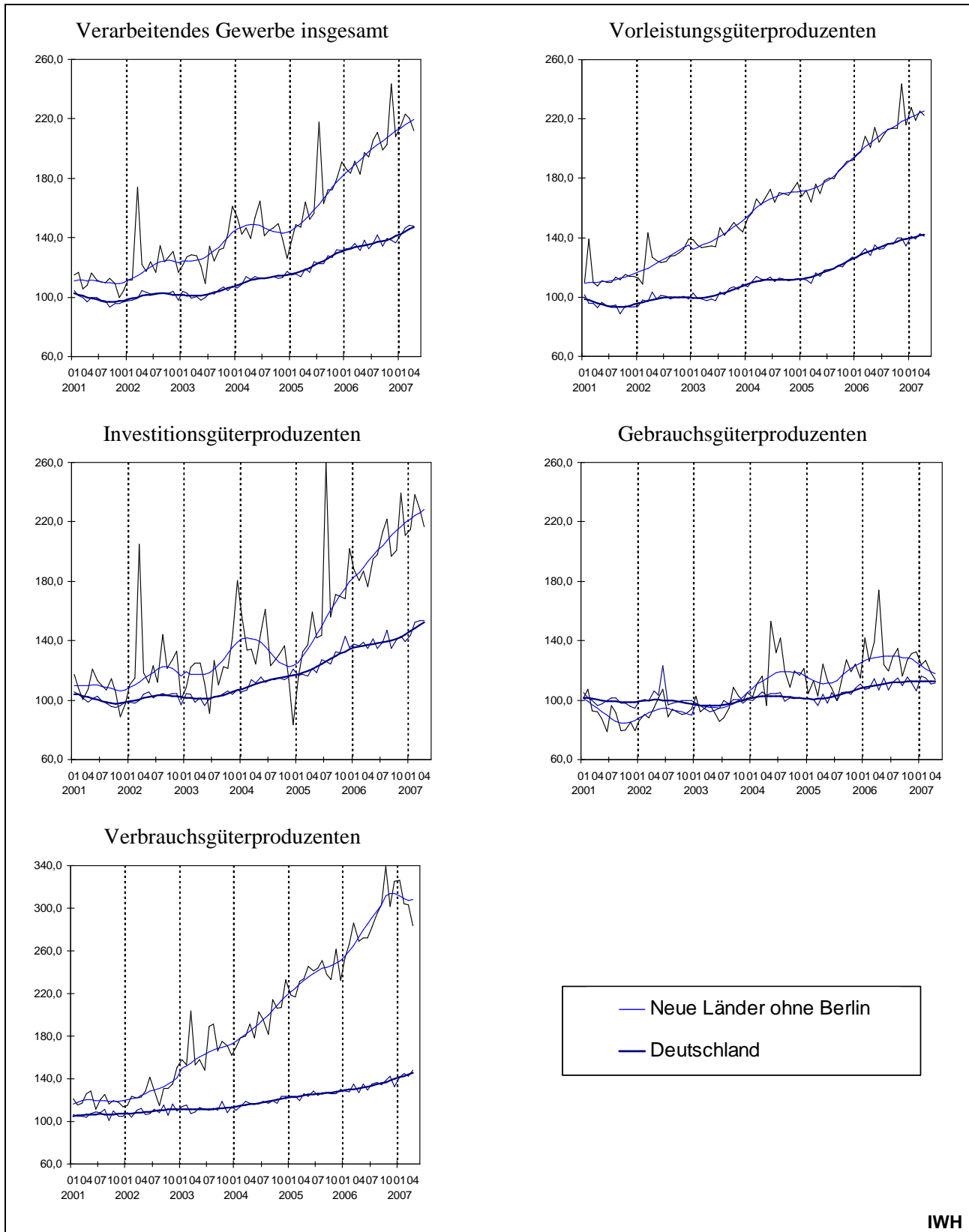


^a Ostdeutschland bis 2003 einschließlich Ost-Berlin, ab 2004 einschließlich Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Übersicht 2: Volumenindex des Auftragseingangs aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands^a

- 2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend-Konjunktur-Komponente -

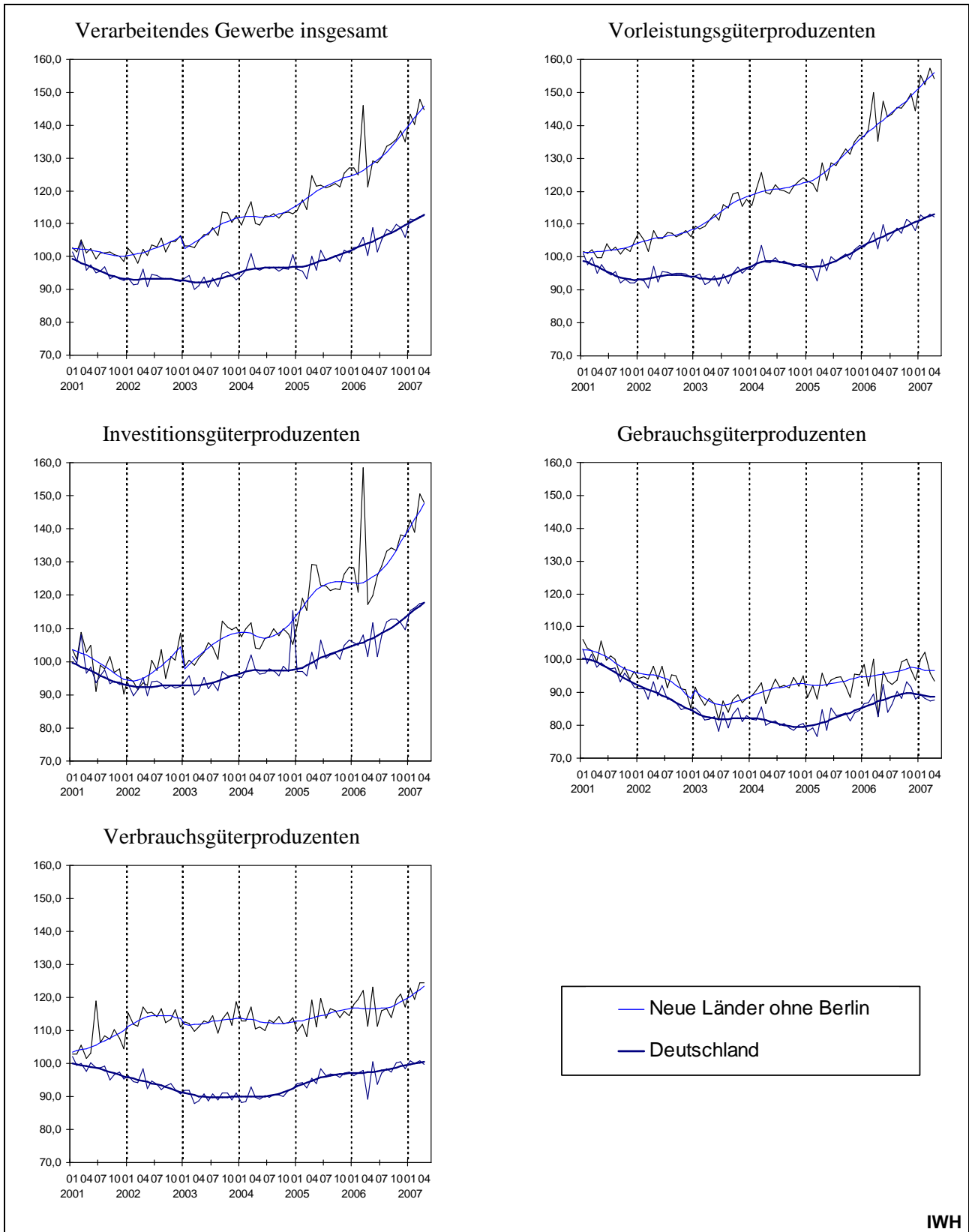


^a Ostdeutschland bis 2002 einschließlich Ost-Berlin, ab 2003 ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Übersicht 3: Volumenindex des Auftragseingangs aus dem Inland im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands^a

- 2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend-Konjunktur-Komponente -

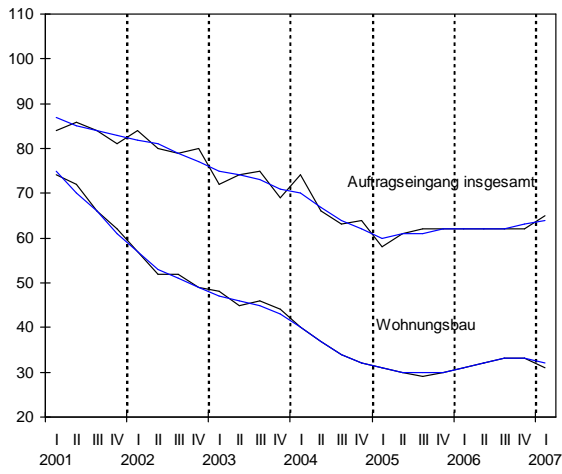


^a Ostdeutschland bis 2002 einschließlich Ost-Berlin, ab 2003 ohne Berlin.

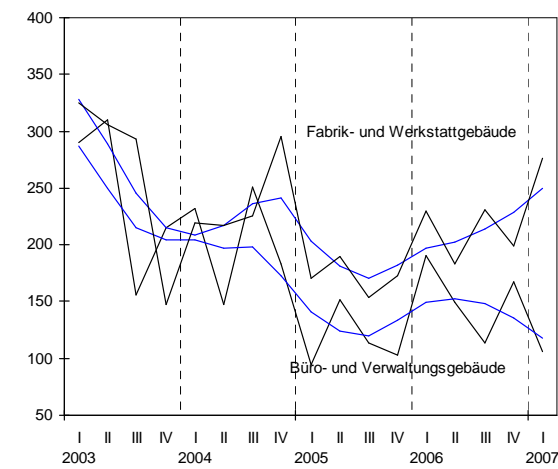
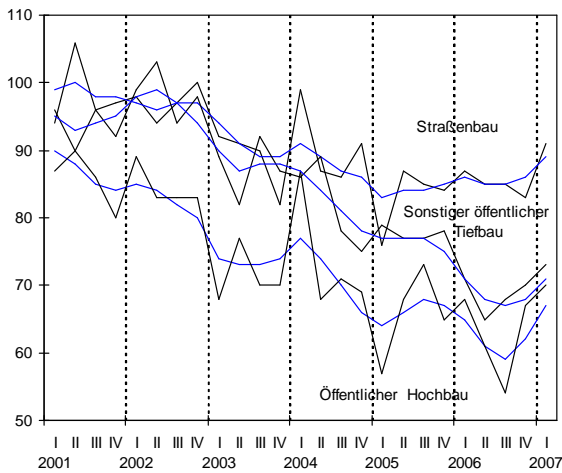
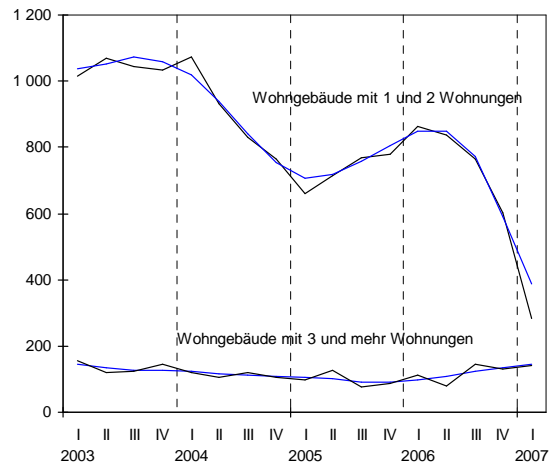
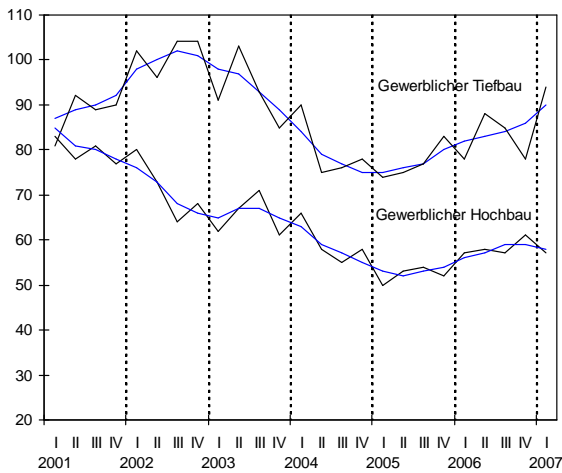
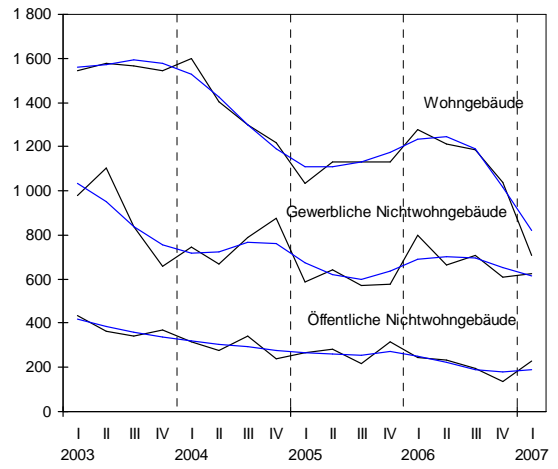
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Übersicht 4: Auftragseingang im Bauhauptgewerbe und Baugenehmigungen in Ostdeutschland^a
 - 2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend-Konjunktur-Komponente -

Auftragseingang im ostdeutschen Bauhauptgewerbe - Volumenindex -



Baugenehmigungen in Ostdeutschland - Veranschlagte Kosten des Bauwerks in Mio. Euro -

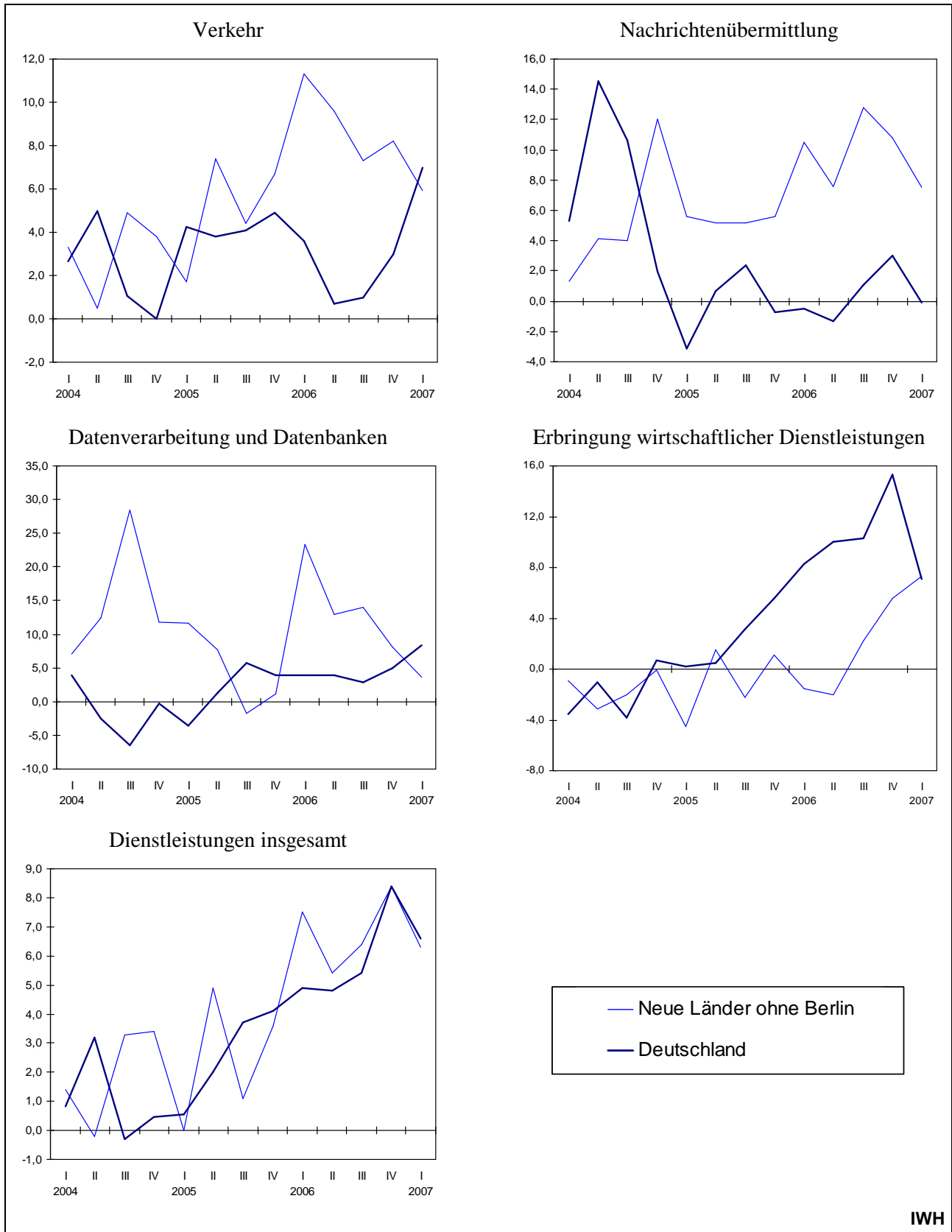


IWH

^a Ostdeutschland mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Übersicht 5: Umsatzentwicklung im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie bei Unternehmensdienstleistern
 - Veränderung gegenüber Vorjahresquartal in % -



IWH

Quellen: Statistisches Bundesamt; Darstellung des IWH.

Institutionelle Defizite und wachsende Spannungen in der Euro-Zone

Die Euro-Zone unter Streß

Die Einführung des Euro im Jahre 1999 war zweifelsohne ein Erfolg: Die gemeinsame Währung hat sich bisher als intern stabil und extern als stark erwiesen; die Inflationsraten der Mitgliedsländer sind nach wie vor konvergent und die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) stabilisiert die Erwartungen der wichtigsten wirtschaftspolitischen Akteure.¹⁶ Ein Blick auf das gesamte Bild der Wirtschaft der Euro-Zone, ja der erweiterten EU zeigt allerdings zunehmende Asymmetrien und Ungleichgewichte im wirtschaftlichen Verhältnis zwischen den Ländern, die die bestehenden Formen der makroökonomischen Politik, ihre Koordination und Interaktion mit anderen Politiken herausfordern. Insbesondere scheint es schwieriger zu werden, widerstreitende nationale Interessen miteinander zu vereinbaren. Es liegt auf der Hand, daß die Aufnahme weiterer Mitglieder aus den neuen EU-Ländern in die Euro-Zone dieses Problem nicht vermindert. Die politische Bedeutung der Asymmetrien ist evident. Zu nennen ist die radikale Rhetorik in einigen Ländern bezüglich eines Austritts aus der Euro-Zone im vergangenen Jahr (Italien und Spanien), auch wenn diese Rhetorik zunächst im populistischen Randbereich der Politik angesiedelt war. Bedeutender ist jedoch die angekündigte Initiative des neuen französischen Staatspräsidenten, die alte französische Idee einer starken Wirtschaftsregierung für die EU wieder zu beleben.

In der wissenschaftlichen Literatur spiegelt sich die neuere Diskussion über Reformen der Politikinstitutionen in vier Problemfeldern wider:

- (a) in der Lähmung der Fiskalpolitik, anti-zyklisch zu agieren,
- (b) in der gewachsenen Ausgesetztheit der Euro-Zone gegenüber asymmetrischen Schocks,
- (c) in dem unerwarteten Phänomen von Boom-Bust-Zyklen und
- (d) in der fehlenden Koordination nationaler Lohnentwicklungen.

¹⁶ Ich danke Simone Lösel für exzellente Forschungsassistenz.

Lähmung der Fiskalpolitik

Der wachsende Unmut in der Euro-Gruppe beruht auch auf einer ungenügenden Reaktion der Fiskalpolitik auf Rezessionen. Der untere Wendepunkt des letzten Konjunkturzyklus lag in den USA im Jahr 2001, in der Euro-Zone dagegen erst im Jahr 2003. Zudem war die Erholung in den USA ausgeprägter als in der Euro-Zone, und zwischen den Euro-Mitgliedern gab und gibt es große Unterschiede.¹⁷ Tatsächlich fiel die Reaktion der Fiskalpolitik, gemessen am zyklisch bereinigten Staatsdefizit, stärker in den USA aus. In der Euro-Zone schränkte der Stabilitäts- und Wachstumspakt den Spielraum für eine diskretionäre Fiskalpolitik ein. Zudem schien auch die Kraft der automatischen Stabilisatoren nach den diversen Steuerreformen und Reformen der Arbeitslosenversicherungen schwächer geworden zu sein. Deshalb wird wieder die Einführung eines zentralen EU-Budgets mit starker und mittelbarer anti-zyklischer Wirkungsweise diskutiert,¹⁸ etwa in Form einer europaweiten Arbeitslosenversicherung.

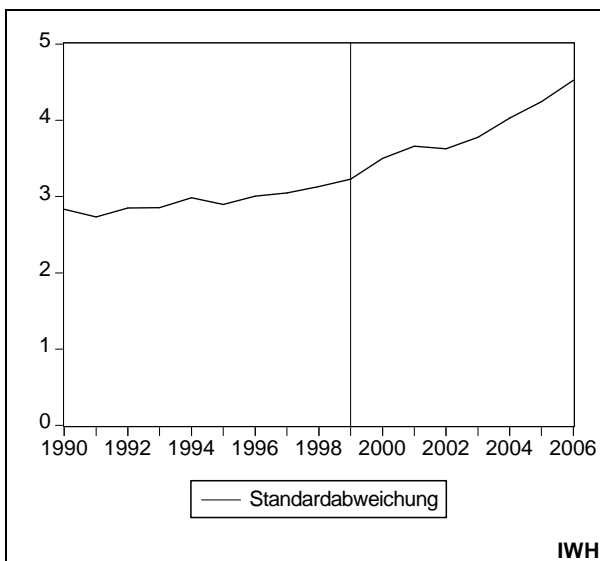
Divergenz und zunehmende Asymmetrie

Die Divergenz in den Pro-Kopf-Einkommen nach Kaufkraftstandards hat unter den Euro-Mitgliedsländern seit Einführung des Euro stärker als zuvor zugenommen. Wir messen die Divergenz als Standardabweichung in den Pro-Kopf-Einkommen (Abbildung 1). Die Asymmetrie innerhalb der Euro-Gruppe ist also größer geworden. Die Bedeutung von Asymmetrie ist nicht zu unterschätzen, drückt sie doch aus, wie unterschiedlich stark die Länder bei einem sonst für alle gleichen exogenen Schock (sei es ein Ausfall an Weltnachfrage oder ein Anstieg der Rohstoffpreise) reagieren. Mit anderen Worten: Die Euro-Zone ist noch weniger ein optimaler Währungsraum als Ende der 1990er Jahre. Asymmetrische Schocks unterminieren aber die Effektivität makroökonomischer Koordinierung. Dieses Problem wird zweifelsohne zunehmen, wenn nach Slowenien noch mehr neue EU-Mit-

¹⁷ EUROPEAN COMMISSION: The EU Economy. Brussels 2006, pp. 146 et sqq.

¹⁸ DE GRAUWE, P.: On Monetary and Political Union, mimeo. Leuven 2005.

Abbildung 1:
Standardabweichung des Bruttoinlandsprodukts pro
Einwohner zu aktuellen Marktpreisen
- in 1 000 Euro -



Quellen: AMECO Datenbank; Darstellung des IWH.

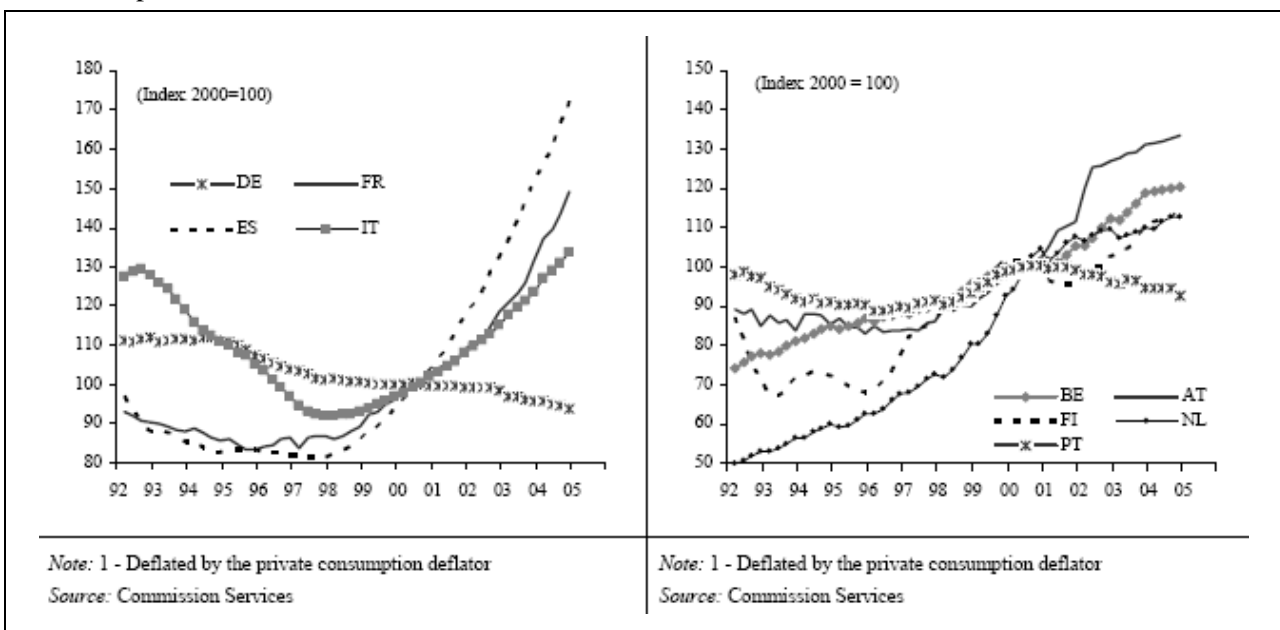
gliedsländer, insbesondere mittelgroße wie Polen, der Euro-Zone beitreten.

Boom-Bust-Zyklen

Mit einiger Sorge betrachten Ökonomen und EU-Kommission das neue Phänomen der Boom-Bust-Zyklen, also der möglichen Zunahme extremer Kon-

junkturschwankungen. Auch wenn der Begriff des Boom-Bust-Zyklus noch nicht klar und einheitlich abgegrenzt ist, so konzentriert er sich auf die Bewegung der Preise für reale Vermögenswerte. Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der realen Hauspreise in ausgewählten Ländern der Euro-Zone. Während die deutschen Preise deutlich zurückgingen, wies die Preisentwicklung in Frankreich, Spanien und Italien nach oben. Wenn die liberalisierten Finanzströme nach dem Wegfall des Währungsrisikos in der Euro-Zone auf fragile Finanzsektoren in einzelnen Ländern treffen, können spekulative Blasen im Immobilienbereich ausgelöst werden. Eine derartige Gefahr wird gegenwärtig vor allem im Fall Spaniens gesehen. Ein Platzen der Blase gefährdet die Stabilität des Euro, und zwar über entsprechende Ansteckungs- und Übertragungseffekte, und vermag auch individuelle Reaktionen der nationalen Regierungen auszulösen. Der Effekt wäre grundsätzlich pro-inflationär, weil Unsicherheiten über die Geldpolitik der EZB zunächst den Außenwert und schließlich auch den Binnenwert in Richtung einer höheren Inflationsrate treiben würde. Soweit sich ein spekulativer Anstieg der realen Vermögenswerte nicht in einer steigenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte, sondern des Privatsektors niederschlägt, wie in Spanien, sind fiskalpolitische Maßnahmen zur Abwehr von Spannungen wenig effektiv.

Abbildung 2:
Reale Hauspreise 1992-1995



DE: Deutschland, FR: Frankreich, ES: Spanien, IT: Italien; BE: Belgien, AT: Österreich, FI: Finnland, NL: Niederlande, PT: Portugal.

Quelle: European Commission, The EU Economy, Brussels 2006, S. 32.

Divergierende Lohnstückkosten

Konfliktpotential besteht aber auch in der divergierenden Lohnstückkostenentwicklung, die zunehmend Aufmerksamkeit auf sich zieht.¹⁹ Dies betrifft auch die Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen einer Koordination der Lohnpolitik.²⁰ Bekanntlich war diese im Gegensatz zur fiskalischen Koordination nicht vorgesehen, sondern soll hauptsächlich den Tarifparteien in den einzelnen Ländern überlassen bleiben. Wenn Länder nachholend ihren preislichen Wettbewerbsnachteil ebenfalls durch eine Senkung der Lohnstückkosten beseitigen wollen, besteht die Gefahr einer deflationären Entwicklung mit steigender Arbeitslosigkeit.

Von den divergierenden Lohnstückkosten geht möglicherweise die größte Gefahr für die Stabilität in der Euro-Zone aus. Deshalb rückt sie gegenwärtig etwas stärker in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit von Kommission und Wissenschaftlern. Faktisch kommt eine Änderung der relativen Reallohnposition eines Landes einer realen Abwertung seiner Währung gleich – mit entsprechenden Folgen für Handelsbilanz und Finanzströme. Jenes Land, welches in der Euro-Zone die Lohnpolitik als Instrument des Wettbewerbs um Arbeitsplätze effektiv einzusetzen vermag, kann damit rechnen, daß andere Länder nicht mit einer Abwertung des Wechselkurses (nicht mehr vorhanden) oder mit der Fiskalpolitik (gefesselt durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt) reagieren können. Vielmehr muß auch die Lohnpolitik dieser Länder entsprechend reagieren.

¹⁹ Vgl. DE GRAUWE, P., a. a. O. – GROS, D.: Italy and Germany. Convergence or Divergence for the Euro Laggards? CEPS, 2007, http://www.aei-csa.de/dokumente/tagung_eurozone_gros.pdf, Zugriff am 25.6.2007. – EUROPÄISCHE KOMMISSION, a. a. O., S. 99 ff. Auch die Deutsche Bundesbank stellt in einer umfangreicheren Untersuchung fest, daß die Veränderung der relativen preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Mitgliedsländer nicht allein als „Begleiterscheinung eines realwirtschaftlichen Konvergenzprozesses in Europa interpretiert werden kann.“ (Monatsbericht Juni 2007, S. 53). Dies impliziert, daß es sich nicht um Annäherungen an ein Gleichgewicht handelt.

²⁰ Vgl. als Überblick für das Für und Wider BORGHIJS, A.; EDERVEEN, S.; DE MOOIJ, R.: European Wage Coordination: Nightmare or Dream to Come True? An Economic Analysis of Wage Bargaining Institutions in the EU. CPB Discussion paper, No 017, March 2003.

Deutschland und Österreich werteten seit Einführung des Euro real ab

Ein Rückgang der Lohnstückkosten bedeutet bei gegebener Technologie ein Zurückbleiben der Nominallöhne in gemeinsamer Währung hinter der aktuellen Inflationsrate plus Produktivitätsfortschritt. Die klassische Beggar my Neighbour-Politik einer Regierung beschreibt eine Abwertung des nominalen Wechselkurses, um lohnpolitische Rigiditäten zu kompensieren. Allerdings führt dies über die Handelsbilanz zu einer nominalen und realen Aufwertung, so daß der Lohnvorteil wieder verlorengeht. Die Devisenmärkte besitzen also eine Ausgleichs- und Koordinationsfunktion. In der Währungsunion entfallen die Funktionen der Devisenmärkte. Die Entwicklung der relativen Lohnstückkosten wird stärker als vorher von der Institutionen der Lohnbildung und der Lohnpolitik abhängen.

Abbildung 3 zeigt die Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten²¹ der gegenwärtigen Euro-Mitgliedsländer²² seit 1999 im Vergleich zu den Lohnstückkosten des Euroraums. Es wird deutlich, daß Deutschland und Österreich systematisch unterhalb des Durchschnitts liegen, während Griechenland, Portugal und Spanien sich durchweg oberhalb bewegen und Frankreich und Irland sich dieser Gruppe letztens anzuschließen scheinen. Von daher ist häufiger das böse Wort vom „deutschen Projekt“ der Euro-Einführung die Rede, denn tatsächlich war Deutschland in der Senkung seiner Lohnstückkosten am erfolgreichsten, und die anderen Länder konnten seit 1999 weder mit dem Wechselkurs noch mit der Fiskalpolitik dagegenhalten.²³

Die drohende Spaltung der Euro-Zone

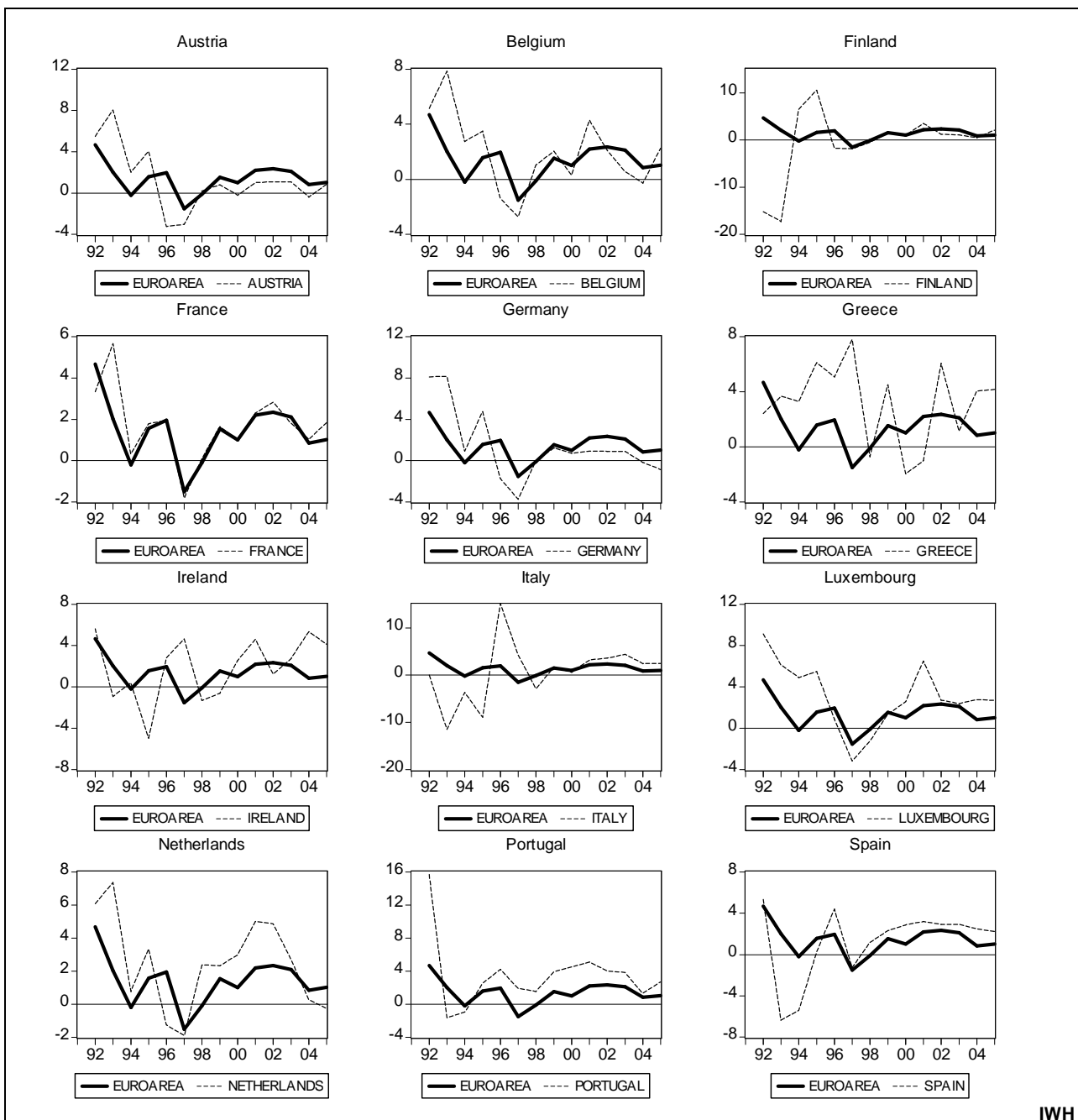
Als Fazit läßt sich eine Aufspaltung der Euro-Gruppe erkennen, wobei auf der einen Seite die

²¹ Die nominalen Lohnstückkosten setzen die Änderung der nominalen Löhne in Relation zur Produktivitätsentwicklung. Das Verhältnis der nominalen Löhne zur nominalen Produktivität entspricht den realen Lohnstückkosten und damit der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote.

²² Slowenien wird aus naheliegenden Gründen nicht berücksichtigt.

²³ Aus den impliziten Wechselkursen der nationalen Währungen gegenüber dem Ecu ergibt sich, daß Deutschland nach der Aufwertung infolge der EWR-Krise 1992/1993 ab 1995 und bis 1998 nominal gegenüber den meisten anderen EU-Währungen wieder abwertete. Die Möglichkeit eines *Realignment* entfällt seit 1999.

Abbildung 3:
Veränderungsraten der nationalen nominalen Lohnstückkosten im Vergleich zum gewichteten Mittel der Euro-Zone
- in % (Basis: ECU/Euro) -



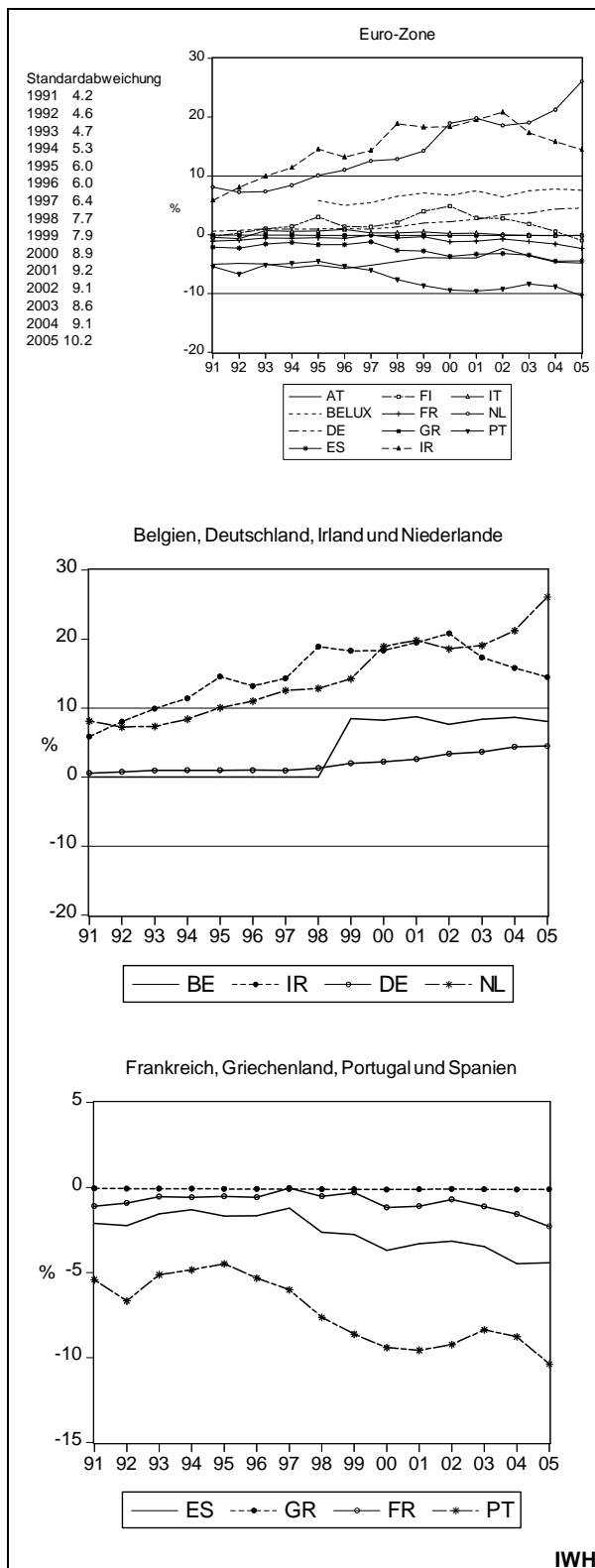
Quellen: AMECO Datenbank; Darstellung und Berechnung des IWH.

IWH

südlichen Mitgliedsländer und auf der anderen Seite Deutschland stehen. Frankreich droht zu der ersten Gruppe dazuzustoßen, während Österreich und die Niederlande mit Deutschland zukünftig die zweite Gruppe bilden könnten. Abbildung 4 zeigt diese Aufspaltung aus der Perspektive der Handelsbilanzen. Gemessen am Anteil der Nettoexporte am BIP haben die Ungleichgewichte im

Handel der einzelnen EU-Länder mit dem gesamten EU-15-Raum (ohne neue Länder) erheblich zugenommen. Die Standardabweichung hat sich von 4% des BIP im Jahre 1991 auf fast 9,4% des BIP im Jahre 2005 erhöht.

Abbildung 4:
Entwicklung der Intra-EU-Nettoexporte in % des
Bruttoinlandsprodukts



DK: Dänemark; SE: Schweden; UK: Großbritannien; ES: Spanien, GR: Griechenland, FR: Frankreich; PT: Portugal; BE: Belgien; IR: Irland; DE: Deutschland; NL: Niederlande.

Quellen: AMECO Datenbank; Darstellung und Berechnung des IWH.

Die Politik des Lohnwettbewerbs

Es haben sich in der Euro-Zone mit beschränkten fiskalpolitischen Möglichkeiten offenbar zwei Kanäle herausgebildet, über die Regierungen die Lohnstückkostenentwicklung beeinflussen, und in beiden war Deutschland erfolgreich bzw. Vorreiter:

a) Zunächst einmal können Arbeitsmarktreformen zur Beseitigung von institutionellen Barrieren für eine Lohnentwicklung nach unten beitragen. Es scheint, folgt man den Untersuchungen der OECD und der EU-Kommission²⁴, daß Deutschland, die Niederlande und Italien die größten Fortschritte bei Arbeitsmarktreformen erzielt haben, während Griechenland, Portugal und Frankreich, d. h. Länder mit überdurchschnittlicher Lohnstückkostenentwicklung, geringere Fortschritte aufweisen.

b) Unternehmen können durch eine Senkung der „social taxes“, also der Lohnnebenkosten, entlastet werden, ohne daß die Sozialleistungen selbst gekürzt werden müßten. Dies wäre möglich, wenn ein wachsender Teil der Sozialleistungen durch höhere Steuern finanziert würde. Deutschland hat diesen Weg zum ersten Mal mit der Einführung der Ökosteuern 1999 beschritten, deren Einnahmen in die Rentenkassen fließen und 2003 eine Senkung der Rentenversicherungsbeiträge ermöglichten. Dänemark folgte mit der Heraufsetzung seiner Mehrwertsteuer. Diesem Beispiel wiederum folgte Deutschland mit Beginn des Jahres 2007, indem es seine Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte erhöhte. Im übrigen wirkt die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes innerhalb des gemeinsamen Marktes wie ein Einfuhrzoll. Frankreich interpretiert dies als Versuch, sich auf Kosten seiner Nachbarn zu sanieren – so das führende französische Forschungsinstitut OFCE. Dies ist auch die inoffizielle Begründung der geplanten Mehrwertsteuererhöhung auf knapp 25% (um sechs Prozentpunkte). Regierungschef *Fillon* bezeich-

²⁴ Vgl. OECD: Implementing the Jobs Study. OECD: Paris, 1999. – Vgl. EUROPEAN COMMISSION: EMU after Five Years. European Economy, Special Report No 1/2004. Brussels, 2004, pp. 163 et sqq. – EUROPEAN COMMISSION: The EU Economy. Brussels, 2006, pp. 145 et sqq.

Kasten:

Auszug aus dem Entwurf der Verfassung für Europa

Artikel III-179

(1) Die Mitgliedstaaten betrachten ihre Wirtschaftspolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse und koordinieren sie im Rat nach Maßgabe des Artikels III-178.

(2) Der Rat erstellt auf Empfehlung der Kommission einen Entwurf für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union und erstattet dem Europäischen Rat hierüber Bericht. Der Europäische Rat erörtert auf der Grundlage dieses Berichts des Rates eine Schlußfolgerung zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union. Auf der Grundlage dieser Schlußfolgerung gibt der Rat eine Empfehlung ab, in der diese Grundzüge dargelegt werden. Er unterrichtet das Europäische Parlament davon.

(3) Um eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik und eine dauerhafte Konvergenz der Wirtschaftsleistungen der Mitgliedstaaten zu gewährleisten, überwacht der Rat anhand von Berichten der Kommission die wirtschaftliche Entwicklung in jedem Mitgliedstaat und in der Union sowie die Vereinbarkeit der Wirtschaftspolitik mit den in Absatz 2 genannten Grundzügen und nimmt in regelmäßigen Abständen eine Gesamtbewertung vor.

Zum Zwecke dieser multilateralen Überwachung übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission Angaben zu wichtigen einzelstaatlichen Maßnahmen auf dem Gebiet ihrer Wirtschaftspolitik sowie weitere von ihnen für erforderlich erachtete Angaben.

(4) Wird im Rahmen des Verfahrens nach Absatz 3 festgestellt, daß die Wirtschaftspolitik eines Mitgliedstaats nicht mit den in Absatz 2 genannten Grundzügen vereinbar ist oder das ordnungsgemäße Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion zu gefährden droht, so kann die Kommission an den betreffenden Mitgliedstaat eine Verwarnung richten. Der Rat kann auf Empfehlung der Kommission die erforderlichen Empfehlungen an den betreffenden Mitgliedstaat richten. Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission beschließen, seine Empfehlungen zu veröffentlichen.

Der Rat beschließt im Rahmen dieses Absatzes ohne Berücksichtigung der Stimme des den betreffenden Mitgliedstaat vertretenden Mitglieds des Rates.

Als qualifizierte Mehrheit gilt eine Mehrheit von mindestens 55% der übrigen Mitglieder des Rates, sofern diese Mitgliedstaaten vertreten, die zusammen mindestens 65% der Bevölkerung der beteiligten Mitgliedstaaten ausmachen.

Für eine Sperrminorität ist mindestens die Mindestzahl dieser übrigen Mitglieder des Rates, die zusammen mehr als 35% der Bevölkerung der beteiligten Mitgliedstaaten vertreten, zuzüglich eines Mitglieds erforderlich; andernfalls gilt die qualifizierte Mehrheit als erreicht.

nete die Erhöhung als „gegen die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland“ gerichtet.²⁵

Die Notwendigkeit einer effektiveren Koordination

Hier wird das Problem einer derartigen Politik besonders deutlich: Jene Länder, die in den vergangenen Jahren einen Teil ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit verloren haben, werden diese wiederherstellen müssen, was nur über eine geringere Inflationsrate möglich wäre. Da die EZB ein Inflationsziel von 2% jährlich verfolgt, werden diese

Länder es schwer haben, die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrien wiederherzustellen, ohne eine Inflationsrate unter dem Euro-Durchschnitt in Kauf zu nehmen, d. h. mit Deflation und Arbeitslosigkeit. Gelingt dies aber doch, verlieren jene Länder, die einen preislichen Wettbewerbsvorteil gewonnen haben, denselben und könnten versuchen, ihn durch weitere politisch induzierte Lohnstückkostensenkungen wieder zu erreichen. Die Konsequenz wäre die Umgestaltung der Euro-Zone in eine Deflationsgemeinschaft.

Der gegenwärtige politisch-institutionelle Rahmen der Währungsunion ist bekanntlich ein Kompromiß zwischen dem französischen „governance-by-coordination“- mit dem deutschen „governance-

²⁵ Vgl. SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 15. Juni 2007, S. 21 („Vorbild Deutschland“).

by-rules“-Modell (Stabilitäts- und Wachstumspakt).²⁶ In der Praxis haben die verschiedenen Formen der Koordination bei einer für alle gleichen Geldpolitik in den kritischen Fällen nicht gegriffen. Dies gilt für die Anwendung von Defizitverfahren im Zusammenhang mit einer Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Dies gilt umso mehr für jene Koordinierungsformen, die auf unverbindlichen Richtlinien beruhen, die die Regierungen befolgen oder auch nicht befolgen können. Zu diesem Kreis gehört die Lohnpolitik. Was gegenwärtig auf europäischer Ebene praktiziert wird, ist eine schwache Form der Koordination durch Gespräche und Meinungsaustausch. Die Sozialpartner sind seit dem Vertrag von Amsterdam 1997 in die unverbindliche Koordination der Sozialpolitik einbezogen und nehmen auch am unverbindlichen, makroökonomischen Dialog („Kölnprozeß“, 1999) teil.

Was der Union also fehlt, sind nicht nur redistributive Elemente, die als eine Art Versicherung gegen asymmetrische Schocks dienen. Gesucht wird auch ein Ersatz für den Wegfall der Wechselkurse als makroökonomischer Anpassungsmechanismus. Dieser neue Mechanismus müßte ein Verhalten einzelner Mitgliedsländer zu Lasten anderer Länder durch Lohnwettbewerb verhindern. Eine befriedigende Bestandsaufnahme der Vor- und Nachteile einer direkten Koordinierung der europäischen Lohnpolitik liegt allerdings nicht vor. Wie *Borghijs et al.*²⁷ erwähnen, könnte „echte“ Lohnkoordination auch zu einem „Alptraum“ im Falle asymmetrischer Schocks führen. Das beste Beispiel für einen derartigen Extremfall ist die Übertragung der Lohnfindungsinstitutionen Westdeutschlands nach Ostdeutschland und der starke informelle Einfluß westdeutscher Gewerkschaften auf die Lohnpolitik in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung.

Wünschenswert wäre, den Entwurf einer Verfassung für Europa um die explizite Erwähnung der Lohnpolitik zu erweitern. In Artikel III-179 dieses Verfassungsentwurfs wird festgelegt, daß die Mitgliedsländer ihre Politiken als Angelegenheit von gemeinsamem Interesse betrachten (vgl. Kasten). Weitere Artikel erwähnen jedoch ausdrücklich nur die Abstimmung der Fiskalpolitiken

unter dem Sanktionsinstrument des Defizitverfahrens und der Stabilitäts- und Wachstumspakts. Eine explizite Verpflichtung könnte, dazu führen, daß Länder wichtige Reformen des Arbeits- und Tarifrechts und des Sozialsystems nicht mehr ohne Konsultation mit anderen Ländern entscheiden.²⁸ Selbstverständlich müßten auch die Art der Finanzierung von Sozialsystemen und ihre Veränderungen Thema entsprechender Konsultationen werden, sofern dadurch der Wettbewerb auf dem Binnenmarkt beeinflußt wird oder asymmetrische Konjunkturverläufe in der Euro-Zone wirken. Aber eine weitgehende Reform der Institutionen der Euro-Zone bzw. der EU als Ganzes dürfte wohl nur im Rahmen einer stärkeren politischen Union mit entsprechenden souveränen Rechten des EU-Parlaments möglich werden. Der Brüsseler Gipfel vom Juni 2007 hat zwar den Reformzug wieder in Bewegung gesetzt; ob er allerdings auch ankommt, ist noch weithin ungesichert. Und Regelungen, die eine weitergehende Koordination in der Wirtschaftspolitik erlauben, enthält das „Grundgesetz“ – der ehemalige Verfassungsvertrag – noch nicht.

Hubert Gabrisch
(*Hubert.Gabrisch@iwh-halle.de*)

²⁶ So beschreibt es PISANI-FERRY, J.: Only one Bed for two Dreams: a Critical Retrospective on the Debate over the Economic Governance of the Euro Area. *JCMS* 2006, Vol. 44, No. 4, pp. 823-844.

²⁷ BORGHIJS, A.; EDERVEEN, S.; DE MOOIJ, R., a. a. O.

²⁸ DE GRAUWE, P., a. a. O., p. 21, hat die Kürzung der Arbeitszeiten in Frankreich vor Augen. Dies gilt ebenso für Fragen wie die Hartz IV-Reformen in Deutschland.

Rußland: Bedeutung des Energiesektors für die Wirtschaftslage bleibt hoch

Im vergangenen Jahr stieg das Bruttoinlandsprodukt in Rußland wiederum kräftig, wie schon seit einigen Jahren. Die wirtschaftliche Aktivität wird dabei vor allem über die Zuflüsse von Einnahmen aus dem Exportgeschäft gesteuert. Sie fallen besonders hoch aus, solange sich die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen günstig gestalten. Das betrifft vor allem die Nachfrage nach Erdöl, Erdgas und weiteren Rohstoffen sowie die Entwicklung der Preise für diese Güter auf den Weltmärkten. Über die Umverteilung der aus dem Öl- und Gasgeschäft erzielten Mittel in Form von Transfers aus dem Haushalt und ihre Verwendung zur Finanzierung von Investitionen wird die Binnennachfrage angeregt. Sie entwickelt sich zunehmend zu einer wichtigeren Säule für die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion.²⁹

Kräftige Binnennachfrage gibt Impulse, Außen- nachfrage dämpft

Im vergangenen Jahr trug die Inlandsnachfrage mit nahezu 80% zur Steigerung des realen Bruttoinlandsprodukts bei. Ihre Entwicklung basierte auf dem kräftigen Anstieg der Investitionen und der starken Expansion der Nachfrage der privaten Haushalte. Beide Komponenten nahmen im zweistelligen Bereich zu; bei den Investitionen beschleunigte sich der Anstieg mit knapp 14% gegenüber dem Vorjahr merklich, während er beim privaten Konsum mit 11% leicht unter dem Niveau des Vorjahrs lag.

Die Einkommensentwicklung der privaten Haushalte verlief ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau zu Beginn der Reformen in den letzten Jahren vergleichsweise dynamisch, wobei im Zuge der schrittweise erfolgten Stabilisierung des Preisniveaus auch real hohe Einkommenszuwächse erzielt wurden.³⁰

Die gestiegene Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern regte die inländische Produktion, aber auch die Importe an. So stieg der Anteil

der Investitionsgüter an den Gesamtimporten innerhalb der letzten drei Jahre um etwa zehn Prozentpunkte auf nahezu die Hälfte. Insbesondere in Zweigen der Leichtindustrie wurden einheimische Güter zu einem großen Teil durch Importe verdrängt. Die Importe wurden nicht nur aufgrund höherer Qualitätsansprüche der Nachfrager bevorzugt, sondern auch aufgrund der nachlassenden preislichen Wettbewerbsfähigkeit einheimischer Unternehmen. Die Herstellungskosten russischer Produzenten nahmen rasant zu, da die Löhne in den letzten Jahren stark gestiegen sind und weit über der Zunahme der Arbeitsproduktivität liegen.³¹ Die Aufwertung des Rubel hat den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit noch weiter verstärkt.

Tabelle 1:
Eckdaten der wirtschaftlichen Entwicklung für Rußland in den Jahren 2005 bis 2008

	2005	2006	2007	2008
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>			
Bruttoinlandsprodukt	6,4	6,7	6,3	6,0
Private Konsumausgaben	12,8	11,2	9,6	10
Staatskonsum	2,2	4,2	4,0	3,0
Anlageinvestition	8,3	13,9	20	14
Exporte	6,4	7,2	8	8
Importe	17,0	21,7	30,0	26,0
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>			
Verbraucherpreise	12,7	9,8	8,5	7,0
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>			
Arbeitslosenquote ^a	7,8	7,2	7,0	6,5

^a Arbeitslosenquote. ILO-Methode.

Quellen: Rosstat; 2007 und 2008: Prognose des IWH.

Die Industrieproduktion nahm mit durchschnittlich 3,9% im vergangenen Jahr jedoch nur recht verhalten zu, wohingegen in der Bauwirtschaft und

²⁹ Das IWH untersucht die aktuelle Wirtschaftsentwicklung und den Stand der Reformen in Rußland seit einer Reihe von Jahren, letztmalig im Jahr 2006. Vgl.: KÄMPFE, M.: Perspektiven für Rußlands Wirtschaft liegen in der Stärkung des Reformkurses, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2006, S. 114-118.

³⁰ Der durchschnittliche Nominallohn (brutto) lag im Jahr 2006 bei 10 736 Rubel bzw. ca. 320 Euro monatlich.

³¹ Die Lohnstückkosten sind auf Eurobasis berechnet nominal allein in den letzten zwei Jahren bei einem nominalen Lohnanstieg von ca. 30% und einer Produktivitätssteigerung von ca. 6% um jeweils durchschnittlich ca. 23% gestiegen. Vgl. Berechnungen des WIIW, in: Research Reports No. 335. Wien, 2007.

Tabelle 2:

Entwicklung der Realeinkommen der privaten Haushalte 1999-2006

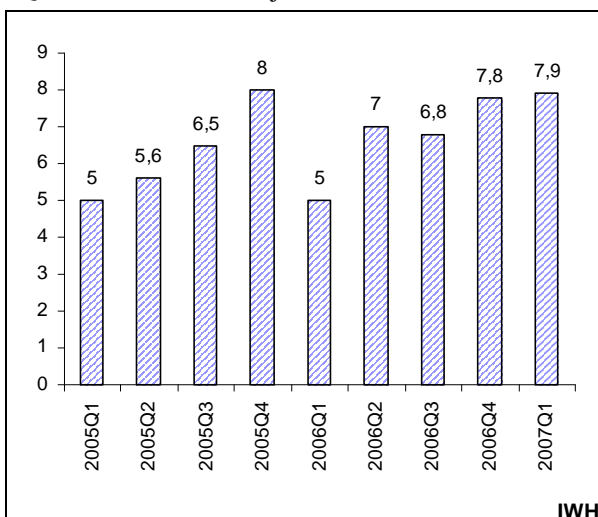
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007*
	reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Verfügbare Geldeinkommen	-12,3	12,0	8,7	11,1	15,0	10,4	11,1	10,0	12,0
Lohneinkommen	-22,0	20,9	19,9	16,2	10,9	10,6	12,6	13,5	17,9
Pensionen	-39,4	28,0	21,4	16,3	4,5	5,5	9,6	5,1	.

*Januar bis Mai.

Quelle: Rosstat. Social'no-ekonomiceskoje polozenie Rosji; verschiedene Monatshefte 2006 und 2007.

im Dienstleistungsbereich durch die gute Konjunktur mit knapp 16% bzw. 8% überdurchschnittliche Zuwachsraten erreicht wurden. Das Baugewerbe hatte die höchsten Zuwächse überhaupt seit Jahren. Hier hatten die Förderung des privaten Wohnungsbaus, verstärkte Investitionen in die Transportinfrastruktur und insbesondere auch der im Gegensatz zum Vorjahr relativ milde Winter Einfluß. In den ersten fünf Monaten 2007 setzten sich diese Tendenzen verstärkt fort, wobei zuletzt auch im Verarbeitenden Gewerbe und selbst im Bergbau die Produktion wieder kräftiger zunahm. Lediglich bei Öl und Gas stieg sie aufgrund der geringen Kapazitätserweiterung wie schon in den Vorjahren nur schwach, etwa um 2%. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm im ersten Quartal um nahezu 8% zu (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1 :
Reales BIP-Wachstum 2005-2007
- Quartale, in % zum Vorjahr -



Quelle: Rosstat.

Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion hätte im vergangenen Jahr jedoch noch weitaus höher ausfallen können, wenn nicht die

Einfuhren aufgrund der hohen Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern deutlich stärker gestiegen wären als die Ausfuhren – durchschnittlich dreimal so stark. Auch wenn die Außenhandelsumsätze sehr hoch sind und Rußland seit Jahren einen großen Handelsüberschuß von jeweils über 10% des Bruttoinlandsprodukts aufweist³², ist der damit verbundene Beitrag des Außenhandels zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts seit einigen Jahren rückläufig (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3:
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts 2005-2008
- in Prozentpunkten -

	2005	2006	2007	2008
Private Konsumausgaben	5,7	5,4	5,0	4,8
Staatskonsum	0,3	0,7	0,7	0,5
Anlageinvestitionen	1,9	2,8	3,0	3,0
Vorratsveränderung	0,1	-0,2	0,1	0,3
Außenbeitrag	-1,6	-2,0	-2,5	-2,6
Bruttoinlandsprodukt ^a	6,4	6,7	6,3	6,0

^a Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Rosstat; Berechnungen des IWH, 2006: Schätzung; 2007 und 2008: Prognose.

Ausschlaggebend für das Produktionswachstum ist die Verlagerung der Nachfrage auf das Inland. Während die Auslandsfrage in den Jahren 2001 bis 2003 noch kräftig im zweistelligen Bereich zunahm, stiegen die Exporte seit Ende 2003 langsamer. Zugleich kam es zu einer Verstärkung der Binnenanfrage. In den letzten beiden Jahren gingen die Exporte von Erdöl und Mineralölprodukten, die zusammen etwa 60% der Gesamtexporte aus-

³² 2006 betrug der Überschuß 164 Mrd. US-Dollar bzw. 15% des Bruttoinlandsprodukts.

machten, mengenmäßig sogar zurück. Die Auslandsnachfrage wuchs in diesen Jahren deutlich schwächer. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres setzte sich die vergleichsweise schwache Exportentwicklung fort, die Ausfuhren nahmen aufgrund der gesunkenen Ölpreise wert-, aber auch mengenmäßig in geringerem Umfang zu. Die Einfuhren stiegen zwischen Januar und Mai hingegen etwa fünfmal so stark.

In der Handels- und in der Leistungsbilanz erzielte Rußland 2006 trotz schwächerer Exportperformance infolge der hohen Ölpreise erneut kräftige Überschüsse. Es ist jedoch zu erwarten, daß die Überschüsse in der Leistungsbilanz vor allem wegen der dynamisch wachsenden Importe bei etwa gleichbleibenden Exportzuwächsen in den nächsten Jahren niedriger ausfallen werden. Dazu wird auch beitragen, daß die Exporte der russischen Öl- und Gasindustrie weiterhin an Kapazitätsgrenzen stoßen, die sich nur schrittweise, verbunden mit enormen Investitionen, überwinden lassen. Inwieweit die von der Regierung in ihrem mittelfristigen Programm angestrebte Umstellung der Exportstruktur Rußlands weg von der hohen Rohstofflastigkeit hin zu einem größeren Anteil höher verarbeiteter Endprodukte sich in stärkeren Exportzuwächsen niederschlagen wird, bleibt abzuwarten. Mittelfristig geht das russische Wirtschaftsministerium daher sogar für eine gewisse Zeit von einem Defizit in der Leistungsbilanz aus.³³

Geldmengenexpansion stellt Geld- und Finanzpolitik vor Herausforderungen

Die Deviseneinnahmen aus den Ölexporten, die im vergangenen Jahr unerwartet hoch ausfielen, haben zu einer Ausweitung der inländischen Geldmenge beigetragen, obgleich ein beträchtlicher Teil davon, etwa die Hälfte, in den Stabilisierungsfonds abgeführt und somit dem Geldkreislauf vorläufig entzogen wurde. Die inländische Geldmenge stieg 2006 im Jahresverlauf nominal um nahezu 50%³⁴ und damit nochmals erheblich stärker als schon im Jahr zuvor. Die im Stabilisierungsfonds akkumulierten Mittel beliefen sich Ende 2006 auf

³³ Wirtschaftsminister Gref anlässlich der Vorstellung einer Drei-Jahres-Wirtschaftsprognose seines Ministeriums im April 2007 in Moskau. Zitiert nach BOFIT Weekly, 17/2007 vom 27.04.2007.

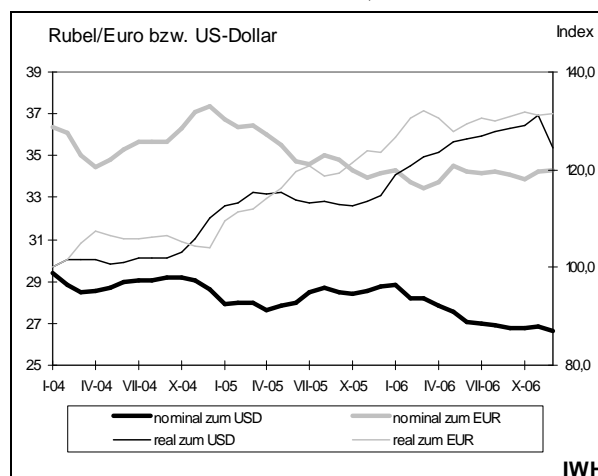
³⁴ 2005: 25%. Vgl. BANK OF RUSSIA: www.cbr.ru.eng/statistics/credit_statistics/print.asp?file=mon_supply_06_e.htm, Zugriff am 15.05.2007.

89 Mrd. US-Dollar und hatten sich damit im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt.

Der aus der Geldmengen Zunahme resultierende Inflationsdruck stellte die Zentralbank vor erhebliche Schwierigkeiten, ihre Geldpolitik mit einer angepeilten jahresdurchschnittlichen Inflationsrate von maximal 8,5% zu verfolgen. Der Verbraucherpreisanstieg lag mit 9,8% im Jahresdurchschnitt auf einem nach wie vor hohen Niveau, jedoch kann seine Rückführung um etwa drei Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr angesichts der inflationstreibenden Impulse durchaus noch als Erfolg gewertet werden. Eine noch weitergehende Inflationseindämmung war nicht zu erwarten, da die kräftige Zunahme der Binnennachfrage, verbunden mit einer sehr dynamischen Steigerung der Löhne und Gehälter, aber auch überdurchschnittliche Preissteigerungen bei Dienstleistungen, Benzin und einigen Nahrungsmitteln inflationstreibend waren. Nicht zuletzt wirkten sich aber auch die massiven Devisenmarkt-Interventionen der Zentralbank selbst aus, mit denen sie sich der nominalen Aufwertung des Wechselkurses mehrfach entgegenstellte. Es ist anzunehmen, daß die Zentralbank in diesem Jahr – sollte der Preisdruck erneut zunehmen – um der wirtschaftlichen Belebung nicht zu schaden, auf Zinsanhebungen verzichtet und stattdessen doch eher eine Wechselkursaufwertung zuläßt. Ihre Interventionen auf dem Devisenmarkt würden dann im Rahmen des „managed float“ dementsprechend verringert werden.³⁵

Abbildung 2:
Wechselkurs des Rubel gegenüber US-Dollar und Euro

- Januar 2004 bis Dezember 2006, Januar 2004 = 100 -



Quellen: WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

³⁵ Vgl.: CENTRAL BANK OF RUSSIA: Guidelines for the Single State Monetary Policy in 2007, Moscow, p. 18.

Aus geldpolitischer Sicht trägt die Abführung eines Teils der hohen Devisenzuflüsse in den Stabilisierungsfonds zu ihrer Sterilisierung in Bezug auf die Geldmenge bei und erfüllt damit eine wichtige Stabilitätsfunktion. Nun strebt die Regierung beginnend mit dem kommenden Jahr eine Reform des Fonds an, die zusätzlich eine stärkere Sparfunktion vorsieht. Dann sollen einerseits in den sogenannten „Reservefonds“-Teil neben den Mitteln aus Steuern auf die Ölförderung und den Ölexporterlösen (über dem jeweils am aktuellen Weltmarktpreis festgesetzten Schwellenpreis; 2006: 27 US-Dollar/Barrel) auch die Mittel aus der Förderung und dem Export von Erdgas gespeist werden. Wie bisher soll dieser Teil des Fonds der makroökonomischen Stabilisierung dienen und zugleich Einnahmeeinbußen des Haushalts in Zeiten niedrigerer Rohstoffpreise oder geringerer Rohstoffnachfrage ausgleichen. Seine Größe wird auf 10% des Bruttoinlandsprodukts begrenzt. Darüber hinausgehende Mittel sollen im „Fonds für zukünftige Generationen (Zukunftsfonds)“ angespart werden. Bei letzterem sind zusätzlich zur Anlage in ausländische Wertpapiere dann auch Investitionen in Unternehmensanteile oder Immobilien vorgesehen.

Im Einklang mit der geänderten Funktionsweise und Aufspaltung des Stabilisierungsfonds steht eine Reform der Haushaltspolitik, die zukünftig eine bessere Stabilität der Staatsfinanzen unabhängig von der Lage auf den Weltrohstoffmärkten sichern soll. Eine der wichtigsten Änderungen besteht darin, daß im Haushaltsentwurf nicht mehr vorab festgelegt werden soll, wieviel Mittel aus den Öl- und Gaseinnahmen in den Fonds gespeist werden, wodurch in Zeiten günstiger Konjunktur keine automatische Finanzierung des Budgets aus diesen zusätzlichen Einnahmequellen mehr vorgesehen ist. Dementsprechend sieht auch der jetzt vorgelegte Haushaltsentwurf für 2008-2010 – erstmals für einen dreijährigen Planungszeitraum – bereits eine abnehmende Rolle der Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft vor; die Abführungen an den Haushalt sollen mit jedem Jahr geringer werden. Geringer ist auch der jeweils geplante Haushaltsüberschuß, im dritten Jahr soll die Bilanz ausgeglichen sein.

Unsicherheiten über die Perspektiven des Energiesektors bergen Risiken

Gegenwärtig ist der russische Energiesektor für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes von herausragender Bedeutung. Er trägt mit etwa ei-

nem Drittel zur gesamtwirtschaftlichen Produktion bei. Am Gesamtexport beträgt sein Anteil etwa 60%. Der Anstieg des Ölpreises auf dem Weltmarkt seit 1999 und die damit verbundenen hohen Einnahmen des russischen Staats und der Unternehmen aus den Ölexporten haben zwar dazu geführt, daß Rußlands Wirtschaftsentwicklung seit einigen Jahren sehr dynamisch ist. Problematisch für die mittel- und längerfristige Entwicklung ist jedoch die Vernachlässigung der Modernisierung und der Erweiterung von Produktionskapazitäten über die vergangenen zwei Jahrzehnte. Rußland hat sich zunächst auf die Exporte konzentriert, als die Nachfrage nach Energie in den neunziger Jahren auf dem Binnenmarkt rapide gesunken war. Bis zum Jahr 2004 stiegen die Ölexporte jährlich mit zweistelligen Raten, ohne daß in größerem Umfang in den Ausbau von Produktionskapazitäten, in das Transportnetz oder die Neuerschließung von Ölquellen investiert worden wäre. Während einheimischen Unternehmen schlicht das Kapital fehlte, wurde der Beteiligung ausländischer Interessenten keine Priorität eingeräumt. Zuletzt wurde sie für die sogenannten „strategischen Sektoren“ sogar explizit ausgeschlossen. Die wachsende staatliche Lenkung des Energiesektors in den letzten Jahren, die mit der Renationalisierung in der russischen Ölwirtschaft einherging, schaffte bislang kein günstigeres Klima für Investoren. Marktwirtschaftliche Wirtschaftsprinzipien haben sich noch immer nicht durchgesetzt. Auf dem Binnenmarkt, wo etwa zwei Drittel der Produktion abgesetzt werden, sind die Preise subventioniert. Verbunden damit ist noch immer eine mangelnde Effizienz der Energieverwendung bei den Verbrauchern, wodurch die Kapazitäten für den Export verringert werden. Relativ willkürlich wird die Besteuerung der Produktion von Öl und Gas kurzfristig geändert. So wurden die Steuersätze in Zeiten hoher Ölpreise von der Regierung mehrfach angehoben, was für die Produzenten keine Anreize mehr bot, ihre Kapazitäten weiter auszubauen. Die Produktion von Öl und Gas stagniert etwa seit 2004.

Das Verhalten staatlicher Behörden gegenüber Investoren hat deren Verunsicherung bezüglich größerer Projekte in diesem Bereich eher erhöht und teilweise zu einem Rückzug aus gemeinsamen Projekten geführt.³⁶ Die Regierung ist sich zwar prinzipiell bewußt, daß sie auf das Kapital und teilweise auch auf Technologien aus dem Ausland

³⁶ Für den Ausstieg von BP-Shell vgl. u. a.: After Sakhalin, in: *The Economist*, December 16th 2006, pp. 63 et sqq.

angewiesen ist, dennoch hat sie den Energiesektor als „strategischen Bereich“ definiert und begründet damit auch gegenwärtig ihre alleinige Entscheidungsmacht.

Unter diesen Bedingungen ist es schwierig, die weiteren Aussichten der Energiewirtschaft und ihre zukünftige Stellung in der Volkswirtschaft realistisch abzuschätzen. Nimmt man die Energiestrategie der russischen Regierung bis zum Jahr 2020 als Grundlage hierfür³⁷, so soll der Gesamtexport von Öl in diesem Zeitraum um etwa 25% auf über 300 Mio. Tonnen jährlich ansteigen. Davon sollen nach Europa und in die GUS-Länder allerdings jeweils nur etwa 30 Mio. Tonnen mehr als derzeit (oder 1,1% jährlich) geliefert werden. Der gesamte „Rest“ soll in Länder wie die USA, China oder Indien ausgeführt werden, die Rußland potentiell als neue Abnehmer beliefern will. Bei Gas soll der Zuwachs etwa 45% betragen, in den europäischen Raum werden davon etwa 20% mehr exportiert, der übrige Zuwachs in das außereuropäische Ausland. Dementsprechend konzentrieren sich die Pläne zum Ausbau von Produktion und Transportnetz auf den Fernen Osten und Ostsibirien. Die Verflüssigung von Erdgas als alternativer Transportvariante, die weltweit zunehmend an Bedeutung gewinnen wird, bildet hier einen erheblichen zusätzlichen Kostenfaktor.

Insgesamt ergibt sich für das Bild über den Energiesektor, daß nicht nur die bekannten Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen Entwicklung des Ölpreises und damit der Einnahmen aus dem Ölgeschäft bestehen, sondern auch, daß die impliziten Annahmen der „Strategie“ über die erfolgreiche Umstrukturierung des Sektors und die Beteiligung ausländischen Kapitals in diesem langwierigen Prozeß ein nicht zu unterschätzendes Risiko bilden.

Aussichten für die kurzfristige Wirtschaftsentwicklung hängen weiter vom Ölpreis ab

Die offizielle Wirtschaftspolitik der Regierung ist bestrebt, die Abhängigkeit der Wirtschaft vom Energiesektor in mittelfristiger Perspektive zu vermindern. Dies wird allerdings nur schrittweise erfolgen können. Neben dem strategischen Programm des Wirtschaftsministers für die nächsten drei Jahre, das Maßnahmen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit in wichtigen Wirtschaftsbereichen vorsieht, gibt es auch Absichten russischer Unter-

nehmen, sich verstärkt auf den einheimischen Markt als Absatzmarkt zu orientieren. Die Bedeutung des Inlandsmarkts nicht nur für die Belieferung mit Nahrungsmitteln oder Energie, sondern für die technologische Modernisierung und Neuausrüstung der Produktionsanlagen in allen wichtigen Wirtschaftsbereichen wird aber nur allmählich steigen können. Technologieimporte oder Investitionen beispielsweise in die Infrastruktur werden auch zukünftig in großem Maße von der Finanzierung aus den Exporteinnahmen im Rohstoffsektor abhängen.

Sofern sich Preise und Nachfrage auf den Weltrohstoffmärkten jedoch auf hohem Niveau stabilisieren, wie für den Prognosezeitraum unterstellt, und geringe Schwankungen durch den Stabilisierungsfonds abgedeckt werden können, bleiben die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands insgesamt günstig. Sowohl der private Konsum als auch die Investitionen werden weiterhin die Binnennachfrage kräftig stimulieren. Die Steigerung der real verfügbaren Einkommen um mehr als 10% wird den privaten Konsum auch 2007 stark zunehmen lassen. Vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im März 2008 werden die Gehälter im öffentlichen Dienst und die staatlichen Renten nochmals kräftig steigen. Auch im Unternehmenssektor erlaubt die gute Ertragslage der Betriebe weitere Lohnsteigerungen und eine kräftige Ausdehnung der Investitionen. Während die Binnennachfrage hoch bleiben wird, wird sich der Außenbeitrag abschwächen. Die Importneigung wird sich wegen der anhaltenden Rubelaufwertung noch erhöhen, die Exporte werden nur verhalten zunehmen. Insgesamt wird die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts hoch bleiben und bei Raten um 6% liegen.

Martina Kämpfe
(*Martina.Kaempfe@iwh-halle.de*)

³⁷ Vgl. Energiestrategie Rußlands bis 2020. <http://www.mte.gov.ru/files/103/1354.strategy.pdf>, Zugriff am 09.05.2007

Führt neues IWF-Instrument zur Prävention von Währungskrisen?

Auf der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) im April 2006 stellte der geschäftsführende Direktor Rodrigo de Rato die Ergebnisse einer Überprüfung der mittelfristigen Strategie des IWF vor.³⁸ Im Rahmen dieser neuen Strategie wurde eine Debatte über die erneute Einführung von hochvolumigen, vorbeugenden Kreditlinien (high access precautionary arrangements) angeregt und ein Vorschlag für die Ausgestaltung eines Instruments, der sogenannten Währungsreserven-Erweiterungslinie (Reserve Augmentation Line, RAL) unterbreitet. Die Motivation für den Anstoß der Diskussion dieses Instruments ist das Streben nach Prävention von Währungskrisen. Der IWF sieht sich spätestens seit der Asienkrise 1998/99 einem wachsendem Druck in den wissenschaftlichen und politischen Debatten zur Reform des IWF-Krisenmanagements ausgesetzt. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Frage nach einer wirkungsvollen Krisenprävention führte zu einer Vielzahl von Vorschlägen, denen der IWF nun mit einem eigenen Entwurf gegenübertritt.

Dieser Beitrag untersucht, welche Anforderungen eine präventiv wirkende Kreditlinie idealerweise erfüllen müßte, und analysiert, ob die vom IWF vorgeschlagene RAL diesen Anforderungen gerecht wird. In der aktuellen Debatte zur Prävention von Währungskrisen spielen Liquiditätsinstrumente eine wichtige Rolle. Allerdings verfügt der IWF derzeit über keine hochvolumige, vorbeugende Kreditlinie, die die Anforderungen an krisenpräventive Instrumente erfüllt.

Die aktuelle wissenschaftliche Debatte zur Währungskrisenprävention

In der aktuellen Debatte über Instrumente zur Prävention von Währungskrisen wird eine Vielzahl von Vorschlägen diskutiert.³⁹ Dazu zählen verschiedene Versicherungslösungen, die Schaffung einer internationalen Notenbank und die Stärkung der Lender of Last Resort-Funktion des IWF. Ne-

ben diesen liquiditätsbereitstellenden Lösungen werden auch Vorschläge diskutiert, welche wirtschaftspolitische Instrumente, zum Beispiel Möglichkeiten der Besteuerung und der Regulierung, beinhalten. Auch wenn einige dieser Vorschläge nicht die Instrumente des IWF betreffen, werden diese im folgenden kurz vorgestellt.

Zu den Versicherungslösungen zählen die Selbstversicherung, eine private Versicherung oder eine IWF-Versicherung, die Kredite an Nationalstaaten absichern. Bei der Selbstversicherung halten nationale Notenbanken hohe Devisenreserven, um im Falle von krisenhaften Entwicklungen an den Devisenmärkten intervenieren zu können.⁴⁰ Der Vorteil dieser Lösung liegt in der Tatsache, daß keine Dritten in die Verantwortung genommen werden müssen.⁴¹ Die zweite Versicherungslösung zielt auf private Versicherungsmärkte. So könnte etwa ein Konsortium von Versicherungen ein Land gegen das Währungskrisenrisiko versichern.⁴² Als weitere Versicherungslösung wird die IWF-Versicherung diskutiert. Dabei vereinbart der IWF mit einzelnen Mitgliedsländern ein Kreditvolumen, das zu einem festgesetzten Zins verliehen wird, wenn bestimmte ex ante-Bedingungen erfüllt sind.⁴³ Ein Vorteil der Versicherungslösung ist der Automatismus der Kreditgewährung, während die begrenzte Versicherungssumme einen Nachteil darstellen würde.

Die Implementierung einer Lender of Last Resort-Funktion beim IWF ist ein weiterer Vorschlag.⁴⁴ Die Idee dabei ist, daß der IWF analog zur Lender of Last Resort-Funktion von nationalen

³⁸ INTERNATIONAL MONETARY FUND, The Managing Director's Report on the Fund's Medium-Term Strategy, September 15, 2005, <http://www.imf.org/external/np/omd/2005/eng/091505.pdf>, Zugriff am 14.06.2007.

³⁹ Siehe z. B. FISCHER, S.: On the Need for an International Lender of Last Resort, in: Journal of Economic Perspectives, 13 (4), (1999), pp. 85-104. – KNEDLIK, T.: Optimierung der Geldpolitik in Schwellenländern durch einen International-Lender-of-Last-Resort. Peter Lang Verlag: Frankfurt a. M., 2006a, S. 189-197 und 218-221.

⁴⁰ CORDELLA, T.; YEYATI, E. L.: A (New) Country Insurance Facility. IMF Working Paper, WP/05/23, 2005, pp. 8-11.

⁴¹ CABALLERO, R. J.: On the International Financial Architecture: Insuring Emerging Markets. MIT Working Paper, 03-13, 2003, p. 4. – Vgl. auch RODRIK, D.: The Social Cost of Foreign Exchange Reserves. International Economic Journal, 20 (3), 2006, pp. 253-266.

⁴² CORDELLA, T.; YEYATI, E. L., a. a. O., p. 12.

⁴³ Vgl. CORDELLA, T.; YEYATI, E. L., a. a. O. – GOODHART, C. A. E.: The Central Bank and the Financial System. Macmillan: London, 1995, p. 427.

⁴⁴ Vgl. KRUGER, A.: A New Approach To Sovereign Debt Restructuring. IMF: Washington(2002). – FISCHER, S.: On the Need for an International Lender of Last Resort, in: The Journal of Economic Perspectives, 13 (4), pp. 85-104. – KNEDLIK, T. (2006a), a. a. O. – KNEDLIK, T.: Implementing an International Lender of Last Resort. IWH-Diskussionspapiere 20/2006.

Notenbanken im Falle von Währungskrisen Devisen bereitstellt, die von den Notenbanken als Interventionspotential eingesetzt werden können. Aus dem Problem, daß nur eine emittierende Notenbank unbegrenzt Liquidität zur Verfügung stellen kann, leitet sich die Forderung nach einer internationalen Notenbank ab.⁴⁵

Als weiteres Instrument wird seit James Tobins' Idee, „etwas Sand in das Getriebe“ streuen zu wollen, die Devisentransaktionssteuer diskutiert.⁴⁶ Durch eine solche Steuer würden sich marginale Änderungen des Umfelds nicht unmittelbar in großvolumigen Transaktionen niederschlagen. Die Effektivität dieses Instrumentariums wird jedoch bezweifelt, da es das Problem des begrenzten Interventionspotentials nicht lösen kann und umgangen werden könnte.⁴⁷

Im Bereich der Regulierung der Finanzmärkte wird unter dem Stichwort Basel II eine Veränderung der Eigenkapitalvorschriften für Banken diskutiert. Ansatzpunkt ist dabei neben der Verhinderung von Währungskrisen die Minimierung des Risikos einer Transmission von Währungs- zu Banken Krisen. Problematisch bei der Zielerreichung ist zum Beispiel, daß die Eigenkapitalanforderungen im Krisenfall ansteigen können.⁴⁸

Diese an den Bankenbilanzen ansetzende Diskussion wird um die Forderung nach der Schaffung von Möglichkeiten erweitert, die es Schwellenländern erlauben, sich nicht ausschließlich in Fremdwährung, sondern auch in ihrer lokalen Währung oder einem Währungskorb aus Schwellenländerwährungen zu verschulden. Dies würde die aus der Unausgeglichenheit der Währung von

Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken erwachsenden Verwundbarkeiten im Falle von Währungskrisen abmildern.⁴⁹

Folgt man der Ansicht, daß auch liquiditätsbereitstellende Instrumente der internationalen Finanzarchitektur hilfreich bei der Prävention von Währungskrisen sein können, so fragt sich, wie genau diese ausgestaltet sein müßten, um effektiv wirken zu können. Aus der wissenschaftlichen Diskussion über wirksame IWF-Instrumente läßt sich eine Reihe von besonderen Anforderungen ableiten.

Anforderungen an krisenpräventive Instrumente des IWF⁵⁰

Aus der besonderen Marktform von Devisenmärkten und aus den daraus abgeleiteten theoretischen Überlegungen zur Wirksamkeit von Devisenmarktinterventionen ergeben sich die Anforderungen an ein IWF-organisiertes Instrument, das geeignet sein soll, die Begrenztheit unilateraler Wechselkurssteuerung im Falle von Abwertungsdruck zu überwinden. Demnach kann eine nationale Notenbank zur Stützung der eigenen Währung an Devisenmärkten intervenieren. Sie wird dazu eigene Währung gegen Devisen kaufen. Tut sie das in hinreichendem Maße, so wird der Preis der Währung, der Wechselkurs, steigen. Praktisch alle Notenbanken halten für diese Zwecke Devisenreserven vor. Anders als im Falle eines Aufwertungsdrucks ist das Interventionspotential einer Notenbank bei Abwertungsdruck naturgemäß begrenzt. Die Interventionen sind nicht in jedem theoretischen Fall effektiv.

Dies zeigte sich auch in der Praxis, so mußten in vielen Fällen Wechselkursziele aufgegeben werden, obwohl die betroffenen Notenbanken in erheblichem Umfang intervenierten. Ziel der Notenbanken ist es, die Höhe der Devisenreserven so zu gestalten, daß von den Marktteilnehmern ein potentiell effektiver Markteingriff erwartet werden kann. Gelingt dies, dann weichen die Wechselkursentwicklungen nur begrenzt von den expliziten oder impliziten Zielen der Notenbank ab und sind relativ stabil. Im Falle einer Krisenanbahnung ver-

⁴⁵ Vgl. BROWNE, R. S.: Rethinking the IMF on Its Fiftieth Anniversary, in: J. M. Griesgraber; B. G. Gunter (eds), The World's Monetary System. Pluto Press: London, 1996, pp. 5-8. – MUNDELL, R.: International Monetary Options. CATO Journal, 3 (1) (1983), pp. 189-210, pp. 207-209.

⁴⁶ TOBIN, J.: A Proposal for International Monetary Reform. Eastern Economic Journal, (4), 1978, pp. 153-59.

⁴⁷ BIRD, G.; RAJAN, R. S.: Coping with, and Cashing in on, International Capital Volatility, in: G. Bird (ed.), International Finance and the Developing Economies. Palgrave MacMillan: New York, 2004, pp. 181-203, p. 198. – OECD: Exchange Market Volatility and Securities Transaction Taxes. OECD Economic Outlook, 71 (2002), p. 186. – YEAGER, L. B.: Exchange Rates and Capital Freedom in Developing Markets. Cato Journal, 25 (1), 2005, pp. 79-95, pp. 84-85.

⁴⁸ Vgl. KNEDLIK, T.; STRÖBEL, J.: The Role of Banking Portfolios in the Transmission from Currency Crises to Banking Crises – Potential Effects of Basel II. IWH-Diskussionspapiere 21/2006.

⁴⁹ Vgl. LINDNER, A.: Original Sin – Analysing Its Mechanics and a Proposed Remedy in a Simple Macroeconomic Model. IWH-Diskussionspapiere 11/2006. – LINDNER, A.: Analysing UDROP: An Instrument for Stabilizing the International Financial Architecture. International Finance 4 (1), 2001, pp. 47-64.

⁵⁰ Ein ausführlicherer Überblick findet sich in KNEDLIK, T. (2006a), a. a. O., S. 31-105, 189-206.

ändert sich z. B. aufgrund steigender Transaktionsvolumina an Devisenmärkten die Erwartung bezüglich der Effektivität von Devisenmarktinterventionen bei gegebenen Devisenreserven. Das bedeutet, daß vormals als ausreichend für die Effektivität von Devisenmarktinterventionen angesehene Währungsreserven in der veränderten Situation als möglicherweise nicht mehr ausreichend betrachtet werden. Das schwindende Vertrauen in die Währungspolitik kann zur Beschleunigung von Finanz- und Kapitalabflüssen führen und die Währungskrise auslösen oder verstärken.

Ein geeignetes Instrument zur Verhinderung einer solchen krisenhaften Entwicklung muß demnach an der Schwachstelle der unilateralen Währungspolitik, den begrenzten Devisenreserven, ansetzen. Der präventive Charakter eines solchen Instruments läge in der potentiellen Erweiterung der Devisenreserven einer nationalen Notenbank. Eine unter ‚normalen‘ Umständen ausreichende Vorhaltung von Devisenreserven durch die jeweilige Notenbank wird ergänzt um zusätzliche Devisen, die einer Notenbank im Krisenanbahnungsfall bereitgestellt würden. Ein Vertrauenseinbruch, der eine Krise auslöst oder beschleunigt, wäre verhindert. Die Effektivität der Währungskrisenprävention würde wesentlich erweitert.

Damit die potentielle Ergänzung der Währungsreserven glaubwürdig im Sinne der Effektivität der unilateralen Wechselkurspolitik ist, muß sie den im folgenden beschriebenen Kriterien genügen, die sich in drei Gruppen zusammenfassen lassen:

1. Sie muß quantitativ so bemessen sein, daß der Vertrauenseffekt aufrechterhalten werden kann. Das heißt, das Interventionspotential einer Notenbank (jetzt erweitert um die Unterstützung des IWF) muß so umfangreich sein, daß auch im Krisenfall mit einer effektiven Währungspolitik gerechnet werden kann. Es muß also geeignet sein, jedem denkbaren ‚Spekulationspotential‘ entgegenzutreten zu können. Der Versuch der Quantifizierung der potentiellen Kapitalabflüsse gestaltet sich schwierig, weshalb für eine zumindest virtuell unbegrenzte Verfügbarkeit argumentiert wird.
2. Sie muß zeitlich unmittelbar zur Verfügung stehen. Ist der Vertrauensverlust eingetreten und die Krise ausgebrochen, so ist ein präventiver Einsatz nicht mehr möglich. Diese Anforderung führt dazu, daß die Qualifizierung für das Instrument der Krise vorgelagert sein muß.

3. An den Qualifikationsmechanismus müssen weitere Anforderungen gestellt werden: Er sollte geeignet sein, eine mißbräuchliche Verwendung zu unterbinden und gleichzeitig keinen Anreiz bieten, unilaterale Schutzmaßnahmen durch das Vorhalten von Devisenreserven zu vernachlässigen.⁵¹ Zudem sollte vermieden werden, daß durch eine Nicht-(mehr)-Qualifikation ein Vertrauensverlust entsteht, der zu unmittelbarer Kapitalflucht führt. Gleichzeitig sollte der Qualifikationsmechanismus verhindern, daß einzelne Länder durch das Anstreben einer Qualifikation in eine krisenhafte Situation geraten, da sie damit möglicherweise potentielle Krisengefahren signalisieren.

Die Instrumente des IWF

Zur Zeit hält der IWF sieben Formen von Krediten zur Erreichung seiner Ziele vor, die in drei Kategorien unterteilt werden.⁵² Die wichtigste und mit Abstand am meisten in Anspruch genommene Kategorie der *Kredittranchen und erweiterten Fondsfazilitäten* umfaßt die *Bereitschaftskreditvereinbarungen* und die *erweiterte Fondsfazilität*. Hinzu kommen die *Sonderfazilitäten*, bestehend aus der *Fazilität zur Stärkung der Währungsreserven*, der *Fazilität zur kompensierenden Finanzierung* und der *Nothilfe*. Die dritte Gruppe, die *Fazilität für einkommensschwache Mitgliedsländer*, besteht aus der *Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität* und der neuen *Fazilität bei exogenen Schocks*. Die Finanzierungsinstrumente unterscheiden sich in wesentlichen Merkmalen: der Laufzeit, dem fälligen Zins und dem Adressatenkreis. Die Tabelle bietet einen Überblick bezüglich der Kriterien Volumen und Verfügbarkeit.

Einen präventiven Charakter weisen die einzelnen Instrumente nur sehr begrenzt auf. So sind die volumenreichsten Instrumente, die *Bereitschaftskreditvereinbarungen* und die *erweiterte Fondsfazilität*, in der Regel auf jährlich 100 Prozent der Einlagen eines Mitgliedslands begrenzt. Zudem stehen die Mittel nicht sofort, sondern nach Ver-

⁵¹ Zu den Möglichkeiten unilateraler Maßnahmen zur Vermeidung von Währungskrisen siehe BURGER, P.; KNEDLIK, T.: The MCI as a Monetary Policy Guide in a Small, Open Emerging Market Economy. *South African Journal of Economics*, 72 (2), 2004, pp. 365-383. – KNEDLIK, T.: Estimating Monetary Policy Rules for South Africa. *South African Journal of Economics*, 74 (4), 2006, pp. 629-641.

⁵² Vgl. INTERNATIONAL MONETARY FUND: IMF Annual Report. IMF: Washington, D.C., 2006, pp. 60-61.

Tabelle 1:
Kreditfazilitäten des IWF

Kategorie	Instrument	Volumen in Prozent der Quote	Verfügbarkeit
Kredittranchen und erweiterte Fondsfazilitäten	Bereitschaftskreditvereinbarungen	100% jährlich (insgesamt bis zu 300%)	Vierteljährige Staffe­lung der Ausschüttung in Abhängigkeit von Leistungskriterien
	Erweiterte Fondsfazilität	100% jährlich (insgesamt bis zu 300%)	Viertel- oder halbjährige Staffe­lung der Ausschüttung in Abhängigkeit von Leistungskriterien
Sonderfazilitäten	Fazilität zur Stärkung der Währungsreserven	Keine Begrenzung	Erst nach Ausschöpfung der regulären Vereinbarung verfügbar
	Fazilität zur kompensierenden Finanzierung	55%	I. d. R. über sechs Monate gestaffelte Ausschüttung
	Nothilfe	I. d. R. 25%	I. d. R. keine Einschränkung
Fazilität für einkommensschwache Mitgliedsländer	Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität	I. d. R. 140%	I. d. R. halbjährliche Auszahlung in Abhängigkeit von Leistungskriterien
	Fazilität bei exogenen Schocks	25% jährlich (insgesamt bis zu 50%)	Viertel- oder halbjährige Staffe­lung der Ausschüttung in Abhängigkeit von Leistungskriterien

Quelle: In Anlehnung an IWF Jahresbericht 2006 (<http://www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2006/eng/pdf/file6.pdf>, Zugriff am 14.06.2007).

handlungen zur Verfügung, und die Ausschüttung wird zeitlich gestreckt und von weiteren Zwischenprüfungen abhängig erteilt. Die Begrenzung des Volumens der Instrumente wird durch die *Fazilität zur Stärkung der Währungsreserven* erweitert. Diese steht zwar grundsätzlich unbegrenzt, jedoch erst nach Ausschöpfung einer *Bereitschaftskredit-Vereinbarung* oder der *erweiterten Fondsfazilität*, und damit ebenfalls nicht unmittelbar, zur Verfügung. Von den aktuellen Instrumenten des IWF kann keines den Anforderungen an ein im Sinne der Effektivität der Prävention ideales Instrument genügen.

Ein Finanzierungsinstrument des IWF, das den Anforderungen näher kam, waren die von 1999 bis 2003 angebotenen *vorbeugenden Kreditlinien* (Contingent Credit Lines, CCL).⁵³ Die CCL soll-

ten Länder unterstützen, die bei sonst ‚guter‘ Wirtschaftspolitik durch Ansteckungseffekte (*contagion*) in Krisen geraten.⁵⁴ Die vorbeugenden Kreditlinien waren das erste und einzige Finanzierungsinstrument des IWF, das eine Art Teilautomatismus bei der Vergabe und eine zum Teil vorgelagerte Prüfung der Bereitstellungsvoraussetzungen enthielt. Die Länder durften zum Zeitpunkt der Bewilligung die CCL nicht unmittelbar benötigen und in Anspruch nehmen. Die Wirtschaftspolitik mußte durch den IWF positiv bewertet werden und die Länder sollten internationale Standards bei der Erhebung und Aufbereitung von statistischen Daten erfüllen. Zudem mußte der Privatsektor in

pp. 64-65, p. 67. – How Does the IMF Lend? (2003b), <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/howlend.htm>, Zugriff am 13.12.2003.

⁵³ Siehe INTERNATIONAL MONETARY FUND: The IMF's Contingent Credit Lines – A Factsheet, (2001a) <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/ccl.htm>, Zugriff am 18.02.2002. – Financial Organization and Operations of the IMF, (2001b) <http://www.imf.org/external/pubs/ft/pam/pam45/contents.htm>, Zugriff am 23.09.2002, pp. 43-44. – Annual Report 2003. IMF: Washington, D.C., 2003a,

⁵⁴ KÖHLER, H.: The Role of the IMF in Crisis Prevention, in: C. Randzio-Plath (ed.), Globalisation of Financial Markets and Financial Stability. Nomos: Baden-Baden, 2001, pp. 17-33, p. 20, p. 31. Zur möglichen Reduktion von Ansteckungseffekten durch CCL siehe FISCHER, S.: Reducing Vulnerabilities: The Role of the Contingent Credit Line, Speech, (2001) <http://www.imf.org/external/np/speeches/2001/042501.htm>, Zugriff am 08.02.2002.

die Finanzierung eingebunden sein und die Länder sollten selbst zufriedenstellend versuchen, die externe Verwundbarkeit ihrer Volkswirtschaften zu managen.

Wären diese Bedingungen erfüllt und die vorbeugenden Kreditlinien (in Höhe von bis zu 500 Prozent der Einlagen) bewilligt gewesen, so hätte dem Mitgliedsland ein kleiner Teil des Betrags (bis zu 25 Prozent der Quote) zur Verfügung gestanden.⁵⁵ Dabei wurde jedoch erwartet, daß dieser Teil nicht sofort in Anspruch genommen wird. Wäre nun das Land von einer Krise betroffen worden, so hätte beantragt werden können, daß eine Prüfung der Situation durch den IWF vorgenommen wird. Hätte diese Prüfung ergeben, daß das Land von einer Ansteckungskrise betroffen ist und selbst nicht maßgeblich zu dieser beigetragen hat, so hätte ein Drittel der vereinbarten Summe in Anspruch genommen werden können. Nach erneuter Prüfung des Erfolgs des Notprogramms und dem Einsatz der bereitgestellten Mittel hätten im Rahmen einer *Bereitschaftskredit-Vereinbarung*, die sich vor allem auf makroökonomische und weniger – wie sonst üblich – auf strukturelle Anpassungen bezog, weitere Tranchen fließen können. Im Jahresbericht des IWF werden keine inhaltlichen Gründe für das Auslaufen der CCL genannt. Einzige Begründung ist die Nicht-Inanspruchnahme des Instruments, obwohl es zu dieser Zeit Krisen mit potentiellen Ansteckungseffekten gab. Während viele Exekutivdirektoren ein (automatisches) Auslaufen zum 30.11.2003 ohne einen entsprechenden Ersatz verhindern wollten, konnten diese die, in der Abstimmung über die Verlängerung notwendige, 85-Prozent-Mehrheit nicht erreichen.⁵⁶

Der Hauptgrund für die Nicht-Inanspruchnahme der CCL war das negative Signal an die internationalen Finanzmärkte, das mit der Beantragung der vorgelagerten Prüfung verbunden war. Dies zeigte sich im Besonderen im Verlauf der Brasilienkrise von 1998/99.⁵⁷

⁵⁵ Siehe IMF (2003a), a. a. O., p. 64.

⁵⁶ INTERNATIONAL MONETARY FUND: Annual Report 2004. IMF: Washington, D.C., 2004, pp. 35-38.

⁵⁷ Vgl. KNEDLIK (2006a) a. a. O., S. 174-180. Der mexikanische Präsident führte dazu aus: „... Mexico, rejected the mechanism since it thought that signing it would not be advisable for the market, since it could be interpreted as a possible sign of financial vulnerability“. Presidencia de la Republica: Good News is also News, (2006) <http://fox.presidencia.gob.mx/en/goodnews/?contenido=27161&pagina=2>, Zugriff am 15.09.2006.

Das Scheitern der CCL und der politische Wille, ein präventives Instrument zu installieren, führten zu dem aktuellen Vorschlag des IWF, der Einführung der RAL.

Der neue Vorschlag: „Reserve Augmentation Line“

Die von de Rato ins Leben gerufene Diskussion zielt darauf, eine neue vorsorgliche Kreditfazilität zu etablieren, welche einen quasi-automatischen, exzeptionellen Zugang für Länder mit guter Wirtschaftspolitik bieten würde, die durch Ansteckungseffekte anderer Krisen gefährdet sind.⁵⁸ Eine solche Fazilität würde es Schwellenländern erlauben, ihre auf ein sehr hohes Niveau angewachsenen Währungsreserven ohne die Sorge einer Währungskrise zu reduzieren.⁵⁹

Der IWF definiert die genaueren Konditionen der Reserve Augmentation Line:⁶⁰

1. Qualifikation: Die Fazilität würde Mitgliedern mit den folgenden Voraussetzungen zugänglich gemacht werden: Gesunde makroökonomische Entwicklung, tragbare Schuldenlast, Glaubwürdigkeit in der Umsetzung von Reformen. Die Länder müssen des Weiteren an der Reduzierung von Leistungsbilanzschwächen arbeiten. Die Qualifikation würde auf Anfrage der Mitgliedsstaaten untersucht, ohne eine automatische Überprüfung durchzuführen.
2. Beobachtung: Die Ausschüttung des Kredits ist nicht an Performance-Kriterien gebunden.
3. Volumen: Das Volumen würde sich auf 300 Prozent der Quote belaufen. Anders als bei der CCL ist das gesamte Volumen zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Krise verfügbar.
4. Zeitraum: Der Zeitraum der RAL würde ein Jahr betragen, danach wäre eine Verlängerung möglich. Die anderen Konditionen ähneln den Konditionen der *Fazilität zur Stärkung der Währungsreserven*.

In der politischen Diskussion wurde der Vorschlag unterschiedlich aufgenommen. Während Deutsch-

⁵⁸ Vgl. DEUTSCHE BANK: Für eine maßvolle Reform des IWF. Deutsche Bank Research, Aktuelle Themen 249, 2006.

⁵⁹ KATO, T.: Crisis Prevention and the IMF. Remarks by Mr. Takatoshi Kato, Deputy Managing Director, July 10, 2006.

⁶⁰ INTERNATIONAL MONETARY FUND: Consideration of a New Liquidity Instrument for Market Access Countries. Policy Development and Review Department, 2006.

land und Großbritannien dem Vorhaben grundsätzlich positiv gegenüberstehen, ist beispielsweise die Schweiz skeptisch eingestellt. Viele Länder, darunter Finnland, Norwegen und Schweden, halten den aktuellen Vorschlag lediglich für eine geeignete Grundlage für weitere Debatten.⁶¹

„Reserve Augmentation Line“ – Ein effektives Instrument zur Prävention von Währungskrisen?

Das Design der RAL ist in vieler Hinsicht gegenüber dem der CCL verbessert worden. Insbesondere die direkten Zugriffsmöglichkeiten auf das gesamte Kreditvolumen verbessern die Effektivität des Instruments. Dies wird erreicht indem die Reaktionsgeschwindigkeit der lokalen Zentralbanken auf die Währungskrise erhöht wird. Das geschieht im besonderen durch die auch schon im Fall der CCL durchgeführte, vorherige Qualifizierung. Außerdem steigt die Zuverlässigkeit der Bereitstellung von Liquidität durch den IWF. Damit wird der zweite Punkt der Anforderungen erfüllt. Die angesprochene direkte Bereitstellung des gesamten Kreditvolumens erhöht die Sicherheit der Liquiditätszusagen gegenüber der CCL.

Mit einem Volumen von 300 Prozent der Quote bleibt fraglich, ob diese Liquidität ausreichen kann, ernsthafte Krisen zu verhindern und den ersten Punkt der Anforderungen zu erfüllen. In vielen Krisen der jüngeren Vergangenheit waren die Bereitstellungen des IWF wesentlich höher (siehe Tabelle 2).

Dennoch ist es wahrscheinlich, daß die Liquiditätslinie einen Vertrauensgewinn schafft, der es möglich machen sollte, die Anzahl der Krisen zu vermindern.

Das Design der RAL erlaubt es nicht, den oben im Rahmen der Diskussion der Anforderungen be-

schriebenen dritten Punkt zu erfüllen. Insbesondere besteht weiterhin das Problem, daß Länder, welche sich für die RAL bewerben und vor allem solche, deren Bewerbung abgelehnt wird, dadurch implizit eine erhöhte Krisenanfälligkeit signalisieren. Dieses grundlegende Problem der CCL wird im aktuellen Vorschlag des IWF nicht gelöst.

Da die Wirksamkeit des Instruments dessen Inanspruchnahme voraussetzt, muß geschlußfolgert werden, daß der aktuelle Vorschlag des IWF zur Einrichtung eines krisenpräventiven Instruments nicht ausgereift genug ist, eine umfassende Effektivität der Prävention zu garantieren. Eine weitreichende Krisenprävention kann so nicht erzielt werden.

Tabelle 2:
Kumulierte Kreditvolumen in ausgewählten Krisen

Land (Krisenjahr)	IWF-Bereitstellung in % der Quote
Südkorea (1997)	1 939
Indonesien (1997)	490
Brasilien (1998)	600
Argentinien (2000)	800
Brasilien (2002)	902
Türkei (2002)	1 330

Quelle: IWF (<http://www.imf.org/external/country/index.htm>, Zugriff am 14.05.2007).

Während mit dem Vorschlag wesentliche Verbesserungen im Bereich der Bereitstellung der Kredite einhergehen, bleibt die Signalfunktion des Qualifikationsverfahrens das Hauptproblem der RAL. Ansatzpunkte zur Lösung dieses Problems beinhalten ein automatisches Qualifikationsverfahren für alle Mitgliedsländer und ein abgestuftes Disqualifikationsverfahren, daß Möglichkeiten zur Korrektur und damit zur Rückgewinnung der Qualifikation beinhaltet, ohne zum sofortigen Verlust des Instruments zu führen. Mit den RAL hat der IWF einige Vorschläge aus der langjährigen wissenschaftlichen Diskussion aufgegriffen. Dennoch bleibt auch der jüngste IWF-Vorschlag noch hinter dem zurück, was die obige Diskussion als notwendige Voraussetzungen herausgearbeitet hat.

Tobias Knedlik
(Tobias.Knedlik@iwh-halle.de)
Johannes Ströbel
(jcstroebel@googlemail.com)

⁶¹ Vgl. für Deutschland: STEINBRÜCK, P.: Statement by the Hon. Peer Steinbrück, Alternate Governor of the Fund for Germany, at the Joint Annual Discussion, (2006) <http://www.imf.org/external/am/2006/speeches/pr34e.pdf>, Zugriff am 19.09.2006; für Großbritannien: BALLS, E.: Crisis Prevention: Globalisation and the IMF in the Decade after the Asian Crisis, (2006) http://www.hm-treasury.gov.uk/newsroom_and_speeches/speeches/econsecspeeches/speech_est_140906.cfm, Zugriff am 14.06.2006; für die Schweiz: EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT: Newsletter zum Internationalen Währungsfond, (2006) http://www.efv.admin.ch/d/dokumentation/downloads/themen/IWF/Newsletter06102006_d.pdf, Zugriff am 06.10.2006; für Finnland, Norwegen, Schweden: HEINÄLUOMA, E.: Statement by Mr. Eero Heinäluoma, Minister of Finance, Finland, (2006) <http://www.sedlabanki.is/lisalib/getfile.aspx?itemid=4694>, Zugriff am 17.09.2006.

IWH-Industrienumfrage im Mai 2007: Kräftige Konjunktur beflügelt Stimmung

Im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands laufen die Geschäfte derzeit sehr gut. Das zeigen die Ergebnisse der IWH-Industrienumfrage vom Mai unter rund 300 Unternehmen. Nachdem bislang die gute Stimmung vor allem von den mittleren und großen Unternehmen getragen wurde, ziehen jetzt die kleinen Unternehmen nach.

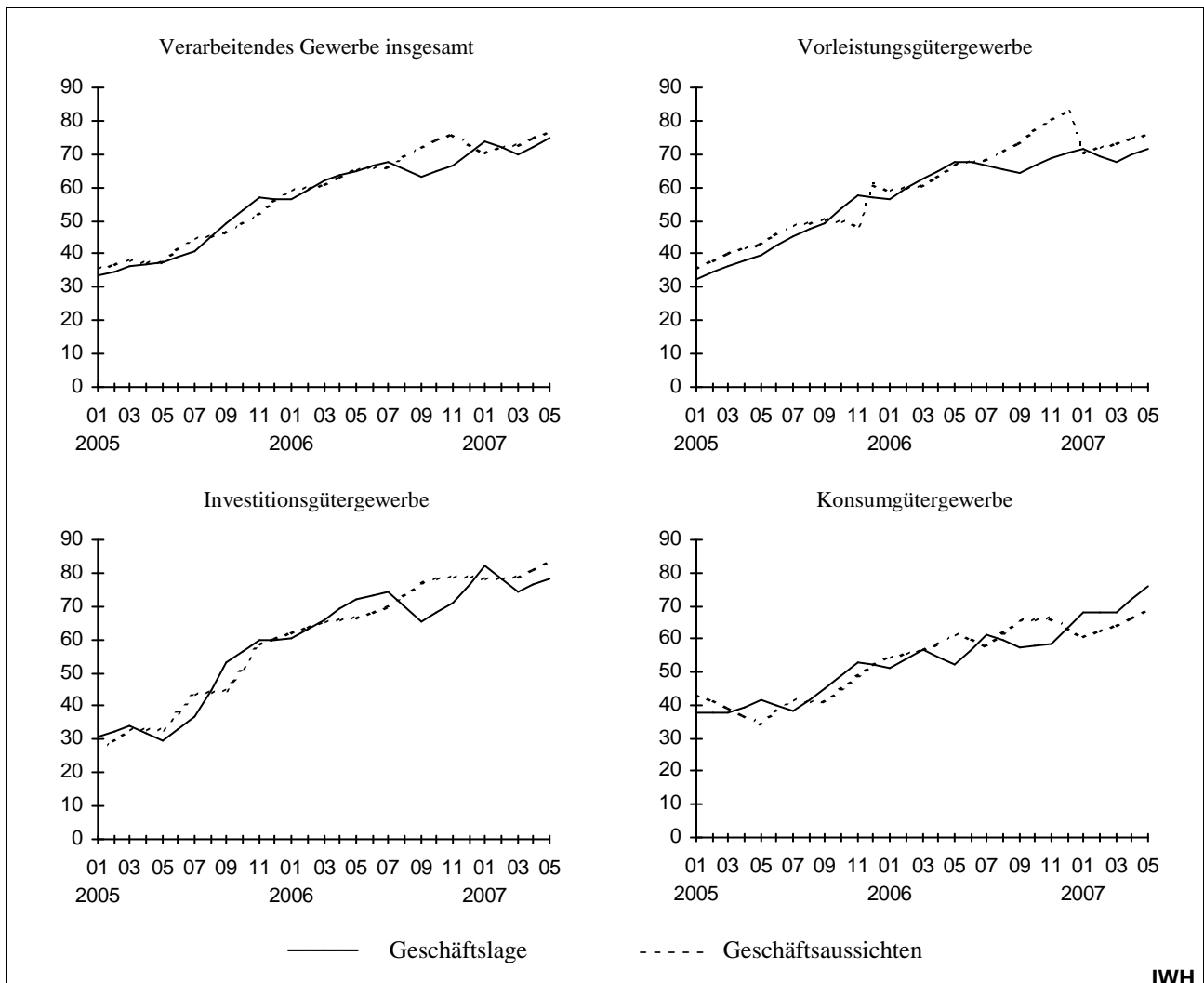
Gegenüber der Märzumfrage legte die *Geschäftslage* aller Unternehmen per saldo um sieben Punkte zu und erreicht mit 75 Punkten den höchsten Wert seit Jahren. Auch in den fachlichen Hauptgruppen fallen die Urteile durchweg positiv aus (vgl. Tabelle). Vor allem die Konsumgüter-

produzenten und speziell die Hersteller von Nahrungsgütern melden eine spürbare Verbesserung ihrer aktuellen Lage.

Die Bewertung der *Geschäftsaussichten* bleibt auf hohem Niveau; auch hier hat sich der Saldo seit der letzten Umfrage um zwei Punkte erhöht. Die Produzenten von Investitions- und von Konsumgütern schließen auf zum Niveau der Vorleistungsgüterproduzenten, und bei der Einschätzung der Aussichten sind wiederum die Nahrungsgüterproduzenten besonders optimistisch gestimmt.

Auch unter Ausschluß saisonal bedingter Einflüsse zeigt sich, daß die Geschäfte in den ostdeut-

Entwicklung der Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe - Salden^a, saisonbereinigte Monatswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Daten und Informationen/Aktuelle Konjunkturdaten“ unter www.iwh-halle.de.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

schen Industrieunternehmen florieren. Alle fachlichen Hauptgruppen sind seit März auf einen Aufwärtstrend eingeschwenkt (vgl. Abbildung). Eine besonders positive Entwicklung der Geschäftslage zeigen unter den Investitionsgüterherstellern die Fahrzeugbauer, die wohl den Dämpfer nach Erhöhung der Mehrwertsteuer überwunden haben. Der Maschinenbau signalisiert ebenfalls eine Verbesserung der Geschäftslage, drei von fünf Unternehmen beurteilen sie mit „gut“, im März lag dieser Anteil bei knapp der Hälfte. In der Gruppe der Vorleistungsgüterproduzenten gibt es seit der letzten Umfrage eine Verbesserung der Lage bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren. Die Hersteller von Keramikerzeugnissen und das Glasgewerbe dagegen melden eine Verschlechterung.

Unternehmen aus dem Vorleistungsgüter- und dem Investitionsgütergewerbe beurteilen die Geschäftsaussichten – genau wie im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt – noch positiver als die gegenwärtige Lage. Anders die Konsumgüterproduzenten: Sie sind außerordentlich zufrieden mit der aktuellen Geschäftslage, bei der Beurteilung der Aussichten bis zum Herbst sind sie etwas zurückhaltender.

Cornelia Lang
(*Cornelia.Lang@iwh-halle.de*)

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
- Vergleich der Ursprungswerte mit Vorjahreszeitraum und Vorperiode, Stand Mai 2007 -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Mai 06	Mrz. 07	Mai 07	Mai 06	Mrz. 07	Mai 07	Mai 06	Mrz. 07	Mai 07	Mai 06	Mrz. 07	Mai 07	Mai 06	Mrz. 07	Mai 07
	in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a														
Geschäftslage															
Industrie insgesamt	40	44	46	42	40	42	15	15	11	3	1	1	64	68	75
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	42	41	46	42	43	42	15	15	12	1	1	0	68	68	74
Investitionsgüter	38	57	52	45	27	35	14	15	11	3	1	2	67	68	75
Ge- und Verbrauchsgüter	37	36	37	40	49	51	19	13	11	4	2	1	54	69	77
dar.: Nahrungsgüter	35	37	31	40	48	60	24	11	6	1	4	3	48	69	82
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	27	34	31	42	37	49	26	26	18	5	3	2	38	43	60
50 bis 249 Beschäftigte	38	40	39	45	47	48	14	11	12	3	2	1	66	74	75
250 und mehr Beschäftigte	52	63	73	39	26	22	9	11	5	0	0	0	82	79	90
Geschäftsaussichten															
Industrie insgesamt	31	40	37	53	48	53	14	11	9	2	1	1	68	77	80
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	30	38	35	55	52	55	12	10	8	3	0	2	70	81	80
Investitionsgüter	29	50	39	53	39	51	17	11	8	1	0	2	64	78	81
Ge- und Verbrauchsgüter	32	33	36	52	52	53	14	13	11	2	2	0	68	70	78
dar.: Nahrungsgüter	25	34	39	61	51	54	14	11	7	0	4	0	72	69	85
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	22	30	22	50	51	61	22	19	16	6	0	1	44	61	67
50 bis 249 Beschäftigte	32	38	35	56	51	54	10	10	10	2	1	1	77	78	79
250 und mehr Beschäftigte	36	55	54	50	40	42	14	5	2	0	0	2	73	89	90

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für Mai 2007 vorläufig. – ^b Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der Wirtschaftszweigsystematik 2003 angepaßt.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

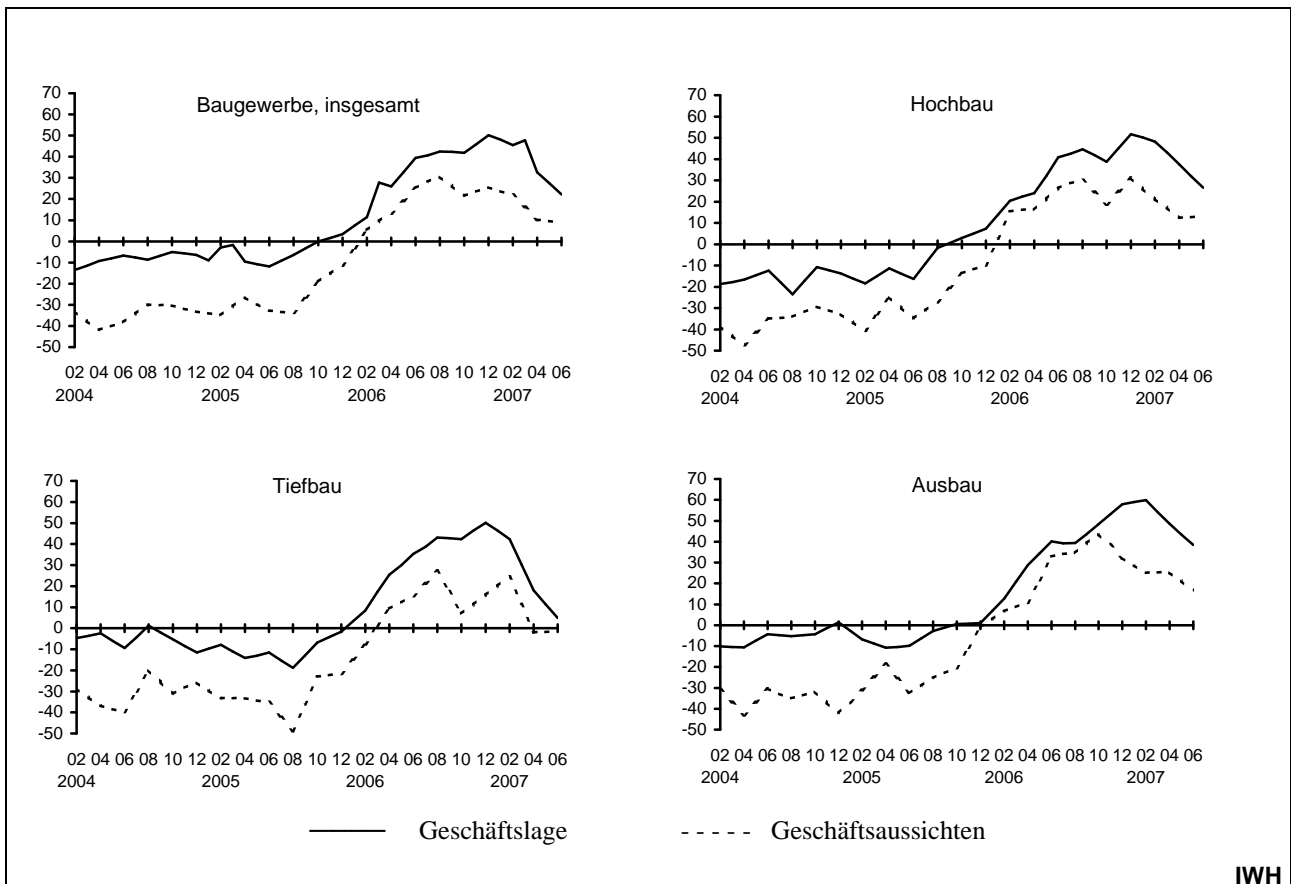
Ostdeutsches Baugewerbe im Juni 2007: Zurück zur Normalität?

Die 300 vom IWH befragten ostdeutschen Bauunternehmen bewerteten sowohl die Geschäftslage als auch die Geschäftsaussichten im Juni per saldo schlechter als noch vor einem Jahr. Gegenüber der Umfrage im April zeigt sich dagegen in den originären Lageurteilen eine Besserung (vgl. Tabelle). Der Aufwärtsbewegung fehlt es allerdings an dem sonst üblichen frühsummerlichen Schwung, so daß sich unter Ausschluß der Saisoneffekte die Geschäftslage im Verlauf nochmals um zehn Saldenpunkte verschlechtert hat (vgl. Abbildung). Diese Entwicklung ist immer noch als ein Stück des Wegs zurück zur Normalität anzusehen. Zu Beginn des Jahres wurde die Tendenz durch eine kaum vom Wetter beeinträchtigte Bauaktivität überlagert. Dieser Effekt dürfte aber demnächst auslaufen, und die Bauproduktion wird wieder auf eine mo-

deratere Abwärtsbewegung einschwenken. Darauf verweisen auch die Geschäftsaussichten bis zum Jahresende. Ihr Rückgang hält zwar an, er fällt aber mit fünf Saldenpunkten deutlich flacher aus.

Die Eintrübung des Geschäftsklimas zieht sich durch alle Bausparten und beruht hauptsächlich auf der Abschwächung der Geschäftslage. Nach der Fertigstellung der noch im vergangenen Jahr zur Mitnahme der niedrigen Mehrwertsteuersätze vermehrt begonnenen Neubau- und Sanierungsmaßnahmen fehlen im *Hoch- und Ausbau* nun die entsprechenden Anschlußprojekte. Darauf verweisen auch die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe und die Statistik der Baugenehmigungen. Der Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern, der in den zurückliegenden Jahren etwa 70% der Bautätigkeit im Wohnungsneubau ausmachte, dürfte laut dieser

Entwicklung der Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe
- Salden^a, saisonbereinigte Monatswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Daten und Informationen/Aktuelle Konjunkturdaten“ unter www.iwh-halle.de.

Quelle: IWH-Baumfragen.

Statistik zuletzt regelrecht eingebrochen sein. Dagegen scheint der Mehrfamilienhausbau von einem extrem niedrigen Niveau aus wieder geringfügig zuzulegen. Auch der Bau von Fabrik- und Werkstattgebäuden dürfte angesichts hoher Kapazitätsauslastung und weiterhin guter Absatzerwartungen in der Industrie die Nachfrage im Hochbau stabilisieren. Zugleich bleibt die energetische Bausanierung auf der Tagesordnung, zumal diese aufgrund der hohen Energiepreise und des eingeführten Energiepasses für die Vermietung und die Veräußerung von Immobilien wachsende Bedeutung erlangt. So geht der Indikator für die Erwartungen bis zum Jahreswechsel hier zwar immer noch nach unten, im Hochbau allerdings mit deutlich geringerer Dy-

namik. Im Ausbau bleiben die positiven Stimmen trotz Abwärtsdruck weiterhin klar bestimmend.

Im Tiefbau gab die Geschäftslage im Juni ebenfalls deutlich nach. Hier ist der Saldo aus positiven und negativen Stimmen inzwischen nahezu ausgeglichen. Ein weiteres Abdriften ist laut Umfrage für die nächste Zeit aber nicht zu erwarten. Die öffentliche Hand hat bei wieder etwas günstigerer Kasenslage vermehrt Aufträge sowohl im Straßenbau als auch im sonstigen Tiefbau ausgelöst. Impulse kamen zudem von gewerblichen Auftraggebern.

Brigitte Loose
(*Brigitte.Loose@iwh-halle.de*)

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe im Juni 2007
- Ursprungswerte im Vergleich mit Vorjahreszeitraum und Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Juni 06	Apr. 07	Juni 07	Juni 06	Apr. 07	Juni 07	Juni 06	Apr. 07	Juni 07	Juni 06	Apr. 07	Juni 07	Juni 06	Apr. 07	Juni 07
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	27	23	25	48	39	41	20	32	27	5	6	7	50	25	32
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	22	19	19	54	41	45	19	34	29	5	6	7	52	19	29
darunter ^b															
Hochbau	23	26	28	53	40	41	19	31	27	5	3	5	52	32	37
Tiefbau	16	14	10	59	40	48	21	37	33	4	9	9	50	7	17
Ausbaugewerbe	41	36	43	31	35	27	20	24	23	8	4	6	44	43	41
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	33	23	29	45	41	31	14	30	31	8	6	9	57	28	19
20 bis 99 Beschäftigte	23	25	24	48	37	43	24	32	26	5	7	7	42	23	34
100 und mehr Beschäftigte	25	22	23	53	41	49	19	34	26	3	3	3	56	25	43
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	23	20	22	50	45	44	23	30	29	4	5	6	45	31	31
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	19	17	15	54	48	51	24	31	28	3	4	6	47	30	32
darunter ^b															
Hochbau	21	23	18	53	46	51	24	29	29	2	2	2	48	38	37
Tiefbau	14	12	13	58	49	51	25	33	27	3	6	9	43	22	27
Ausbaugewerbe	33	30	41	38	38	23	21	24	32	7	8	4	43	36	29
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	24	18	22	49	43	37	23	30	34	4	9	8	46	22	17
20 bis 99 Beschäftigte	19	20	22	51	46	47	25	31	24	5	3	7	40	32	38
100 und mehr Beschäftigte	31	25	20	47	47	49	19	25	31	3	3	0	56	44	37

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – ^b Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.

Veranstaltungen:

Vorankündigungen:

2. Hallesches Kolloquium zur Kommunalen Wirtschaft: „Neue Grenzen städtischer Wirtschaftstätigkeit: Ausweitung versus Abbau?“

Am 11. und 12. Oktober 2007 wird das IWH wieder ein Kolloquium zu einem Themenschwerpunkt aus dem Bereich der Kommunalwirtschaft veranstalten. Das zentrale Anliegen der Veranstaltung besteht darin, vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, der teilweise prekären Finanzsituation der deutschen Gemeinden, der Öffnung der Energiemärkte sowie der Liberalisierungsbestrebungen der EU im Bereich der „Services of General Interest“ die zukünftigen Grenzen und Chancen der kommunalen Wirtschaftstätigkeit zu diskutieren.

Die Veranstaltung ist grundsätzlich interdisziplinär angelegt, weshalb Beiträge aus den Bereichen VWL, BWL, Rechtswissenschaft, Soziologie, Politologie und verwandten Disziplinen zu diesem Themenbereich willkommen sind. Das Kolloquium ist nicht rein akademisch ausgerichtet, sondern soll auch dem Dialog zwischen Wissenschaftlern, Politik und Praktikern dienen.

Informationen unter <http://www.iwh-halle.de/d/start/News/workshop111007/info.asp>.

4. IWH-IAB Workshop zur Arbeitsmarktpolitik

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg (IAB) veranstalten einen gemeinsamen zweitägigen Workshop zum Thema „Atypische Beschäftigung und Niedrigeinkommen“, der am 12. und 13. November 2007 in Halle (Saale) stattfindet. Schwerpunkt des Workshops ist die Analyse von Chancen und Risiken atypischer Beschäftigungsverhältnisse sowie von Bestimmungsgründen und wirtschaftspolitischen Handlungsoptionen für niedrige Einkommen. Besonderer Wert wird auf die Darstellung der politischen Implikationen der jeweiligen Resultate gelegt. Eingeleitet wird der Workshop durch den eingeladenen Prof. Ronnie Schöb. Weitere Informationen für Interessenten, die beim Workshop einen Vortrag halten möchten, unter <http://www.iwh-halle.de/d/start/News/workshop121107/call.pdf>.

Für weitere Informationen zu den Veranstaltungen siehe www.iwh-halle.de (Termine).

Durchgeführte Veranstaltungen:

„Wissens- und Innovationsökonomik“

Das IWH führte am 10. und 11. Juli 2007 in Kooperation mit der August-Lösch-Gesellschaft einen Workshop zum Thema „Wissens- und Innovationsökonomik“ durch. Der Workshop widmete sich aktuellen Themen des Wissens- und Innovationsmanagements, den institutionellen Rahmenbedingungen sowie Aspekten der Globalisierung von Forschung und Entwicklung sowie Innovation. Die primär auf das deutsche Innovationssystem fokussierenden Beiträge wurden im Rahmen des Workshops vor allem vor dem Hintergrund der innovationspolitischen Herausforderungen Deutschlands diskutiert.